



Forum Stadt



43. Jahrgang
3|2016

Forum Stadt
Verlag

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Aus dem Inhalt:

Magdalene Leyser-Droste u.a.
Weiterbauen historisch
geprägter Stadtstrukturen.
Die Qualität des Einfügens

Kerstin Renz
Die Schule in der Stadt –
eine Beziehungsgeschichte

Martin Heintzel u.a.
Partizipation in Wien7

Markus Häfner
„Aufbau nur über Zerstörung“
Wiederaufbau in Hanau

Harald Bodenschatz
Stadtbaukunst und Raum-
planung in der NS-Zeit

Marie Karner
Transformation der Altstadt
von Byblos im Libanon

Julius Mihm
Tagungsbericht:
Stadt – Schule – Quartier.
Bildungsbauten im Umbruch



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen, Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@esslingen.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49 (0) 8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2016 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 3/2016

Abhandlungen

Kerstin Renz

- Die Schule in der Stadt – eine Beziehungsgeschichte
Das Beispiel Staatliches Aufbaugymnasium Schwäbisch Gmünd 227

Markus Häfner

- „Aufbau nur über Zerstörung!“ Debatten über den Umgang mit
beschädigter oder zerstörter Bausubstanz nach dem Zweiten Weltkrieg
und die Entscheidungsfaktoren für oder gegen einen Wiederaufbau:
Das Beispiel Hanau 243

Marie Karner

- Die Transformation der Altstadt von Byblos / Jbeil im Libanon:
Von einer „Ghost Town“ zu einem „Open-Air-Nightscape“ 261

Magdalena Leyser-Droste / Christa Reicher / Yasemin Utku u.a.

- Weiterbauen historisch geprägter Stadtstrukturen.
Die Qualität des Einfügens im städtebaulichen Kontext 279

Leo Baumfeld / Gerti Brindlmayer / Martin Heintel

- Partizipation in Wien⁷ 295

Forum

Harald Bodenschatz

- Stadtbaukunst, Wohnraumgestaltung und Raumplanung in der NS-Zeit 306

Julius Mihm

- Tagungsbericht: Stadt. Schule. Quartier – Bildungsbauten im Umbruch 314

Autorinnen / Autoren 316

Otto-Borst-Preis

Forum Stadt e.V.

- Auslobung Otto-Borst-Wissenschaftspreis 2017 317

Die Schule in der Stadt – eine Beziehungsgeschichte **Das Beispiel Staatliches Aufbaugymnasium Schwäbisch Gmünd¹**

Einführung

Kaum eine öffentliche Bauaufgabe war nach 1945 so sehr von der Erwartung an einen gesellschaftlichen Neuanfang begleitet wie das Schulhaus. Das Bauen von Schulen wurde in den 1950er und 1960er Jahren zum Politikum, die Architektur der Schulen zum Testfall der Moderne: Pädagogische Reformen reflektierend oder nicht, formale Vorbilder aus dem Ausland aufgreifend oder nicht – die Diskurse der Zeit um ein neues Verhältnis der Gesellschaft zu einer ihrer ur-öffentlichsten Bauaufgaben waren kontrovers und bildeten sich in dieser Zeit im Wettbewerbswesen und in den Schularchitekturen unmittelbar ab. Die Architektur spiegelte die Bildungspolitik und Pädagogik, verwies auf den Auftraggeber und teilweise sogar auf die Haltung des Architekten zu den Diskursfeldern Neue Schule und Neue Gesellschaft nach 1945.

In Schwäbisch Gmünd wurde im Jahr 1959 der Wettbewerb für eine Internatsschule auf dem Herlikofer Berg südlich der Altstadt entschieden. Den ersten Preis bekam ein Entwurf, der einen großzügigen Campus mit Schulbezirk und Wohnbauten vorsah. Die Baukörper waren auf eine stereometrische Kubatur reduziert und frei in das hügelige Gelände gesteckt, gelegt oder gestellt – eine radikale Bauweise, die im ländlichen „Gmünd“ für Aufsehen sorgen musste.

Klare Kuben, liegende und stehende Formate hatten auch die anderen Wettbewerbsbeiträge gezeigt, ebenso wie gegliederte Pavillonstrukturen. An der Architektur allein lag demnach die Siegerentscheidung nicht. Entscheidend war die städtebauliche Aussage, die der Entwurf traf. Der erstplatzierte Beitrag war einer der wenigen Entwürfe des Wettbewerbs gewesen, der die Beziehung von Schule und Stadt thematisiert hatte. Die Idee einer Schule, die sich gegenüber der Stadt positionierte und in der Hanglage des Herlikofer Berges als neue städtische Dominante auftrat, hatte die Jury überzeugt. Dass Schwäbisch Gmünd mit dieser Schule ein neues Kapitel in seiner langen Geschichte als Bildungsstandort aufschlagen konnte, war allen Beteiligten klar.

1 Dieser Beitrag fußt auf einem Referat der Autorin, gehalten auf der Internationalen Städtetagung von-Forum Stadt e.V. zum Thema „Stadt Schule Quartier. Bildungsbauten im Umbruch“ in Schwäbisch Gmünd (7.-8. Mai 2015).

Schule als Teil der Stadt – Ein Überblick

Die Schule als Sinnbild des Staates, die moderne Internatsschule als Teil der Stadt – so lautete das pädagogische Programm für diese Internatsschule am Ende der 1950er Jahre, so verkündete es der Schulleiter, der aufs Engste in die Planungen eingebunden war.² Für diesen komplexen Anspruch standen einem Architekten unterschiedlich konnotierte Schulbaukonzepte zur Verfügung: Ob als Campusanlage im Grünen oder als urbane Dominante oder als Kombination aus beidem – alle Konzepte hatten ihren bildungsgeschichtlichen und stadtbauhistorischen Kontext. Die Schulanlage in Gmünd befindet sich, einer Akropolis ähnlich, in erhöhter Lage über der Stadt. Zusammen mit dem losen Verbund der Internatswohnhäuser bildet diese „Schulpolis“ das gewünschte Bild einer Schule als Staat. Vis a vis stehen sich Schule und mittelalterliche Stadt gegenüber. Schule und Stadt, Neu und Alt bilden ein bildungsgeschichtlich-soziologisches und stadtbauhistorisches Beziehungssystem.

Die für die Beschreibung des Gmünder Aufbaugymnasiums assoziierten Begriffe Campus, Akropolis und Dominante verweisen auf das jahrtausendealte Verhältnis von Schule und Stadt. So wichtig in der Architekturgeschichte der Schule die Beschäftigung mit der Pädagogik und der Bildungsgeschichte ist, so wichtig ist immer auch die Analyse des städtebaulichen Kontextes, in dem Schule entsteht. Mehr noch: Die bauhistorische Bewertung einer Schule ist ohne die Analyse ihrer städtebaulichen Existenz (oder Nicht-Existenz) immer unvollständig, ja vielleicht sogar irreführend. Dem Tagungsthema „Stadt Schule Quartier“ von Forum Stadt e. V. im Jahr 2015 entsprechend, soll der Analyse des Staatlichen Aufbaugymnasiums Schwäbisch Gmünd eine exkursive Darstellung der Beziehungsgeschichte von Schule und Stadt vorangestellt werden.

In der Stadt der griechischen Antike war die *Paideia*, die Bildung der Jugend, das Ergebnis einer ganzheitlichen musisch-sportiven-politischen Erziehung, für die es zunächst keinen festen Ort in der Stadt gab. Die antike Stadt und ihre soziopolitische Ordnung, unmittelbar verkörpert durch die Architekturen der Gemeinschaft, war Lebensraum, zugleich aber auch Lernraum. Schule war im Hellenismus nicht gleichbedeutend mit Öffentlichkeit; wo aber Schulen existierten, waren sie öffentliche Orte. Das *Gymnasion* bezeichnete die Institution der Schule, der Begriff der Palaistra dagegen den Bautyp der antiken Schule, zumeist bestehend aus einem Sandplatz, der als Peristylhof ausgebildet war, und diversen Annexbauten. Die Schule des Hellenismus war vor allem ein Ort der Körperbildung, weswegen der wichtigste Bestandteil des Bauprogrammes die Freiflächen waren, die als großzügig angelegte Sportflächen für Ringkampf und

2 Geleitwort Dr. Paul Steck, Direktor des Staatl. Aufbaugymnasiums Schwäbisch Gmünd, in: *Staatl. Aufbau-Gymnasium Schwäbisch-Gmünd*, Festschrift zur Einweihung Juni 1965, Schwäbisch Gmünd 1965, S. 6.

Schnellläufer dienten. Der Platzbedarf dieser Schulen hatte unmittelbare Auswirkung auf ihre städtebauliche Lage, häufig befanden sie sich in der Peripherie der städtischen Siedlung.

Eine zentrale Rolle für die Identität der Polis spielten die Schulen durchaus. Das hellenistische Alexandria war als die Stadt der Bildung und der Forschung bekannt, seine Schulen zählten bis in die römische Zeit zu den bedeutendsten des Mittelmeerraums. Die vielleicht spektakulärste Architektur für ein Gymnasion entstand in dieser Epoche in Pergamon (türk. Bergama) im 2. Jahrhundert v. Chr. Zwischen der Ober- und der Unterstadt am Hang gelegen, war die Schule weithin sichtbar und wurde so zum Erkennungsmerkmal der Stadt. Der monumentale und konstruktiv aufwändige Bau gliederte sich in drei Terrassenabschnitte. Die überdachte Rennbahn in Stadionlänge und die zweigeschossige Palaistra auf der obersten Terrasse gaben dem Gebäudekomplex sein charakteristisches Aussehen. Schon die Grabungen der Zeit um 1900 hatten ergeben, dass das Gymnasion von Pergamon das Ergebnis einer Gesamtplanung war. Ganz offensichtlich wollten die Bewohner von Pergamon eine Schule, die als Landmarke wirkte. Die Stadt als Bildungsstandort und die Schule als Ort städtischer Identifikation – im hellenistischen Griechenland wurden diese Themen mit großer architektonischer Geste formuliert.

Ähnlich städtebaulich wirksame Schulbauten konnte die römische Antike nicht mehr aufweisen. Man übernahm den Bautyp der Palaistra (röm. Palaestra) und suchte nun vermehrt die synergetische Nachbarschaft von öffentlichen Einrichtungen wie Thermen und Theatern. Schule war auch in der römischen Stadt öffentlicher Raum, ihre ganztägige und auch außerschulische Nutzung war selbstverständlich. Im ersten Jahrhundert v. Chr. ordnete Vitruv im fünften Buch seiner „10 Bücher zur Baukunst“ die Bauaufgabe Schule dem Bereich der Öffentlichen Gebäude zu und beschrieb das anspruchsvolle Raumprogramm einer städtischen Schule, zu der ein zentraler Peristylhof mit einer Vielzahl angrenzender Aufenthalts- und Übungsräume gehörte. Repräsentative Mehrgeschossbauten mit städtebaulicher Wirkung waren die Schulen der römischen Antike freilich nie. Entsprechende Darstellungen in Vitruv-Neuausgaben der Renaissance waren ein Missverständnis, denn Vitruv hatte keinen eingeführten Bautyp, sondern ein ideales Bauprojekt beschrieben.

Im Mittelalter änderte sich die Rolle der Schule in der Stadt. Der Anspruch, Schule als öffentlichen Raum auszubilden, bestand nicht mehr. Es dominierte die räumliche Organisation als Provisorium, eigens für den Schulunterricht gebaute Architekturen waren die Ausnahme und das Kennzeichen reicher Städte. In der Neuzeit suchten Domschulen, Stiftsschulen, Lateinschulen oder Ratsgymnasien die Nähe zum säkularen oder profanen Zentrum und damit zu Kirche und Pfarrhaus oder zum Rathaus. Eine folgenreiche Beziehung tat sich auf: Stadt war dort, wo Markt war, aber eben immer auch da, wo Bildung war. Ideale Stadtanlagen des 16. und 17. Jahrhunderts zeigen immer wieder

diesen engen Bezug von Stadtidentität und Schulbau, sei es auf dem berühmten „Drei-zeilenplan“ des Heinrich Schickhardt von Freudenstadt vor 1599, auf dem Kirche und Schule in einer exzentrischen Ecklage am zentralen Platz (hintereinander) stehen, sei es der Idealstadtentwurf des Architekturchronisten Joseph Furttentbach, der ein Stadtzentrum als Gegenüberstellung von Kirche, Rathaus, Schule und Zeughaus auch räumlich definierte. Furttentbach schrieb hierzu in seiner *Architectura Civilis* von 1628: „Rathaus Kirche und Schul / seynd die drey Hauptgebaw / welche zu all und jeden Zeiten / bey / auch gleich neben einander stehen sollen / zuvorderst daß sie in unzertrennlicher Einigkeit und hertzlichem vertrauen verbleiben / hierdurch grosse Freundschaft zusammen suchen.“ Die Lage der Schule an der Peripherie wäre nach diesem Verständnis einer Abwertung gleich gekommen, hierher verlagerte man allenfalls den umfriedeten Schulgarten.

Rathaus, Kirche Schule bildeten jahrhundertlang eine Trias, die das Zentrum einer Stadt definierte. Bis es dann im 18. Jahrhundert zu einem Umdenken und einer Auflösung der „unzertrennlichen Einigkeit“ kam. Stadtkritik und Stadtflucht begleiteten die pädagogischen Vorstellungen der Aufklärung. In Jean-Jaques Rousseaus Erziehungsroman „Emile“ (1762) findet die Schulung der Eleven vor allem unter freiem Himmel in der Natur statt. Die Stadt war Anschauungsobjekt aus der Distanz, aber niemals Ort der Erziehung. Im 20. Jahrhundert wurden diese Ideen von der Freiluftschul- und Landerziehungsheim-Bewegung weitergetragen und behielten bis weit in die 1950er Jahre ihren Einfluss auf den pädagogischen und architektonischen Reformdiskurs.

Aufbauend auf Rousseau sah auch der Schweizer Sozialreformer und Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827) die Beziehung von Schule und Stadt kritisch. Schule war bei ihm ein Ort, der aufs engste mit dem häuslichen Kreis verbunden war. Pestalozzi skizzierte in seinen Schriften das Ideal der Wohnstuben-Schule, in der die Dichotomie von Schule und Heim aufgehoben war. Er forderte die überschaubare Dorfschule in einer Zeit, in der die Städte infolge der Industrialisierung wuchsen und die Verstaatlichung des Schulwesens massiv in das Leben der Menschen eingriff. Schule und Stadt gingen im Bauboom der Industrie- und Verwaltungsmetropolen seit den 1870er Jahren eine hypertrophe Symbiose ein. Die ideale Großschule des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurde als repräsentativer Stadtpalast an einer großen Verkehrsstraße gebaut. Doch die neue Allianz von Schule und Stadt hatte auch ihre Kehrseiten. Viele Schularchitekturen zeigten einen erstaunlichen Pragmatismus – zum Teil wurden Schulgrundstücke in schlechter Lage und mit noch schlechterem Zuschnitt bis auf den letzten Quadratmeter bebaut, Höhenentwicklungen von bis zu sechs Geschossen waren üblich. Schulentwicklungsplanungen waren noch unbekannt, die Städte reagierten auf einen Anstieg der Schülerzahlen mit den berüchtigten Kasernenschulen in provisorischer Leichtbauweise. Ob Kaserne oder Palast – hier wie dort wurde die Schule in der Stadt zum sozialen Unort. Das Schulhaus und sein Hof waren Orte mit eigenen Geset-

zen, der Zutritt war streng reglementiert. Nicht selten markierten hohe Mauern um die Schulhöfe die strikte Trennung von Drinnen und Draußen.

Erst mit den Schulen der Reformpädagogik, wie sie seit 1900 in Städten wie München, Hamburg oder Stuttgart und mit Schularchitekten und Stadtplanern wie Theodor Fischer und Fritz Schumacher entstanden, wurde die Schule als wichtiger Teil des Stadtraumes und Ort der (auftraggebenden) Bürgerschaft wiederentdeckt. Fischer und Schumacher prangerten die bedenkenlose Grundstückspolitik der kommunalen Verwaltungen an und forderten das Ende einer Stadtplanungspolitik, die den Schulen die „Restgrundstücke“ auf der städtischen Gemarkung zuwies. Fischer plädierte für eine Schule, die zwar als städtebauliche Dominante wirken sollte, in der Detailgestaltung aber an den kindlichen Maßstab angepasst war.

Auch die Vertreter des Neuen Bauens forderten in den 1920ern eine Wende im Verhältnis von Schule und Stadt. Doch diesmal sollte sie weit radikaler ausfallen. Die bekanntesten Beispiele der Schulbaumoderne waren zugleich Dokumente einer hochproblematischen Beziehung zwischen Schule und Stadt. Der spätere Bauhaus-Direktor Hannes Meyer und sein Kollege Hans Wittwer hatten 1926 die Aufgabe, inmitten eines beengten Altstadtquartiers von Basel eine Reformschule zu planen. Licht, Luft und Bewegungsflächen waren die Prämissen ihres verwegenen Projektes, das nie zur Ausführung gelangte: Sie stapelten die Klassengeschosse in die Höhe, die Spiel- und Pausenfläche sollte – einem Bauchladen ähnlich – abgehängt werden. Die totale Negation der bestehenden Stadt wird Teil der Schulbauprogrammatik der Moderne. Die Schule am Siedlungsrand wurde vom Congrès International d'Architecture Moderne (CIAM) prominent vertreten und 1933 in der Charta von Athen festgeschrieben. Das erneuerte Ideal der Schule im Grünen beförderte zugleich den Rückzug der Schule aus der Stadt und die Aufgabe ihrer Rolle als stadtkonstituierende Dominante. Gefallen hat diese neugewonnene Distanz der Schule zur Stadt nicht nur der Avantgarde. Die NS-Schulpolitik wusste aus der neuen Desurbanität der Schule Profit zu schlagen und verstieg sich zu weitläufigen Schulbauten am Stadtrand, die zu paramilitärischen Ausbildungscamps degradiert wurden.

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sollte und wollte Westdeutschland vom Ausland lernen, wie eine moderne Schule in einer demokratisch verfassten Gesellschaft auszusehen hatte. Die Schweiz, die USA und die Länder Skandinaviens wurden nun zum Vorbild. Von der Schweiz konnte man in diesen Jahren eines sehr gut lernen: Auch in einem flächenmäßig begrenzten Land war es möglich, großzügige und wertvolle Grundstücke für eine Schule auszuweisen. Und zwar nicht in der Peripherie, sondern in innerstädtischer Bestlage. Zahlreiche Schweizer Schulen der 1940er und 1950er Jahre wiesen hier den Weg. Diesem Vorbild folgend, versuchte auch die junge deutsche Schularchitektur eine Aufwertung der Schule in der Stadt- und Siedlungsplanung. Schule und Stadt sollten nicht weiter isoliert voneinander geplant werden, an der „Schulentwick-

lungsplanung“ führte kein Weg mehr vorbei. Die Pavillonschule im Grünen, das Schuldorf als Campus, das waren in den Nachkriegsjahren die vom Ausland importierten Idealmodelle.

Staats-Schularchitektur zwischen Politik und Pädagogik

Vor diesem Hintergrund kam es seit Mitte der 1950er Jahre in Schwäbisch Gmünd zur Planung einer neuen Schulanlage für das ortsansässige Staatliche Aufbaugymnasium.³ Für die neue Schule stellte die Stadt ein großzügiges Hanggrundstück in exponierter Lage nordöstlich der Altstadt zur Verfügung, Bauherr war das Land Baden-Württemberg, die Eröffnung erfolgte 1965. Die exponierte städtebauliche Lage der Schule ist auch deswegen von besonderem Interesse, weil die Bauaufgabe und das pädagogische Programm einer staatlichen Internatsschule Ende der 1950er Jahre ein bundesweit beachtetes Politikum war. Staatliche Internatsschulen waren seit dem 18. Jahrhundert als Kadettenanstalten für den militärischen Nachwuchs gegründet worden, unter kirchlicher Aufsicht gab es sie seit dem 19. Jahrhundert als Ausbildungsstätten für den Lehrernachwuchs.

Die alte Schulform hatte in den 1950er, erst recht aber in den 1960er Jahren wieder Konjunktur: Zum Zeitpunkt der Eröffnung der Gmünder Schule stand die Bildungspolitik republikweit im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Pädagogen und Politikberater wie Georg Picht und Ralf Dahrendorf hatten den Regierungsverantwortlichen im Bund und in den Ländern eklatante Mängel in der Bildungspolitik nachgewiesen, ja sogar eine unmittelbar bevorstehende „Bildungskatastrophe“ prognostiziert.⁴ Die CDU-geführte Landesregierung von Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger erklärte die Bildungspolitik zur Chefsache,⁵ die Eröffnung einer Staatlichen Internatsschule wurde zum Landes- aber auch zum bundespolitischen Signal. Sie sollte helfen, den eklatanten Akademikermangel, das Fehlen gut ausgebildeter Jungleh-

- 3 Die Internatsschule war aus dem katholischen Lehrerseminar hervorgegangen und hatte mehrere Vorgängerinstitutionen: 1825 Gründung im ehem. Franziskanerkloster; 1905 Umzug in die Pädagogische Hochschule in der Lessingstr. 7; 1920er Umwidmung zur Aufbauschule 1930er/1940er sog. „Deutsche Heimschule“; 1946 Lehreroberschule (LOS) in der Franziskanergasse 3.
- 4 Der Pädagoge und Theologe Georg Picht (1913-1982) verfasste seine Streitschrift „Die deutsche Bildungskatastrophe“ zunächst für die theologische Zeitschrift „Christ und Welt“ 1964, das kurz darauf erschienene Buch war bald vergriffen (1. Aufl. Freiburg i.Br. 1964, 2. Aufl., München 1965). Picht selbst war der Landerziehungsheim-Bewegung eng verbunden und selbst Internatsleiter im badischen Hinterzarten (Birklehof). Der Soziologe und Politiker Ralf Dahrendorf (1909-2009) spitzte die Diskussion mit seinem Beitrag „Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik“, Bramsche 1965 zu. Er sah angesichts der westdeutschen Bildungsdefizite die Demokratie gefährdet.
- 5 Kurt Georg Kiesinger (1904-1988) selbst war ehemaliger Schüler einer Aufbauschule (Kath. Lehrerseminar Rottweil). Der CDU-Politiker war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg und von 1966 bis 1969 Bundeskanzler.



Abb. 1: Das Aufbaugymnasium auf dem Herlikofer Berg; Aufnahme Mitte der 1960er Jahre; Foto: *Archiv Hans Auras*.

rer und schließlich auch das ländliche Bildungsgefälle mit seinen unmittelbaren Folgen für Wirtschaft und Industrie zu beheben. Neben dem Staatlichen Aufbaugymnasium in Schwäbisch Gmünd wurde eine zweite Schule dieses Typs zeitgleich in Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis) eröffnet.

Die Zielgruppe der Schulen waren 11- bis 18jährige Schüler im ländlichen Raum, die mangels ausreichender Versorgung mit weiterführenden Schulen auf einen höheren Bildungsabschluss verzichteten. Mit dem Neubau oder der Förderung bestehender Staatlicher Aufbaugymnasien (ABGs), die sämtlich in strukturschwachen Regionen lagen, zielte die Landesregierung von Baden-Württemberg darauf, so genannte „ländliche Bildungsreserven“ zu erschließen, in zweiter Linie wollte man neue Lehramtsstudenten gewinnen.⁶ Im Gegensatz zu den etablierten privaten Internatsschulen im Land ging es bei den ABGs nicht um Eliteschulen, sondern um die Breitenförderung.

Die Erwartungen an den Schultyp waren hoch. Zur Eröffnung in Gmünd beschrieb der Schulleiter die Internatsschule als Initiationsort für junge Demokraten und betonte die Verbindung von Bildung und Erziehung, die hier im Internat, fern der Elternhäuser

⁶ So Adalbert Neuburger, Rektor PH Schwäbisch Gmünd in: *Staatl. Aufbau-Gymnasium Schwäbisch-Gmünd* (s. A 2), S. 5.

möglich wäre. Das Bild der antiken Polis stand im Mittelpunkt seiner Überlegungen, nichts weniger als ein Abbild der idealen Gesellschaft gelte es mit einer solchen Schule zu gestalten, so der Pädagoge. Die Schule habe die Aufgabe, „die Vermenschlichung, die Individualisierung, die Personalisierung der Masse“ zu fördern:

„Es sollen wir-verbundene Persönlichkeiten sein, die wir erziehen und bilden. Nur sie vermögen in dem Massenzeitalter gewachsene Persönlichkeiten zu werden und die Personalisierung der Masse vorwärts zu treiben. [...] Es sind nun gerade die Heimschulen, welche dieses Erziehungsprinzip am reinsten verwirklichen können.“⁷

Bauweise und städtebauliche Situation der Schule sollten dieses Erziehungsziel verstärken. In seiner Eröffnungsrede ging der Schulleiter auf die Architektur ein, die in Teilen der Bevölkerung Irritationen ausgelöst hatte und berichtet von einer typischen Frage:

„Warum habt Ihr denn diese Einzelhäuser gebaut? Sie erschweren doch nur die Aufsicht! Wäre es nicht zweckmäßiger und billiger gewesen, einen geschlossenen Komplex hinzustellen? Ich zeigte dann in der Regel auf die Bismarck- und die Hardtkaserne da drüben und sagte: „Halten Sie es für richtig, wenn 13-19jährige in solch einem Ungetüm, in einem Labyrinth von ineinander- und aufeinandergeschachtelten Zimmern mit kalten, hallenden Gängen die bildungsfähigsten Jahre ihres Lebens verbringen?“ Dann begriff auch der Laie, warum man diese aufgelockerten Bauformen in Gottes freie und natürlich gewachsene Landschaft gestellt hat. [...] Die Auflockerung in eine Reihe von Wohnheimen steht deshalb bewußt der Gefahr der Vermassung gegenüber.“⁸

Pädagogische Architektur war damit weit über den bisherigen Anspruch, den Klassenraum und das Schulgebäude zu gestalten, hinausgewachsen. Schule ist Stadt, ja sogar: Schule ist Staat, lautete jetzt das Motto. In Schwäbisch Gmünd trat der Staat als Förderer dieser Idee auf.

Der Wettbewerb

Die eingeschränkt offenen Wettbewerbe⁹ für die beiden Aufbaugymnasien in Schwäbisch Gmünd und Adelsheim waren 1959 mit prominenten und progressiven Architekten besetzt, ganz offensichtlich maß die Landesregierung dem Wettbewerbsverfahren eine hohe Bedeutung bei.¹⁰ Den Jury-Vorsitz für Schwäbisch Gmünd hatte der Stutt-

7 P. Steck, Die Sinngebung des Schulstaates, in: ebda., S. 33-39, hier S. 34.

8 Schülerzeitung „der eulenspiegel“, Nr. 27, Dezember 1966, S. 4-7, hier S. 6.

9 Zugelassen waren Architekten aus Nordwürttemberg.

10 Die Jury für das Staatliche Aufbaugymnasium in Adelsheim bestand aus Horst Linde, Lothar Götz, Reg. Baurat Freiwald, Reg. Baudir. Kölmel, den Vorsitz hatte Alois Giefer. Der prominente Frankfurter Architekt und BDA-Vorstand Giefer (Architektenpartnerschaft Giefer & Mäckler) hatte zuvor mit dem Buch „Planen und Bauen im neuen Deutschland“, Köln/Opladen 1960, für Aufmerksamkeit gesorgt.

garter Architekt und Hochschullehrer Rolf Gutbrod, der Fachkollege Horst Linde vertrat als Ministerialdirigent im Finanzministerium und Leiter der Staatlichen Hochbauverwaltung des Land Baden-Württemberg. Als externer Gutachter war der Hamburger Baudirektor Paul Seitz vertreten. Seitz war zu diesem Zeitpunkt ein gefragter Schulbauspezialist, der mit vorgefertigten Pavillonschulen und seiner Orientierung am anglo-amerikanischen Schulbau in der internationalen Fachwelt Beachtung fand.

Beteiligt hatte sich junge Architekten, die in den nachfolgenden Jahren zur Avantgarde der westdeutschen Architekturszene gehören sollten, darunter Günter Behnisch, Harald Deilmann, Wolf Irion. Die Erstplatzierung erreichte ein Stuttgarter Architekt und Absolvent der dortigen Technischen Hochschule:¹¹ Hans Auras¹² hatte seinen Entwurf „GANZ ALLEIN“ betitelt und erhielt auch den Bauauftrag. Auras' Gestaltungsansatz war primär von städtebaulichen Überlegungen geleitet, seine Überlegungen zum Entwurf erläuterte er in der Schulfestschrift in der inhaltlichen Reihenfolge Städtebau, Architektur, Schulbetrieb. Der Architekt erinnert sich, dass die Idee, „der Stadt etwas kontrapunktisch entgegenzusetzen“ seinen Entwurf von Anfang an bestimmte.¹³ Für das noch ungegliederte und städtebaulich wenig attraktive Stadterweiterungsgebiet der 1950er Jahre östlich der Innenstadt sollte die erhöht gelegene Schulanlage die Funktion einer Dominante übernehmen. Der Blick vom neuen Schulcampus zur Innenstadt, so Auras, ließe die „bis zu den alten Stadtmauern hinziehende neuere und indifferente Bebauung des Talgrundes unwichtig werden. Der Blick wandert darüber hin, bis er an dem klar erkennbaren alten Stadtkern zum Verweilen aufgefordert wird.“¹⁴

Im Gegensatz zu den anderen Teilnehmern hatte sich Auras dafür entschieden, den Wohnbereich und den Schulbereich auf dem weitläufigen Hügelgelände gleichgewichtig zu behandeln. Den großvolumigen liegenden Baukörpern des Schulbezirks sollten hochaufragende Wohnhäuser am Hang folgen. Ursprünglich war hierfür eine Kombination aus drei- und siebengeschossigen Doppeltürmen vorgesehen. Doch aufragende Vertikalen in Hanglage waren nach den städtebaulichen Richtlinien der Stadt nicht gewünscht, und so erfolgte der Bauauftrag erst unter der Maßgabe der einheitlichen Kürzung auf drei Geschosse. Das Ergebnis nach der Überarbeitung waren Wohn-

11 1. Preis und Bauauftrag: Hans Auras, Stuttgart; 2. Preis: Renate Weisbach, Stuttgart; 3. Preis: Albert Hänle, Schwäbisch Gmünd; siehe: „architektur wettbewerb. Schriftenreihe für richtungweisendes bauen“, Heft 30, Gymnasien und Mittelschulen, Stuttgart 1960.

12 Hans Auras (geb. 1929), 1948 Abitur am Internat Salem, 1948-1951 Maurer und Polier, 1951-1955 Studium der Architektur an der Stuttgarter TH, Diplom bei Rolf Gutbrod; 1955-1958 Assistent an der Stuttgarter TH, Lehrstuhl Statik bei Curt Siegel und Lehrstuhl Innenraum und Entwerfen bei Rolf Gutbrod; 1958 Bürogründung in Stuttgart; 1972-1991 Professur für Baukonstruktion an der Hochschule für Technik Stuttgart.

13 Gespräch der Autorin mit Hans Auras im März 2015.

14 H. Auras, Das neue Aufbaugymnasium in Schwäbisch Gmünd. Einzelheiten zur Planung und Ausführung, in: *Staatl. Aufbau-Gymnasium Schwäbisch-Gmünd* (s. A 2), S. 18-25, hier S. 18.

türme, die sich optisch dem Quadrat näherten und Rolf Gutbrod kommentierte den Entwurf seines ehemaligen Schülers und Assistenten nach der Wettbewerbsentscheidung mit einem augenzwinkernden: „Was machen Sie denn da für eine Klötzchenarchitektur?“¹⁵ Im Wettbewerb war Gutbrod ein loyaler und wohlwollender Juror gewesen, im Gespräch unter vier Augen wollte er dem jungen Kollegen nun ein wenig den Spiegel vorhalten, denn das Bauen entlang einer strengen Reduktion und Geometrisierung war Gutbrods Sache nicht. Auras behielt sein Konzept bei, den Bauauftrag bekam er trotzdem.

Die Architektur

Für die Verbindung von Wohnen und Lernen gab es im 20. Jahrhundert bekannte Architekturvorbilder. Das Bauhaus mit Werkstätten und Wohnhäusern von Walter Gropius in Dessau (1926), die Gewerkschafts-Bundesschule mit Wohntrakt von Hannes Meyer und Hans Wittwer in Bernau (1928) und schließlich die Hochschule für Gestaltung in Ulm mit gestaffeltem Wohnhaustrakt von Max Bill (1955) gaben den Bezugsrahmen auch für das Staatliche Aufbaugymnasium von Schwäbisch Gmünd. Und tatsächlich bestehen zwischen dem Auras'schen Entwurf und der zehn Jahre zuvor eröffneten HFG Ulm die deutlichsten Parallelen.¹⁶

Das Einzugsgebiet für die Schule in Gmünd war der gesamte Ostalbkreis. Gebaut wurde im ersten Bauabschnitt bis 1965 für eine Belegung mit 200 Jungen und Mädchen, im zweiten Abschnitt bis 1972 für nochmals 100 Personen. Gemessen an den Belegungszahlen von allgemeinbildenden Gymnasien war diese Größenordnung sehr überschaubar, ja fast elitär. Am zentralen Schulplatz¹⁷ gelegen befindet sich der zweigeschossige Klassen- und Verwaltungsbau, der hangseitig in eine Turn- und Festhalle übergeht. Ein polyederförmiger Musikpavillon ist dem Klassenbau im Norden zur Seite gestellt und als Überleitung zum 2. Bauabschnitt im Norden mit weiteren Klassen- und Wohnbauten gedacht. Auf der Südseite betonen der Schulplatz mit seiner Rampe und den Wasserflächen die Trennung des Schulbereichs und des Wohnbereichs. In seiner Projektbeschreibung betont Auras die städtebaulich-soziologische Bedeutung die-

15 Gespräch der Autorin mit Hans Auras im September 2015.

16 Parallelen sind die landschaftliche Einbettung und erhöhte topografische Lage, das kontrapunktische Verhältnis von Alt und Neu mit Schule am Hang und Altstadt in der Ebene, das Raumprogramm mit den Unterrichts-, Aufenthalts- und Wohneinheiten und schließlich die Architektur mit ihrer strengen Reduktion und roh belassenen Materialität.

17 Zum Zeitpunkt der Eröffnung ist die Ölkrise noch in weiter Ferne, der Kalte Krieg aber auf einem Höhepunkt. Der Schulplatz kaschiert die darunter liegende Heizungsanlage mit großem Kohlen-, später Ölkeller und dem angeschlossenen Luftschutzbunker. Auch die acht Schülerwohnhäuser verfügen jeweils über einen eigenen Luftschutzraum.

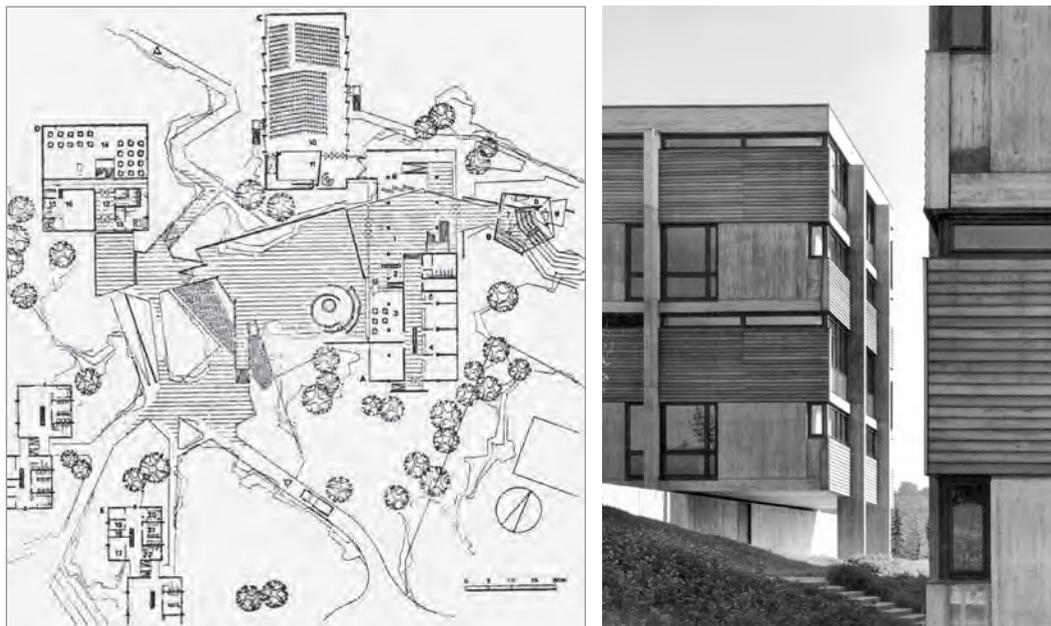


Abb. 2: Lageplan mit Darstellung der Erdgeschossenebene des Schulhauses. Deutlich sind die fließenden Übergänge von Schulvorplatz, Schulfoyer und Musikpavillon; Zeichnung: *Deutsche Bauzeitung db*, 1966.

Abb. 3: Maisonette-Blocks als Wohnform für eine selbstbestimmte Jugend. Die Wohnhäuser des ersten Bauabschnitts; Aufnahme um 1965; Foto: *Archiv Hans Auras*.

ser Bereichstrennung, weil sie den „kontrapunktischen Lebenslauf“ des Schülers ausdrücke, „der morgens zur Schule geht, sich dort der großen Gemeinschaft unterordnen muß, dann aber nach Hause kommt und Individuum sein darf“¹⁸

Die breit lagernde Horizontale des zweigeschossigen Schulhauses ist das Zentrum und zugleich der höchstgelegene Abschluss der Schulstadt. Der rechteckige Baukörper ist quer zu den Höhenlinien gestellt, scheint sich gegen die Topografie zu stemmen. Ein Wechsel im konstruktiven System sorgt im Erdgeschoss dafür, dass der Stahlbetonskelettbau wie schwebend wirkt, unterstützt wird dies noch von der Vollverglasung der Foyer-Halle mit ihren großflächigen Dickglasscheiben. Im Inneren überrascht dieses Foyer mit einer Ausdehnung auf mehrere Ebenen und einem Rundumblick auf den Schulcampus; Innen und Außen gehen hier nahtlos ineinander über. Opulenz in den Dimensionen und in der Materialität bestimmen den Raumeindruck

18 H. Auras, in: *Staatl. Aufbau-Gymnasium Schwäbisch-Gmünd* (s. A 2), S. 19.



Abb. 4: Öffentlicher Raum als Symbol. Schulplatz und Schulhaus als städtebaulicher Abschluss der Stadt; Foto: *Archiv Hans Auras*.

im Erdgeschoss, in den Klassengeschossen steht dagegen die Ökonomie im Vordergrund: Typisch für den Schulbau der 1960er Jahre ist die Rückkehr zum kompakten Baukörper mit zweibündigem Grundriss. Die Klassenräume sind nach Südwesten ausgerichtet, der Blick nach Draußen ist immer auch ein Blick auf die Altstadt und die umgebenden Hänge.

Ganz anders dann die Architektur der Schülerwohnhäuser: Die paarweise gekoppelten Wohnblocks sind frei in das Gelände eingestellt und mit einem Netz von Wegen verbunden. Ihre Architektur folgt einer aus dem Quadrat entwickelten Proportionierung – sowohl an der Fassade als auch im Grundriss. Die Häuser sind nach dem Vorbild britischer Siedlungshäuser als Maisonettes aufgebaut,¹⁹ je ein Haus besteht aus zwei Maisonette-Einheiten mit einer ursprünglich offenen Gemeinschaftsfläche im Eingangsbereich und den privateren Schlaf- und Arbeitsräumen im Obergeschoss. Sämtliche Möbel und Einbauelemente wurden von Auras entworfen. Vom Brutalismus beeinflusst ist die

¹⁹ Hans Auras hatte Mitte der 1950er Jahre ein Informations-Reisestipendium für Großbritannien und nutzte diese Reise für intensive Studien des britischen Sozialwohnungsbaus. Die Maisonette-Struktur der Gmünder Internatshäuser folgte dem Wohnungsbau des London County Council; Gespräch der Autorin mit Hans Auras im September 2015.



Abb. 5: Die Stadt im Blick. Aussicht von den Klassenräumen auf den Vorplatz, die Wohnblocks und die Stadt; Foto: *Archiv Hans Auras*.

Behandlung des Materials, bei dem die Alterung bereits mitbedacht war: alle Fassaden zeigten mit schalungsrauhem Beton in Kombination mit langsam vergrauendem Rot-Zedernholz ursprünglich eine reduzierte und naturnahe Farbe und Materialität; das Grau von Holz und Beton sollte nur durch das Schwarz der schmal-profilierten Aluminiumfenster unterbrochen werden.²⁰

Dass diese Architektur in Schwäbisch Gmünd und darüber hinaus bekannte Gebrauchsmuster und Sehgewohnheiten auf den Kopf stellte, lag auf der Hand. Häuser, die als reduzierte geometrische Körper auftraten, der Verzicht auf eingespielte Repräsentativ-Formeln beim Schulhaus, Glaswände, die die Trennung von Innen und Außen aufhoben, und eine neue Materialität boten den Schülern eine Kontrasterfahrung, die vom Architekten durchaus beabsichtigt war. In seiner gestalterischen und ausstattungs-technischen Opulenz war das ABG ein Ausnahmeobjekt. Aus heutiger Perspektive erstaunlich erscheinen beispielsweise die riesigen Glasflächen in Kombination mit den Natursteinbelägen im Schulhaus, das Schwimmbad im Untergeschoss des Turn- und

²⁰ Das bauzeitliche Erscheinungsbild ist in 2016 nur noch partiell vorhanden. Unsachgemäßer Farbauftrag auf Beton und Holzverschalung, sowie breit profilierte neue Fenster zeugen vom Unverstand in der Bauunterhaltung der vergangenen dreißig Jahre.

Festsaal oder die Ausstattung der Schülerhäuser mit je einem Konzertflügel. Bei Konzertveranstaltungen im Festsaal kam die vom Architekten gestaltete und individuell angefertigte Zwölfton-Orgel zum Einsatz.

Fazit und Ausblick

Finanziert und gebaut wurde in Schwäbisch Gmünd eine Vorzeigeeinrichtung mit politischem Symbolcharakter. In einer Zeit, in der der Systemschulbau unter der Regie von Betonbauunternehmen die kommunale Schulbaupraxis zu dominieren begann, setzte Auras' Schule ein Zeichen für Individualität und Qualität im Schulbau. Die Staatliche Hochbauverwaltung unter der Leitung von Horst Linde hatte mit den beiden Aufbaugymnasien in Schwäbisch Gmünd und in Adelsheim die Gelegenheit ergriffen, Architektur als Ausdruck politischer Reform ins Werk zu setzen. Dass man dabei auf eine kompromisslos moderne Architektur setzte, ist dem Engagement von Linde zu verdanken, der in diesen Jahren zum Staatsarchitekten in Baden-Württemberg avanciert war und nicht zuletzt aufgrund des kompromisslos modernen Landtagsgebäudes in Stuttgart internationales Ansehen genoss. Als oberster Baubeamter des Landes stufte er die Bedeutung für die beiden Staatsschul-Projekte hoch ein. Mit Rolf Gutbrod und dem bundesweit bekannten BDA-Vorstand Alois Giefer hatte es Linde verstanden, führende Architekten der Zeit in die Wettbewerbe einzubinden und engagierte sich selbst als Juror und Jury-Vorsitzender.

Mit dem ABG Schwäbisch Gmünd war das größte und mit Abstand aufwändigste Neubauvorhaben für diese Schulform im gesamten Bundesgebiet entstanden. Kein anderes Bundesland hatte nach 1949 vergleichsweise mehr Geld in den Neuaufbau von staatlichen Internatsschulen investiert und nirgendwo sonst wurden derart ambitionierte Architekturen in Auftrag gegeben.²¹ Die Besonderheit dieser Schule lag in der Neuinterpretation der Bauaufgabe „Internatsschule“. Die traditionelle Form der Landerziehungsschule mit dörflich-ruralem Gepräge hinter sich lassend, hatte Auras hier ein städtisches Internat gebaut, bei dem die moderne Architektur die Auseinandersetzung von Schule und (Alt-)Stadt herausforderte. Die ausführliche Dokumentation der Schule in der Deutschen Bauzeitung 1966 und schließlich in der niederländischen Fachzeitschrift BOUW 1969 brachte die in dieser Hinsicht erwünschte Außenwirkung.²²

21 Dies ergibt eine Expertise der Autorin, die im Auftrag des Regierungspräsidiums Stuttgart, Landesamt für Denkmalpflege, 2014 entstand (unveröff.). Den Aussagen liegt eine Vergleichsanalyse der betreffenden Schulen in Baden-Württemberg und eine Analyse des bundesweiten Bestands dieses Schultyps zugrunde.

22 N.N., Staatliches Aufbaugymnasium Schwäbisch Gmünd, in: Deutsche Bauzeitung db, 9/1966, S. 738-741; Bouw Centraal Weekblad voor het Bouwwezen in Nederland en België Nr. 36/1969, S. 1394-1399.



Abb. 6: Im Schülerwohnhaus. Offener Aufenthaltsbereich im Erdgeschoss. Zustand vor dem Umbau; Foto: *Archiv Hans Auras*.

Knapp dreißig Jahre nach der Eröffnung kam zu Beginn der 1990er Jahre das Aus für die Schule. Das Konzept der staatlichen Internatsschule war aufgrund des flächendeckenden Ausbaus des dreigliedrigen Schulsystems überflüssig geworden. Das Interesse der ländlichen Bevölkerung am Internatsschul-Konzept nahm ab, zu hohe Unterhaltungskosten kamen hinzu. Die Oberfinanzdirektion Stuttgart übernahm 1994 die Liegenschaft. Seit 2004 wird die ehemalige Schule als Bildungszentrum für Aus- und Fortbildungen von Mitarbeitern der Oberfinanzdirektion Karlsruhe genutzt. Die für ihre Zeit so typische und zugleich ungewöhnliche Architektur der ehemaligen Schule lässt dem Eigentümer bis heute keine Ruhe: Zuletzt hat der Rechnungshof Baden-Württemberg den unwirtschaftlichen Betrieb und die hohen Unterhaltungskosten von Schule, Festsaal und Schwimmhalle gerügt und ein Veräußern der Gesamtanlage empfohlen. So dies nicht gelänge, sei an einen Abriss zu denken.²³

Rückblickend betrachtet war nicht nur die Schulform des Aufbaugymnasiums, sondern auch ihre Bauweise seit Anfang der 1970er Jahre ein Auslaufmodell. Ein anderes Konzept sollte in Deutschland das Schulproblem im ländlichen Raum lösen: Das so

23 Vgl. www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de/de/veroeffentlichungen/denkschriften/317750/317769.html [09.02.2016].

genannte Schulzentrum nach US-amerikanischem Vorbild mit einem mehrere Kommunen umfassenden Einzugsgebiet. Diese Schulen für durchschnittlich 2.000 bis 3.000 Schüler wurden schon aufgrund ihrer erforderlichen Größe auf der grünen Wiese gebaut. Die kompakte Bauweise funktionierte nach dem Motto *all under one roof*; im Erscheinungsbild gab es Parallelen zum Industriebau. Hier wie dort beruhte die Architektur auf Modul-Bausystemen und Montagebau, Klimatisierung und künstlicher Belichtung. Das Schulzentrum verhielt sich zur Stadt als unabhängiger Satellit. Stadt und Schule waren nie weiter voneinander entfernt. Günter Behnisch hatte die Problematik dieser Entwicklung schon früh erkannt und 1960 mit seinem Aufsatz „Eine Schule ist keine Fabrik“ für einen Schulbau geworben, der seine elementaren urbanen Aufgaben wieder wahrnehmen sollte.²⁴

Die Satellit- und Fabrikschulen der 1960er und 1970er Jahre sind noch heute in Betrieb und bilden die Folie, vor der heute wieder über eine Rückkehr der Schulen in die Städte diskutiert wird. Zu Recht: Die Schule ist einer der ersten Erfahrungsräume von Kindern und jungen Erwachsenen, das stufenweise sich entwickelnde Bewusstsein „mein Quartier“ und später „meine Stadt“ beginnt mit dem Bewusstsein „meine Schule“. Schüler ab einem gewissen Alter sind neugierige Stadtnutzer, die ausloten, was eine Stadt zu bieten hat. Zur Adoleszenz gehört eben auch der souveräne Umgang mit dem Organismus Stadt. Das hat sich seit der Antike nicht geändert, auch nicht, seit die Städte von Verkehr und Konsum geprägt sind. Über den Schulweg, den Standort der Schule und die Rolle des Schulgebäudes als eines der zentralen Bauaufgaben der Gemeinschaft haben sich die Menschen schon immer Gedanken gemacht, weil sie wussten, dass Lernen selbstverständlich nicht nur im definierten Schulraum, sondern immer auch außerhalb der Schule stattfindet. Wenn man das Schlagwort von der Schule als Lebensraum ernst nimmt, dann muss man sich also zwangsläufig Gedanken machen über das soziale Beziehungssystem von Schule und Stadt. Wer bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein für die eigene Stadt, das eigene Quartier schaffen will, der ist gut beraten, bei den Schulen anzusetzen. „Meine Schule“, „mein Quartier“, „meine Stadt“, diese Bewusstseinsstufen funktionieren dann gut, wenn ein Schulhaus seine Funktion als sozialer Ort in der Stadt wahrnehmen kann und wenn Zukunft und Geschichte einer Schule in ihrer Bedeutung gleichgewichtig behandelt werden. Wir brauchen also Stadt und Schule immer wieder als lesbare und weitmöglichst unversehrte Dokumente ihrer Zeit. Auch wenn es seiner ursprünglichen Nutzung enthoben ist, ist das ehemalige Staatliche Aufbaugymnasium in Schwäbisch Gmünd ein solches Dokument, an dem sich nicht nur der (bildungs-)politische Kontext der 1950er- und 1960er Jahre, sondern auch die Bedeutung der Bauaufgabe Schule für die Identität einer Stadt ablesen lässt.

24 G. Behnisch, Eine Schule ist keine Stadt, in: Deutsche Bauzeitschrift db, 3/1974, S. 232-237.

„Aufbau nur über Zerstörung!“

Debatten über den Umgang mit beschädigter oder zerstörter Bausubstanz nach dem Zweiten Weltkrieg und die Entscheidungsfaktoren für oder gegen einen Wiederaufbau: Das Beispiel Hanau¹

Mit den Worten „Aufbau nur über Zerstörung“ brachte der besorgte Bürger und damalige Vorsitzende des Hanauer Geschichtsvereins Walter Fraeb 1949 in einem Leserbrief seinen Unmut über den geplanten Abriss der Stadtmauer zum Ausdruck. Weiter ist hier zu lesen: „Man fragt sich aber, ob [der Wohnungsbau] nur mit neuen Vernichtungen der noch vorhandenen ältesten Bestände der Stadt zu bewerkstelligen ist.“² Ein zweiter Leserbriefschreiber appellierte an die Verantwortlichen: „Was jedoch einmal eingerissen ist, das ist uns unwiederbringlich verloren. Und was werden unsere Nachkommen einst sagen, wenn wir auch dieses Denkmal aus der Vergangenheit unserer Vaterstadt für immer auslöschen?“³

Aus diesen beiden Passagen wird eines sofort deutlich: Die Frage, wie mit der zerstörten historischen Bausubstanz, mit städtischen Wahrzeichen, Kirchen, Schlössern, Rathäusern, ehemaligen Stadtbefestigungen, fürstlichen Repräsentationsbauten, Platzensembles, aber auch mit Bürger- und Fachwerkhäusern in den vom Bombenkrieg schwer betroffenen deutschen Städten umzugehen war, bildete im Wiederaufbau nach 1945 ein großes Diskussions- und Konfliktpotential. Das mögliche Vorgehen umfasste vom „Abriss der Ruine mit oder ohne Folgebau“⁴ – wie beim Stadtschloss in Berlin – bis zur Rekonstruktion, also der möglichst authentischen Wiederherstellung des Vorkriegszustandes wie beim Goethehaus in Frankfurt, ein breites Spektrum. Dazu kamen Bemühungen, Ruinen als Mahnmale an den Krieg in ihrem Zustand zu belassen.

- 1 Der Beitrag stellt eine Zusammenfassung der Publikation von *M. Häfner*, „Jede Stadt braucht ihr Gesicht“. Der Wiederaufbau der Stadt Hanau nach 1945 – Zwei Dekaden zwischen Zerstörung und Urbanität, Hanau 2015 dar.
- 2 *W. Fraeb*, Aufbau nur über Zerstörung?, in: *Hanauer Anzeiger* (HA), 24.09.1949.
- 3 *H. K.*, Noch einmal die alte Stadtmauer, in: HA, 24.09.1949.
- 4 *M. Falser*, Trauerarbeit an Ruinen. Kategorien des Wiederaufbaus nach 1945, in: *M. Braum/U. Baus* (Hrsg.), *Rekonstruktion in Deutschland. Positionen zu einem umstrittenen Thema*, Basel 2009, S. 60-97, hier S. 67.

Dieser Beitrag befasst sich am Beispiel der Stadt Hanau mit der Frage, ob der Wiederaufbau untrennbar mit der Beseitigung der historischen Bausubstanz verknüpft war, wie die Leserbriefschreiber es empfanden. Dabei soll herausgearbeitet werden, welche Faktoren für den Erhalt, die Integration in Neubauten, den Wiederaufbau oder den Abriss historischer Bausubstanz bestimmend waren. Waren es funktionale Überlegungen für eine andersartige Verwendung des umbauten Raums oder ökonomische und finanzielle Erwägungen? Wie gingen lokale Politiker, Architekten, Interessensgruppen und Bürger mit der zerstörten und ruinenhaften, aber historisch gewachsenen Bausubstanz um und wie wurden angesichts des Zeitdrucks die Bedürfnisse nach ausreichend Wohnraum und funktionalen Verwaltungs-, Schul- und Bürogebäuden befriedigt? Welche Rolle spielten moderne Einflüsse aus Städtebau und Architektur? Wie beeinflussten gesetzliche Rahmenbedingungen die Vorgehensweise?

1. Zerstörungen in Hanau

Als Untersuchungsgegenstand fungiert die Mittelstadt Hanau, die gemäß der amtlichen Festlegung der Wiederaufbauabteilung des hessischen Innenministeriums einen Zerstörungsgrad von 70,14 Prozent aufwies; damit war Hanau prozentual Hessens am stärksten betroffene Stadt und zugleich eine der prozentual am schwersten zerstörten Städte im späteren Bundesgebiet. Vor allem die Innenstadt bestand nicht mehr. Sie war zu 98,4 Prozent zerstört.⁵

Die unmittelbaren Nachkriegsjahre waren angesichts der eingeschränkten Bautätigkeit und der notwendigen Maßnahmen zur Enttrümmerung eine Phase utopischer Planungen und intensiver Debatten. Hier ist insbesondere an die Ansicht vieler Architekten und Stadtplaner zu denken, die Zerstörung nicht nur als Tragödie zu sehen, sondern sie vielmehr als Chance für gesündere Städte nutzen zu wollen.⁶ Auf der Gegenseite standen Rekonstruktionen zerstörter Bauwerke im Generalverdacht, Zerstörungen, die durch den Nationalsozialismus verursacht worden waren, verdrängen oder beseitigen zu wollen und der Umgestaltung der Städte nach zeitgemäßen Vorstellungen für Verkehrlenkung, Begrünung und Auflockerung entgegenzustehen.⁷ Die Befürworter von Rekonstruktionen hingegen verteidigten eine stilgetreue

5 Zahlen nach *Statistisches Amt der Stadt Hanau* (Hrsg.), *Die Kriegsschäden und der Wiederaufbau der Stadt Hanau in der Statistik*, Hanau 1949, S. 5.

6 Vgl. hierzu insbes. *W. Durth/N. Gutschow*, *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950*, Bd. 1: Konzepte, Bd. 2: Städte, Braunschweig/Wiesbaden 1988.

7 Vgl. hierzu insbes. die Diskussion um den Wiederaufbau des Frankfurter Goethehauses in den Frankfurter Heften: „Das Haus am Hirschgraben ist nicht durch einen Bügeleisenbrand oder einen Blitzschlag oder durch Brandstiftung zerstört worden; es ist nicht ‚zufällig‘ zerstört worden [...]. Es war kein

Wiederherstellung als Sicherung der städtischen Identität und des kulturellen Erbes. Abseits aller ideologischen Debatten bestand wegen des allgegenwärtigen Mangels an Baustoffen die Notwendigkeit historische Bausubstanz zu sichern und möglichst wiederzuverwerten.

Die Hanauer Stadtteile waren von den Zerstörungen unterschiedlich betroffen. Die Altstadt brannte wegen ihrer Bausubstanz, die hauptsächlich aus Fachwerkhäusern bestand, bis auf wenige Grundmauern nieder. Dies schloss auch die bedeutenden historischen Bauwerke mit ein, allen voran das Stadtschloss, das Altstädter Rathaus, die Johanneskirche und die Marienkirche. Die Altstadt war über den Freiheitsplatz lose mit der 1597 gegründeten Neustadt verbunden. Diese stellte ihrerseits eine frühneuzeitliche Planstadt auf oktagonalem Grund dar und bestand im Gegensatz zur Altstadt aus massiven Steinbauten. Auch die stattlichen Bürgerhäuser der Neustadt, das Neustädter Rathaus, die Wallonisch-Niederländische Doppelkirche und die Bauten am Freiheitsplatz – das Stadttheater, das Zeughaus, die Hohe Landesschule und die ehemalige Infanteriekaserne – brannten bis auf die Grundmauern nieder oder aus. Die Schadensziffern nahmen konzentrisch her vom Stadtkern ab, sodass die Bürgerhäuser und Villen sowie die Kasernen- und Industrieanlagen in den Randbezirken zwar beschädigt, aber instandsetzungsfähig waren.⁸

2. Umgang mit zerstörter historischer Bausubstanz

Anfangs waren alle historischen Bauwerke Hanaus für den Wiederaufbau vorgesehen, wie eine 1946 erstellte Auflistung zeigt.⁹ Seinerzeit galt die Richtlinie bei der Stadtplanung, Bestehendes zu erhalten, Untergegangenes zu ersetzen und gleichzeitig vorausschauend die Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Stadt in der Zukunft zu legen. Diese vorausschauende Planung galt besonders im Schulbau.¹⁰

Für den Umgang mit diesen Ruinenwerten und Gebäuderesten bestanden grundsätzlich vier Lösungsansätze: 1. eine Rekonstruktion des Vorgängerbaus, 2. ein hinsichtlich der Außenfassade stilgetreuer Anpassungsneubau mit neuartiger Innenraumkonzeption, 3. ein moderner Neubau unter Einbezug bestehender Baureste oder 4. ein Abriss.

Versehen, das man zu berichtigen hätte, keine Panne, die der Geschichte unterlaufen wäre: es hat seine Richtigkeit mit diesem Untergang. Deshalb soll man ihn anerkennen.“ (W. Dirks, Mut zum Abschied. Zur Wiederherstellung des Frankfurter Goethehauses, in: Frankfurter Hefte 2 (1947), S. 819-828, hier S. 825 f.

8 Zur Hanauer Baugeschichte und zum Ausmaß der Schäden: M. Häfner (s. A 1), S. 37-48.

9 Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), 325/19 PIII3, Liste der Baudenkmäler, die wiederaufgebaut werden sollten.

10 H. Krause, Die Wirtschaft stellt das Fundament, in: HA, 31.12.1953.

Letztgenannte Option spielte im Falle der Ruine des Altstädter Rathauses, 1942 zum Deutschen Goldschmiedehaus umfunktioniert, keine Rolle. Obwohl die Prämisse in den ersten Nachkriegsjahren auf der Wiederherstellung von Versorgungsleitungen, Straßen, Schulen und Wohnungen lag und das Deutsche Goldschmiedehaus eine Gründung im Zeichen nationalsozialistischer Propaganda gewesen war, setzten sich die städtischen Gremien und besonders Oberbürgermeister Karl Rehbein, selbst gelernter Goldschmied, seit 1950 vehement für den Wiederaufbau ein.¹¹ Beim Goldschmiedehaus zeigten sich die zeittypischen, unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Wiederaufbauform, die in der Hanauer Stadtöffentlichkeit und Bürgerschaft 1950 bis 1955 für rege Debatten sorgten: Auf der einen Seite vertraten Oberbürgermeister Rehbein, weite Teile des Magistrats und der Stadtverordneten sowie Interessensverbände wie der Hanauer Geschichtsverein den Standpunkt einer möglichst genauen Rekonstruktion des früheren Bauwerks, insbesondere der Fachwerkfront.¹² Eine Aussprache unter Beteiligung der Bevölkerung brachte deutlich den Wunsch zum Ausdruck, das Rathaus in altem Stil wiederherzustellen. Heinrich Bott als Vertreter des Geschichtsvereins kritisierte, es bestehe in Hanau die Tendenz, alte Baudenkmäler, obwohl sie von der Zerstörung verschont geblieben waren, restlos zu beseitigen. Die Gegner des Erhalts alter Bauwerke teilten sich in Anhänger einer modernen Bauweise, die in jedem Fall einen zeitgemäßen Baustil durchsetzen wollten und „Nützlichkeitsfanatiker“, die bei jedem Baudenkmal stets nach dem Zweck fragten.¹³

Die Gruppe der Gegner einer Rekonstruktion setzte sich aus Architekten, Denkmalpflegern und Vertretern des städtischen Bauamts zusammen. So vertrat der Architekt Adolf Bange die Ansicht, eine Rekonstruktion sei wie ein Abdruck eines Museumsstückes in Gips, dem Verkauf des Originals und der Ausstellung des Gipsabdrucks oder dem Abspielen einer Schallplatte im Konzertsaal statt eines Orchesters.¹⁴ Die Denkmalpfleger konzentrierten sich ganz auf ihr Credo „konservieren, nicht restaurieren“, weshalb sie sich kaum für den Wiederaufbau historischer Bauten einsetzten. So lehnte Landeskonservator Karl Nothnagel Rekonstruktionsbestrebungen ab: „Der hier vorgesehene Plan – d.h. Herstellung einer Kopie – kann nie ganz befriedigen und kann auch nur gelingen, wenn – wie beim Frankfurter Goethehaus – unbegrenzte Mittel zur Verfügung stehen; sonst wird der Erfolg auf jeden Fall ein unerfreuliches Zwittergebilde sein. [...] Das gesamte Fachwerk müsste erneuert werden,

11 H. W. Hegemann, Das Haus der deutschen Goldschmiede, in: Frankfurter Neue Presse (FNP), 18.03.1958.

12 o.V., Wann wird Hanau wieder ein Heimatmuseum erhalten?, in: HA: 03.11.1951; o.V., Kopie oder neuzeitliche Gestaltung?, in: HA, 12.11.1951; o.V., Baudenkmal oder Attrappe?, in: HA, 20.11.1951; o.V., Thema: Goldschmiedehaus, in: FNP, 12.09.1952.

13 o.V., Keine Achtung vor der Vergangenheit, in: HA, 24.11.1952; o.V., Stille 650-Jahr-Feier, in: FNP, 26.11.1952.

14 W. Bange, Soll das Altstädter Rathaus wieder aufgebaut werden?, in: HA, 10.11.1951.



Abb. 1: Blick auf die Baumaßnahmen an der Französischen Allee, um 1950. In der Hanauer Innenstadt dominierten meist dreigeschossige Wohnblocks aus den 1950er Jahren die Wiederaufbaumaßnahmen im Wohnungsbau. Eine Ausnahme bildete das Wohnquartier an der Französischen Allee, wo viergeschossig gebaut wurde; Quelle: *Medienzentrum Hanau*.

und zwar soll das angeblich genau nach dem alten Vorbild geschehen. Ich halte es für ausgeschlossen, dass das gelingen kann.“¹⁵ Auch der hessische Minister für Erziehung und Volksbildung Ludwig Metzger hegte starke Bedenken gegenüber einer vollkommenen Restaurierung des Goldschmiedehauses. Wie der Landeskonservator mahnte er, Hanau könne sich nicht am Goethehaus orientieren, bei dem das gesamte Inventar noch erhalten war und Geld keine Rolle spielte. Zwar hielt er das Goldschmiedehaus auch für einen wertvollen Fachwerkbau von überregionaler Bedeutung, doch er bezweifelte, dass mit der Verwendung zeitgemäßer Baustoffe der alte Zustand wieder erreicht werden könne.¹⁶

Die mit dem Wiederaufbau beauftragte Architektengemeinschaft Prof. Bruno Paul, Otto Kämpfer und Reinhold Kerl gestaltete 1952 einen zweckdienlichen und modernen Vorschlag unter Einbezug der Restmauern. Hinter der traditionellen Fachwerkfassade sollten ein moderner Innenausbau und eine Neugestaltung der Rückfront erfolgen.¹⁷ Dem Stadtbauamt ging dieser Vorschlag nicht weit genug. Stadtbaumeister

¹⁵ *Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)*, 504 2093, Schreiben K. Nothnagel vom 24.11.1952.

¹⁶ *HHStAW*, 504 2093, Entwurfsschreiben L. Metzger an K. Rehbein vom 28.11.1952.

¹⁷ o.V., *Wieder Goldschmiedehaus...*, in: FNP, 27.08.1952; o.V., *Pläne des Goldschmiedehauses liegen vor*, in: HA, 27.08.1952.

Alfred Diwo schlug vor, die gut erhaltenen Teile des Gebäudes weiter zu verwenden und das restliche Bauwerk in modernen Formen zu errichten.¹⁸

In Folge einer intensiven öffentlichen Debatte legte die Architektengemeinschaft Ende November 1952 einen überarbeiteten Wiederaufbauentwurf vor. Im zweiten Vorschlag wurde die Forderung nach der Wiederherstellung der Fassade mit allen charakteristischen Merkmalen, soweit unzerstört geblieben, und der Beibehaltung des Raumumfangs hinsichtlich Giebel, Treppeneingang und Untergeschoss durchgehend berücksichtigt. Nur das Obergeschoss und die Fenster sollten moderner gestaltet werden.¹⁹ In der Folgezeit vergingen zwei Jahre ohne einen Baufortschritt und ohne dass sich die Fronten im Gestaltungsstreit verändert hatten. Während die Bevölkerung eine Wiederherstellung der alten Fassade wünschte, arbeitete das Stadtbauamt Entwürfe für eine moderne Gestaltung aus. Der Streit entzündete sich immer wieder am Standpunkt, man könne eine Fassade aus dem 20. Jahrhundert nicht in einen Rahmen des 16. Jahrhunderts pressen bzw. wenigstens ein Beispiel solle für das verlorene Hanau stehen.²⁰ Der leitende Architekt, Bruno Paul, plante hingegen keinen modernen Neubau, weil das Goldschmiedehaus vor der Zerstörung über die deutschen Grenzen hinaus bekannt war. Einen Abriss lehnte Paul als „Fortsetzung des Bombenterrors“ ab.²¹

Um die Frage der Gestaltung zu klären, ließ der Magistrat 1954 schließlich ein Gutachten von Rudolf Esterer, Karl Gruber und Landeskonservator Karl Nothnagel erstellen. Die Gutachter kamen zum Ergebnis, es sei der einheitliche Wille der Bevölkerung, das Altstädter Rathaus in seiner alten Form wiederaufzubauen. Diesen Wunsch unterstützten sie nachdrücklich, forderten aber keine simple Kopie des zerstörten Vorgängerbaus zu erstellen, sondern eine praktische Verknüpfung des Aussehens mit dem Nutzungszweck des Gebäudes.²²

Auf der Basis der verschiedenen Vorschläge und Gutachten erarbeitete die Arbeitsgemeinschaft Paul, Füller und Kämpfer im August 1954 einen Wiederaufbauplan, der die Zustimmung von Magistrat und Stadtverordneten fand. So wurde die Marktplatzfront nach historischem Vorbild im Fachwerkstil rekonstruiert, die Innenraumkonzeption aber nach modernen Maßstäben für den Museumsbetrieb vorgenommen.²³ Diesem Konsens für die Rekonstruktion der Außenfassade stimmte selbst Stadtbau-

18 *HHStAW*, 504 2093, Schreiben A. Diwo an L. Metzger vom 10.11.1952.

19 o.V., Das moderne Goldschmiedehaus, in: *FNP*, 25.11.1952.

20 o.V., Die Fronten sind gleich geblieben, in: *HA*, 14.11.1954.

21 B. Paul, Wiederherstellung des Goldschmiedehauses in Hanau, in: *Der Architekt* 3 (1954), S. 140-141, hier S. 141.

22 *HHStAW*, 504 2093, Gutachten R. Esterer, K. Gruber und K. Nothnagel vom 16.02.1954.

23 *Stadtarchiv Hanau (StAHU)*, XY 99, Baubeschreibung der Architektenarbeitsgemeinschaft Kämpfer/Paul/Füller vom 16.08.1954.

rat Göhlert, ansonsten ein strikter Gegner des Erhalts von Ruinen und des Fachwerks aus nostalgischen Gründen und auf politischen Druck zu. Mit den Worten „Das Erhalten von Ruinen inmitten der Stadt darf sich nur auf besondere Einzelfälle als Mahnung an die vergangene Katastrophe beschränken“²⁴ und „baugeschichtlich gesehen ist die Verwendung sichtbaren Holzfachwerks ein Rückfall in ein primitives Entwicklungsstadium“²⁵ beschrieb er seine Vorstellung eines Wiederaufbaus. Grundsätzlich hegte er Abneigungen gegen das Holzfachwerk und wollte eine moderne Stadt aus Stahl, Beton und Glas bauen.

Den Konsens verdankte das Goldschmiedehaus seiner symbolhaften Bedeutung als Erinnerungsbauwerk an die untergegangene Altstadt, denn die Reste der Fachwerk- und einfachen Steinbauten wurden beseitigt und die Zerstörung als Chance zur Neuordnung des gesamten zuvor überbauten und überfüllten Stadtteils genutzt. Das städtebauliche

Leitbild der Auflockerung und Gliederung in Verbindung mit lichtdurchfluteten Räumen zeigte bei den drei- bis vierstöckigen und in einfachen Formen gehaltenen Mietwohnbauten im Stil der 1950er Jahre um begrünte Innenhöfe deutlich seine Ausprägung. Die Großbauprojekte im Wohnungsbau an der Nordstraße, in der gesamten Altstadt um das Goldschmiedehaus und in den Straßenzügen der Neustadt, insbesondere entlang der Französischen Allee, dominieren damals wie heute das Aussehen der Innenstadt. Diese rein funktionale Bauweise, ohne die Überlegung anzustellen, historische Bausubstanz in den Wohnungsbau miteinzubeziehen, lag in zwei Sachzwängen begründet: Maßgebliche Ziele waren schnellstmöglich die Wiederbevölkerung der Kernstadt, um die Wohnraumnot zu mindern. Um schnelle, vorzeigbare



Abb. 2: Wiederaufgebautes Hanauer Goldschmiedehaus mit rekonstruierter Fachwerkfront, um 1960; Foto: W.A. Nagel.

24 H. Göhlert, Gedanken zur Baupolitik der Stadt Hanau am Main, in: *Magistrat der Stadt Hanau* (Hrsg.), Hanau. Dokument des Lebenswillens einer deutschen Stadt, Hanau 1951, S. 45-51, hier S. 51.

25 Ebda., S. 51.

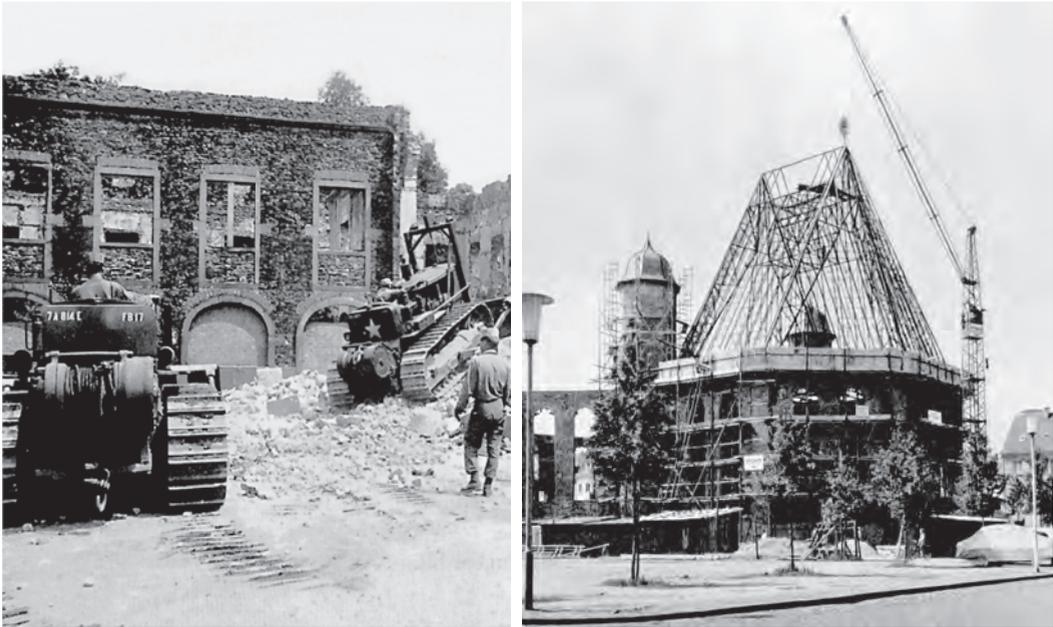


Abb. 3: Abrissarbeiten unter Mithilfe der US-Army am Friedrichsbau des Hanauer Stadtschlosses, 1955; Foto: A. Schröder.

Abb. 4: Wiederaufbaumaßnahmen an der Niederländischen Kirche, 1958 (1960 vollendet). Der größere wallonische Teil der ehemaligen Doppelkirche wurde als Mahnmal an die Schrecken des Krieges als Ruine erhalten; Foto: T. Ott.

Ergebnisse zu erzielen, ließ sich beides nur über Großprojekte bewerkstelligen, die sich über ganze Straßenzüge erstreckten und auf gewachsene Baustrukturen keine Rücksicht nahmen.²⁶

Durch den daraus resultierenden fehlenden architektonischen Bezug der Wohnbauten zur untergegangenen Altstadt kam dem Goldschmiedehaus seine Symbolhaftigkeit zu. Dennoch ist das 1955 bis 1958 wiederhergestellte ehemalige Rathaus keine Rekonstruktion des früheren Baus, vielmehr stellen die stilprägende Vorderfassade und die beiden Seitengiebel die einzigen rekonstruierten Teile dar. Während die Dachform vereinfacht wurde, fand für den Museumsbetrieb eine vollkommen neue Innenraumkonzeption Anwendung. So wurde nicht nur das Treppenhaus verlagert, es wurden auch neue Decken eingezogen und die Zimmer neu zugeschnitten.²⁷

²⁶ Zum Wohnungsbau in Hanau: M. Häfner (s. A 1), S. 369-417, insbes. S. 383-417.

²⁷ Zum Ablauf der Bautätigkeiten und den Schwierigkeiten der Finanzierung: M. Häfner (s. A 1), S. 510-519.

Diese Kombination aus einer vereinfachten Rekonstruktion der Außenfassaden und der Dachdeckungen mit einer neugestalteten-funktionalen Innenraumkonzeption ist nicht nur für Hanau, sondern allgemein zeittypisch.

Während beim Wiederaufbau symbolträchtiger Bausubstanz wie dem Goldschmiedehaus die Kosten von untergeordneter Bedeutung waren, nahmen sie bei den übrigen Bauformen eine gewichtige bis dominierende Rolle ein. Die grundlegende Ausnahme hiervon stellten wegen der religiösen und sakralen Bedeutung der Bauwerke zerstörte Kirchen dar.²⁸ Nur in Ausnahmefällen fielen Kirchen einem Abriss zum Opfer. Neben den vier genannten Lösungsansätzen zum Umgang mit den Ruinenwerten kam bei Kirchen auch der ruinenhafte Erhalt als Mahnmal in Betracht. Der Erhalt als Gedenkstätte bewahrte die wallonische Kirche, die größere Hälfte der wallonisch-niederländischen Doppelkirche, vor dem Abriss. Dass die Kirche aber nicht wiederaufgebaut wurde, ist auf zwei Sonderfälle zurückzuführen: Zum einen hatten die beiden reformierten Gemeinden einen deutlichen Aderlass an Gläubigen zu verzeichnen, sodass die zuvor eigenständigen Gemeinden sich zusammenschlossen und 1955 mit der niederländischen Kirche lediglich den Wiederaufbau des kleineren Teils der Doppelkirche in Angriff nahmen. Zum zweiten gehörten sie keiner Landeskirche an, die den Wiederaufbau finanziell unterstützte, was bedeutete, dass die Kosten für den Wiederaufbau beider Kirchen durch die privaten Spenden und Zuschüsse der Stadt Hanau nicht aufgebracht werden konnten.²⁹ Zudem war die Doppelkirche das weitaus größte kirchliche Gebäude Hanaus und ein Wiederaufbau in Teilschritten wie er bei der Marienkirche oder der Stadtpfarrkirche Mariae Namen durch die Überdachung des Chors oder eines Teiles des Kirchenschiffs erfolgt war, baulich nicht möglich. Während sich die Architekten an der Außenfront unter leichten Anpassungen am Dach am zerstörten Vorgängerbau orientierten, erfolgte die Neugestaltung des Innenraums der Niederländischen Kirche aus Kostengründen und liturgischen Neuerungen bei der Messe in nahezu puristischen Formen.³⁰ Diese Ausführungen sind für den Wiederaufbau zeittypisch und treffen grundsätzlich auch auf die übrigen Hanauer Kirchbauten jeweils mit einer Besonderheit zu: Im Falle der Marienkirche griffen die Architekten ältere Bauformen durch die Wiederbelebung der mittelalterlichen Dreischiffigkeit des Gotteshauses auf. Die Johannesgemeinde entschied sich im Zuge des Neuzuschnitts ihres Kirchensprengels für einen Kirchenneubau an neuem Standort, wobei die alte Johanneskirche fortan als Gemeindezentrum genutzt wurde.

28 K. v. Beyme, *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*, München/Zürich 1987, S. 216 ff.

29 o.V., *Ein Wahrzeichen Hanaus soll wiedererstehen*, in: HA, 25.05.1957.

30 W. Lossow/J. v. Lamatsch, *Zur Baugeschichte*, in: *Festschrift zur Einweihung der wiederaufgebauten Wallonisch-Niederländischen Kirche in Hanau am Main*, Hanau 1960, S. 13-14, hier S. 14.

Bei der Stadtpfarrkirche Mariae Namen erfolgte eine vereinfachte Neugestaltung des Kirchturmes.³¹

Neben der wallonischen Kirche war in den zahlreichen Wiederaufbauvorschlägen seit 1946 auch stets die Option erwogen worden, das Stadtschloss ruinenhaft als Mahnmal an die Schrecken des Krieges und in Erinnerung an die Kriegsoffer zu erhalten. Dies lag auch darin begründet, dass der Wiederaufbau zerstörter Schlösser angesichts der allgemeinen Wohnungsnot und Finanzmittelknappheit nach 1945 besonders schwer zu bewerkstelligen und der Bevölkerung kaum zu vermitteln war.³² So hing der Wiederaufbau eines Schlosses vornehmlich von der Verwendung für öffentliche Einrichtungen ab: Während die Stadt Hanau das unbeschädigte Schloss Philippsruhe 1950 gegen den Widerspruch der Bevölkerung gekauft hatte, um die städtischen Ämter dort dauerhaft unterzubringen, war der Wiederaufbau der ausgebrannten Bauten der Stadtschlossanlage ausschließlich mit der funktionalen Nutzung der Ruinen verbunden.

Der frühere Marstall und das Kanzleigebäude des Stadtschlosses wurden bis 1950 bzw. 1953 ohne große Diskussionen in vereinfachten Formen und unter einer modernen Neukonzeption der Innenräume als Stadthalle bzw. Kulturhaus mit Stadtbibliothek wiederaufgebaut. Bei diesen beiden Projekten zeigten sich bereits die Probleme der Baufinanzierung, die nur über Kredite und Überschüsse aus dem ordentlichen Haushalt zu finanzieren waren. Die Bereitschaft des Landes zu maßgeblichen Zuschüssen und der Bevölkerung zu gewichtigen Spenden waren trotz Sonderaktionen wie Bausteinverkäufen oder Tombolas gering.³³ Vielmehr stand der Wiederaufbau historischer Großbauten auch immer in der Kritik, warum die Gelder nicht für den dringenderen Bau von Wohnungen, Krankenhäusern oder Schulen Verwendung fänden.³⁴ In Folge dieses Klimas fristeten die beiden größten Gebäudeteile des Stadtschlosses, der Fürsten- und der Friedrichsbau, bis zur Mitte der 1950er Jahre eine ruinenhafte Existenz. Gleichwohl hatte es an Nutzungskonzeptionen für die ausgebrannten Bauten nicht gemangelt. Vermehrt waren die Unterbringung von Museen oder Schulen in der Diskussion. Doch der Magistrat und weite Teile der Stadtverordneten sahen im Friedrichsbau eine Ruine ohne bauhistorischen Wert. Zudem war das wertvolle Baugelände für den Neubau des städtischen Mädchengymnasiums auserko-

31 Zum Ablauf der Bautätigkeiten: *M. Häfner* (s. A 1), S. 551-579.

32 *R. Hillebrecht*, Neuaufbau der Städte, in: *M. Elsässer u.a.* (Hrsg.), *Handbuch moderner Architektur. Eine Kunstgeschichte der Architektur unserer Zeit vom Einfamilienhaus bis zum Städtebau*, Berlin 1957, S. 445-523, hier S. 485; *K. v. Beyme* (s. A 27), S. 224.

33 Zum Wiederaufbau und Finanzierung der Stadthalle: *M. Häfner* (s. A 1), S. 528-543.

34 o.V., „Was halten Sie vom Ankauf des Philippsruher Schlosses?“, in: *HA*, 21.10.1950; *G. Lindenthal*, Große Projekte und kein Geld, in: *Frankfurter Rundschau* (FR), 20.07.1957.

ren, sodass 1955 der Entschluss für den Abriss des Schlossflügels fiel.³⁵ Die neuartige Raumkonzeption eines funktionalen Schulbaus mit lichtdurchfluteten Räumen und Spezialsälen für Chemie und Physik war mit den alten Mauern nicht in Einklang zu bringen.

In der Hanauer Bevölkerung regte sich gegen die Entscheidung breiter Protest. Es lässt sich anhand der Leserbriefe und einer Unterschriftensammlung vermuten, dass die Mehrheit gegen den Schulbau hinter der Stadthalle war. Die Schreiber warfen der Stadtregierung u.a. vor, sie hielte gegen den Willen der Bevölkerung am Beschluss fest. Der Rest zeigte Verständnis für die Entscheidung, weil sie nicht wollten, dass der Neubau für das Mädchengymnasium noch länger hinausgezögert werde.³⁶ Hier spielte der Abriss historischer Ruinen aber nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr befürchtete die Bevölkerung, ein wesentlicher Teil des Schlossgartens werde dem Neubau zum Opfer fallen und durch die Schüler keine Erholung mehr im Park möglich sein. Der daraufhin ins Leben gerufenen Interessensgemeinschaft der Freunde des Schlossgartens gelang es, binnen weniger Tage mehr als 3.000 Unterschriften gegen den Bau zu sammeln.³⁷ Daraufhin erklärte Stadtrat Bernhard Nagel (KPD), zunächst seien fast alle Magistrats- und Stadtverordnetenmitglieder gegen den Standort am Schlossgarten gewesen. Doch die einzelnen Personen wären so unter Druck gesetzt worden, dass schließlich alle Bedenken beiseite geschoben wurden und die Stadtverordneten entsprechend der Fraktionsdisziplin zugestimmt hätten.³⁸ Im Zuge des Schlossgartenstreits äußerte sich auch der Hanauer Anzeiger deutlich zu Wort. Zwar bezweifelte das Tagesblatt nicht, der Beschluss der städtischen Körperschaften sei auf demokratische Weise zustande gekommen, forderte aber „wenn nach einem solchen Beschluß offenbar wird, daß nahezu die gesamte Einwohnerschaft dagegen ist, dann muß ein solcher Beschluß nach demokratischen Spielregeln rückgängig gemacht werden.“³⁹

Nachdem der Versuch der Freunde des Schlossgartens, eine einstweilige Verfügung gegen den Neubau zu erreichen, abgewiesen worden war,⁴⁰ wurde trotz aller Kritik 1956 mit dem Abriss der Ruinen und dem Bau der heutigen Karl-Rehbein-Schule begonnen, dem 1959/60 die weitaus geräuschlosere Beseitigung des Fürstenbaus folgte. Selbst der Hanauer Geschichtsverein, sonst stets Gegner der Niederlegung

35 *StAHU*, B2 229/10, Protokoll d. Stadtverordnetenversammlung, 31.03.1955, Beschlussbuch des Magistrats vom 1. April 1954 bis zum 31. März 1955, Beschluss-Nr. 1015, 31.01.1955.

36 Siehe die Lesebriefe im Bestand *StAHU*, L1 200.

37 o.V., Gymnasium darf keine „Kaserne“ werden, in: FR, 13.10.1955; o.V., Neues vom Schloßgartenstreit, in: HA, 12.10.1955; o.V., Noch 80 Millionen nötig, in: FR, 23.10.1955.

38 o.V., Standortfrage jetzt Prestigefrage?, in: HA, 05.09.1955.

39 o.V., Was gilt der Wunsch der Bevölkerung?, in: HA, 08.08.1955.

40 o.V., Auf historischem Hanauer Boden, in: HA, 20.07.1956; o.V., Streit um Hanauer Schloßgarten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.07.1956.

von Ruinen stimmte dem Abriss des Flügels mit der Begründung zu, dass wiederaufgebaute historische Bauwerke wie das Frankfurter Tor oder das Goldschmiedehaus nach ihrer Fertigstellung ungenutzt blieben.⁴¹

Abseits von Großbauten wie Kirchen und Schlössern zeigte die Analyse der Entscheidungen für die Gestaltung von Platzensembles einen tieferen Einblick in das Verhältnis der Hanauer Verantwortlichen für die Bauhistorie. Im Gegensatz zu Städten wie Braunschweig oder Hannover verzichtete Hanau auf die Schaffung von Traditionsinseln durch die Translozierung historischer Bauwerke. Jedoch lässt sich mit Abstrichen der Neustädter Marktplatz als Versuch deuten, einen historisierenden Platzraum gestalten zu wollen. Mittels einer 1951 beschlossenen Ortsbausatzung, die Vorschriften zu Bauhöhe, Dachneigung oder der Verwendung von Spolien machte, sollte „ein städtebaulich und baukünstlerisch einwandfreies Marktplatzbild unter Berücksichtigung der historischen und denkmalpflegerischen Belange“⁴² mit Ausrichtung auf die barocke Fassade des Neustädter Rathauses entstehen. Nachdem drei Platzseiten teilweise unter starker Kritik der Architekten und Anwohner in traditionellen Bauformen gestaltet worden waren, beendete die Genehmigung für den modernen Neubau des Kaufhauses Kaufhof an der Ostseite dieses Experiment. Wie kam es zur Abkehr von der Idee eines geschlossenen Platzbildes? Magistrat, Stadtbauamt und weite Teile der Stadtverordneten hielten 1957 den historisch-traditionell angehauchten Wiederaufbau nicht mehr für zeitgemäß.⁴³ Diese Mentalitätsverschiebung ist auf die wirtschaftliche Prosperität zurückzuführen. Zum einen waren die Jahre knapper Baustoffe und der Neigung den Wiederaufbau in Erinnerung an die untergegangene Stadt zu vollziehen vorüber. Zum zweiten verstärkten sich Strömungen in modernen Architekturformen, mit Stahl und Glas bauen zu wollen und nicht mehr wie in den ersten Nachkriegsjahren mit ortstypischen Baustoffen und unter der Verwendung von Überresten der Zerstörung. Dazu kam auch, dass es mit dem Tod von Oberbürgermeister Rehbein 1956 im Rathaus zu einem Personalwechsel gekommen war. Sein Nachfolger Heinrich Fischer verfolgte die Vorstellung, Hanau als moderne Mittelstadt in die Zukunft führen zu wollen. Neben diesen Gesichtspunkten war jedoch die finanzielle Seite entscheidend, denn der Hanauer Wiederaufbau finanzierte sich zum Großteil aus drei Geldtöpfen: 1. Zuschüssen des Landes Hessen, 2. Krediten und 3. besonders der Gewerbesteuer.⁴⁴ Die hohen Gewerbesteuererinnahmen verringerten die Höhe der Zuschüsse aus Wiesbaden. Um jedoch weiter die not-

41 *StAHU*, HGV Protokollbuch 1957-62, Ausschusssitzungen vom 11.02.1959 und 02.03.1959.

42 *HHStAW*, 650 2834, Ortssatzung über die Gestaltung des Neustädter Marktes (Hanau).

43 Zur Gestaltungsdiskussion des Neustädter Marktplatzes: *M. Häfner* (s. A 1), S. 604-608.

44 Zum Hanauer Vorgehen für die Finanzierung der Wiederaufbaumaßnahmen: *M. Häfner* (s. A 1), S. 655-666.

wendigen Investitionen für Schulen, Wohnraum und infrastrukturelle Verbesserungen aufbringen zu können, wurden die Baumaßnahmen über Schulden finanziert. In der Bilanz war diese Schieflage für Hanau nur über die Gewerbesteuer auszugleichen. Deshalb musste auf die Wünsche von Industrie- und Handelsunternehmen Rücksicht genommen werden. Diese ökonomischen Zwänge in Verbindung mit dem Drang zu modernen Bauweisen ließen die Aufhebung der Ortssatzung zustande kommen. Im Zuge der sich wandelnden Bauvorstellungen setzte Hanau ebenso bei der Bauaufgabe Neustädter Rathaus fortan wie andere Städte auf einen von Bruno Paul entworfenen modernen Erweiterungsbau, der das wiederhergestellte historische Neustädter Rathaus umschloss und 1961 bis 1965 verwirklicht wurde.⁴⁵ Das Neustädter Rathaus seinerseits diente mit seiner rekonstruierten Fassade als reiner Repräsentationsraum.

Die Aufgabe des Versuchs einer traditionellen Gestaltung des Marktplatzes stellte den Schlusspunkt einer Entwicklung dar, die mit der Sprengung der Stadtmauer 1949 an der Nordstraße⁴⁶ begonnen hatte und mit dem Abriss des alten Schulhauses der Hohen Landesschule, des Stadttheaters und des Zeughauses am Freiheitsplatz 1953 und 1954 seine Fortsetzung fand.

Es vollzog sich also ein Wechsel von einer Wiederverwertung und einem Einbezug bestehender Bausubstanz hin zu modernen Neubauten. Seit Mitte der 1950er Jahre bedeutete Funktionalität nicht mehr, erhaltene Mauern mit neuen Innenraumkonzeptionen zu füllen, sondern zu fragen, ob ein moderner Neubau die gewünschte Funktionalität eher erfüllte. Was diese Vorgabe in der Praxis bedeutete, zeigte sich am Freiheitsplatz. Obwohl der Platz mit der genannten abgerissenen Bausubstanz eine Vielzahl an historischen Großbauten beinhaltete, wurde die Chance durch den Wiederaufbau der Bauten an die untergegangene Stadt zu erinnern, nicht ergriffen, sondern vielmehr auf Verkehrsbedürfnisse und Konsumorientierung gesetzt.

Insgesamt umfasste die Wiederaufbautätigkeit am Freiheitsplatz mit dem 1945 bis 1948 instandgesetzten Kaufhaus Hansa und dem Behördenhaus nur zwei Bauten. Die sich in Staatsbesitz befindliche frühere Infanteriekaserne an der Ostseite wurde 1947 bis 1954 äußerlich vereinfacht und im Inneren funktional als Bürokomplex modernisiert wiederaufgebaut und nahm Einrichtungen wie das Finanzamt auf.⁴⁷ Diese bauliche Vereinfachung und funktionale Wiederverwertung ist typisch für Bauten in Landesbesitz; bei Landratsamt und Amtsgericht wurde ebenso verfahren.⁴⁸ Für das hessische Staatsbauamt war also ein Abriss zerstörter Bauten keine Option wie auf städtischer Seite.

45 Zur Wiederaufbaugeschichte des Neustädter Rathauses: *M. Häfner* (s. A 1), S. 587-598.

46 Vgl. hierzu *M. Häfner* (s. A 1), S. 579-583.

47 o.V., Zehn Behörden und 340 Menschen unter einem Dach, in: HA, 23.01.954.

48 Zur Instandsetzung staatlicher Verwaltungsbauten: *M. Häfner* (s. A 1), S. 264-270.



Abb. 5: Blick auf den Hanauer Freiheitsplatz in seiner Neunutzung als Verkehrsplatz nach Vollendung der Baumaßnahmen, um 1965. Im Vordergrund der Busbahnhof, auf der linken Seite der Parkplatz und am linken oberen Rand das Y-Haus. Am rechten oberen Rand ist der Turm der Johanneskirche zu sehen. Auf den vor der Zerstörung charakteristischen Turmhelm wurde im Wiederaufbau verzichtet; Foto: *Fotoarbeitsgemeinschaft Eberhard-Realschule*.

Die Platzfläche wurde nach dem Abriss der Bauten dem Verkehr untergeordnet. So entstanden auf der Westseite Parkplätze und auf der Ostseite ein großer Busbahnhof. Damit war die von Anfang an geplante Zweiteilung des Platzes unter vollkommen neuen Vorzeichen vorgenommen worden. Trotz zahlreicher Nutzungsvorschläge als Markthalle oder Feuerwehrhaus im Falle des Zeughauses oder als Raum für die Berufsschulen, die Volkshochschule oder das städtische Museum im Falle der Hohen Landesschule bestimmte das Streben nach einer Neuordnung der Platzfläche die Entscheidungen.⁴⁹ Proteste von Seiten des Landesdenkmalpflegers und des Hanauer Geschichtsvereins blieben ohne Folgen. Sie erreichten lediglich, dass das Stadtbauamt

⁴⁹ Zur Frage der Platzgestaltung: *M. Häfner* (s. A 1), S. 613-639 und *M. Häfner*, Zur Problematik der Gestaltung des Freiheitsplatzes, Hanau 2010: Onlinepublikation: www.hanau.de/lih/portrait/geschichte/freiheitsplatz/ [28.03.2016].

bei künftigen Projekten früher die Absichten für den Umgang mit Ruinen kommunizieren wollte.⁵⁰ Gleiches lässt sich im Falle des Stadttheaters konstatieren. Auch hier ließen die Nutzungskonzepte für ein Kino oder ein Kaufhaus die Stadtverordneten nicht für einen Erhalt des Hauses votieren. Doch die heute oft gehörten Forderungen nach dem Erhalt des Theaters hatte es damals nicht gegeben.⁵¹ Das anstelle des Stadttheaters 1957/58 errichtete Wohnhochhaus, wegen seiner Bauform Y-Haus genannt, stellte die Abkehr von der anfangs konsequent durchgeführten Niedrigbauweise und damit den Beginn der Hochbauphase dar, zugleich aber auch den größten Streitpunkt der Randbebauung des Freiheitsplatzes. Die Meinungen zum Bau eines Wohnhochhauses waren im Stadtparlament gespalten. Über die Fraktionsgrenzen hinweg wollten Vertreter von SPD, FDP und UWH dem Freiheitsplatz ein modernes Gesicht geben und sahen in einem Hochhaus die richtige Dominante. Die Gegner, darunter viele Alt-Hanauer, vertraten den Standpunkt, ein Wohnhochhaus passe nicht nach Hanau und die Verkehrssituation am Freiheitsplatz verschlechtere sich nachhaltig. Auch die Bevölkerung war in der Frage uneins. Während Alt-Hanauer das geplante Bauprojekt ablehnten, befürworteten es Flüchtlinge und Heimatvertriebene. Zur Seite der Bewunderer zählten Vertreter, die stets den Aufbaustil der Nachkriegszeit kritisiert hatten und nun froh über moderne Bauten waren.⁵²

In seiner Gesamtkonzeption steht der Freiheitsplatz durch den Abriss nahezu der gesamten historischen Bausubstanz sinnbildlich für die Abkehr der Hanauer Verantwortlichen von einer traditionell-funktionalen Bauweise hin zu einem von Konsum und Verkehr geprägten Platzgebilde mit modernen Hoch- und Verkehrsbauten.

3. Faktoren für den Abriss oder den Wiederaufbau historischer Bausubstanz

Auf Basis der dargelegten Sachverhalte lassen sich drei Faktoren für den Abriss oder den Wiederaufbau der historischen Bausubstanz definieren:

1. Die funktionale Nutzung und Wiederverwertbarkeit des Objekts

Kirchen und städtische Wahrzeichen waren aufgrund ihrer religiösen Funktion bzw. ihrer symbolischen Bedeutung für einen Wiederaufbau prädestiniert. Hier spielten

50 *StAHU*, HGV Protokollbuch 1953-57, Ausschusssitzung vom 09.06.1954.

51 *StAHU*, C5 55, Aktennotiz vom 28.08.1951: Wiederaufbau des Stadttheaters; o.V., Briefe an die Redaktion: Ein Brief blieb ohne Antwort, in: HA, 03.02.1953; K. Schweizer, Stadttheater Hanau. Geschichte einer Kleinstadtbühne von 1768 bis 1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Theaters in Deutschland, Hanau 1995, S. 63 f.; K. Schweizer, Vorhang auf. Erinnerung in Bild und Wort an Aufführungen im ehemaligen Stadttheater Hanau 1934 bis 1944, Hanau 1996, S. 149.

52 o.V., Hochhaus im Widerstreit der Meinungen, in: FR, 02.10.1957; o.V., Y-Haus am Freiheitsplatz, in: FNP, 28.05.1958.

stadtplanerische und finanzielle Aspekte in Hanau keinerlei und Gestaltungsfragen vor den Nutzungsaspekten die grundlegende Rolle. Nutzungsoptionen und Baukosten hingegen gaben bei der übrigen Bausubstanz den Ausschlag für oder gegen einen Abriss. Hatten sich für die ausgebrannten Ruinen nicht binnen der ersten fünf Nachkriegsjahre stichhaltige Nutzungskonzepte ergeben, mussten die zerstörten Bauwerke für zweckdienliche Neubauten oder die Schaffung neuer Verkehrsräume weichen. Dies betrifft aber nicht nur die genannten Großbauten, sondern vor allem Häuser in Privatbesitz. Eine Ausnahme von dieser Praxis stellte das Frankfurter Tor dar. Der barocke Bau wurde ohne Nutzungskonzeption rekonstruiert und stand in der Folge jahrzehntelang leer. Damit stellte er für alle Kritiker ein willkommenes Beispiel gegen die Wiederherstellung historischer Bauten dar.

Generell lassen sich bei allen historischen Bauwerken Bestrebungen zum vereinfachten Wiederaufbau erkennen. Verzierungen, Schnörkel und aufwendiges Fachwerk wurden angesichts der vorherrschenden Finanzierungsengpässe nicht nur von der öffentlichen Hand, sondern besonders beim privaten Wiederaufbau in Verbindung mit einer weitverbreiteten Ablehnung historisierender Bauformen bei Architekten und Denkmalpflegern als verzichtbar angesehen. Dabei oblag die Innenraumgestaltung rein funktional-zeitgemäßen Beweggründen. Im Gegensatz zu anderen Gebäudeformen lässt sich bei den Hanauer Kirchen, Rathäusern und Stadttoren von Wiederaufbau sprechen, weil die erhaltene Bausubstanz hier wiederverwertet wurde und den Ausgangspunkt darstellte.

Im Falle von Kinos, Krankenhäusern, Schulen, Theatern, Museen, Sportstätten, Verwaltungsgebäuden und Industriebauten setzten die Bauträger, falls keine Reparatur leicht beschädigter Vorgängerbauten oder die Zweckentfremdung eines anderen Gebäudes möglich war, im Zuge des großen Stellenwerts der funktionalen Nutzung auf Neubauten am alten Standort. Die dennoch als Wiederaufbau bezeichneten Neubaumaßnahmen wurden nach Möglichkeit zur umfassenden – auch technischen – Modernisierung genutzt. Es herrschten wie im Wohnungswesen die Vorstellungen der Auflockerung und Begrünung vor.

Auf der anderen Seite fanden viele bestehende Räume für Museen, Verwaltungseinrichtungen oder Altersheime neue Verwendung. Reparaturen lassen sich in Hanau im Wohnungswesen, bei Industrie- und Gewerbebetrieben, Stadtwerken, Krankenhäusern, dem Schlachthof, der Polizei, der Feuerwehr, Schulen und Straßen finden. Die notdürftigen Instandsetzungen bedingten in den 1950er Jahren meist zusätzliche Baumaßnahmen wie an der Bezirksschule IV oder der Friedenskirche sowie Neubauten für die Feuerwehr oder die Polizei und Erweiterungsbauten für den Schlachthof, die Krankenhäuser oder die Hohe Landesschule.

Neubauten entstanden besonders im Zuge von Erweiterungen oder einer späteren Modernisierung der Produktions-, Verkaufs- und Arbeitsflächen für Industrie-

und Gewerbebetriebe, bei den Stadtwerken, im Krankenhaussektor sowie im Falle von Feuerwehr, Schulen, Verwaltungseinrichtungen, Brücken, Bahnhöfen, Kirchen, Altersheimen, Kindergärten und besonders Wohnraum. So sorgte der Funktionalitätsaspekt wegen der mangelnden Nutzungskonzeptionen für das jeweilige Objekt besonders im Bereich der wiederaufbaubaren Ruinen für zahlreiche Abrisse.

2. Die Frage des Eigentümers

Die Bevölkerung wurde beim Abriss der historischen Gebäude nicht nach ihrer Zustimmung gefragt. Stets war der politische Wille, die Ruinen zu beseitigen, mit Verweis auf die Erfordernisse der Zeit in Bezug auf den Wohnungsmangel und die Verkehrsprobleme begründbar. Politische Uneinigkeit war kaum vorhanden, denn CDU und SPD, die Hanau dauerhaft in einer Großen Koalition regierten, trafen die Entscheidungen stets im Konsens. Bei Bauten in Privatbesitz nahmen Stadt, Land und Denkmalpflege über Baubestimmungen wie Grundstücksmindestgrößen und Förderbestimmungen indirekt Einfluss, sodass solche Gebäude meist zugunsten von Wohnungsneubauten aus finanziellen Erwägungen des Eigentümers entfernt wurden. Gleichzeitig bestanden bei Privatbauten aufgrund der Richtlinien des 1. Wohnungsbaugesetzes hinsichtlich Raumgrößen und Ausstattungen von Wohnungen seit 1950 kaum Interessen an einem Wiederaufbau in der früheren Gestalt. Dazu kam der häufige Verkauf des Grundstücks infolge der Zerstörung des Vorgängerbaus und der Währungsreform an einen Bauträger oder eine Wohnungsbaugesellschaft. Diese entfernten Einzelbauten stets zugunsten ihrer Großbauprojekte. Dennoch finden sich besonders in den Hanauer Randbezirken zahlreiche Baudenkmäler in Privatbesitz. Hier handelt es sich vornehmlich um Bauten des 19. Jahrhunderts, die aufgrund ihrer leichten bis mittleren Schäden zügig instandgesetzt oder wiederaufgebaut wurden.

3. Die Rahmenbedingungen und der Zeitgeist

Für die gesamte Hanauer Wiederaufbauphase von 1945 bis in die Mitte der 1960er Jahre lässt sich festhalten, dass die allgegenwärtigen Raumengpässe in den Bereichen Wohnen, Schulwesen und Verwaltung den Wiederaufbau dominierten, weshalb die Hanauer Verantwortlichen stets nach schnellen, praktischen und preiswerten Lösungen suchten. Infolgedessen mussten wiederaufbaubare und verwertbare Baudenkmäler weichen, um vorzeigbare Ergebnisse im Wohnungsbau zu erzielen. Bildlich zeigt sich dies in der Hanauer Innenstadt, wo einfache Wohnbauten an die Stelle der Fachwerkhäuser der Altstadt und der massiven Steinbauten der Neustadt traten. So nahm der Wohnungsbau den größten Anteil an Neubauten ein, wobei sich hier auf Basis der Quellen kaum zwischen Neubau auf zuvor unbebauten Arealen, Neubau auf einem zuvor bereits bebauten Grundstück oder Wiederaufbau am alten Standort unterscheiden lässt. Im Grunde waren alle Wohnungsbauten, die sich nicht bis zum Ende der

1940er Jahre mit wenig Aufwand und Baumaterial instand setzen ließen, Neubauten, da kaum jemand die alten Raumzuschnitte mit mangelnder Ausstattung für Heizung und Sanitär aufbauen wollte und die Fördergelder aus den Wohnungsbaugesetzen Mindeststandards voraussetzten, die mit den Vorkriegswohnungen inkompatibel waren.

Generell lassen sich Bestrebungen zur Bauhygiene, Verkehrsverbesserung und Auflockerung erkennen. Dabei waren alle Maßnahmen zum Erhalt von historischen Bauwerken und dem Bau von Wohnungen von wirtschaftlichen Motiven gelenkt. Diese Absichten bestimmten primär die Wiederaufbauform. Das Kostenargument machte einen detailgetreuen Wiederaufbau von Einzelbaudenkmälern oder ganzen Städten unmöglich. Dazu kam die Bestrebung, die Zerstörung auch als Chance zur Stadtgesundheit zu nutzen. So herrschte nicht aus dem Widerspruch der Leitbilder, sondern auch stets aus dem wirtschaftlichen Druck der Finanzierung der Zwang zu konsensbehafteten Lösungen vor.

Anhand der Beispiele wurde deutlich, dass beim Umgang mit historischer Bausubstanz die Funktionalität das entscheidende Kriterium darstellte. Deshalb erinnern nur wenige wiederhergestellte historische Bauten in Hanau an ihr Vorkriegsaussehen. Was für das gesamte Stadtbild jedoch viel entscheidender ist, war die Neubebauung mit zahlreichen Wohnblocks im Baustil der 1950er Jahre, getrieben vom Leitbild der aufgelockerten und gegliederten Stadt. Hierdurch gingen die charakteristischen baulichen Unterschiede zwischen Alt- und Neustadt sowie zwischen den Rand- und Erweiterungsgebieten verloren und sind deshalb heute nur noch im Stadtgrundriss sichtbar. Deshalb wirkt Hanau wie eine Stadt ohne jahrhundertealte Bauhistorie und ist stark von den Bauten des Wiederaufbaus geprägt.

Die Transformation der Altstadt von Byblos / Jbeil im Libanon: Von einer „Ghost Town“ zu einem „Open-Air-Nightscape“¹

Üblicherweise hat der *Sūq*, das traditionelle Einkaufs- und Geschäftszentrum arabisch-islamischer Altstädte, keinen „Freizeitwert“ außerhalb der Öffnungszeiten.² Die Altstadt von Byblos, die als eine der ältesten kontinuierlich bewohnten Städte der Welt gilt,³ hat sich zu einem Konsumraum entwickelt, der intensiv genutzt wird. Der erlebbare Kontrast zwischen scheinbar Traditionellem und Modernem spricht das steigende Bewusstsein der postmodernen Gesellschaft für Sinneserfahrung an, wie die Aussage eines Gastes erkennen lässt: „*When you are there and you have ruins that are thousands of years old, it's like magic. [...] It's amazing. [...] It is a different feeling.*“⁴ Teile der lokalen Bevölkerung haben den *Sūq* wiederentdeckt, andere beklagen sich mit den Worten „*The sūq is not for us anymore*“ über die Privatisierung des öffentlichen Raumes.

Weltweit entzündet sich eine kritische, gesellschaftliche Debatte um die urbane Nachtökonomie,⁵ denn einerseits werden Einnahmemöglichkeiten und neue Begegnungsräume geschaffen, andererseits kommt es häufig zur Beeinträchtigung der Lebensqualität von Anwohnern und ursprünglichen Nutzern. Auf Basis einer theoriegeleiteten, empirischen Untersuchung wird die Frage beantwortet, warum die Transformation der arabisch-islamischen Altstadt von Byblos zu einem postmodernen, hedonistischen *Open-Air-Nightscape* stattgefunden hat und welche Interessenkonflikte und Kontroversen damit einhergehen.

1 Der Aufsatz ist eine Zusammenfassung der am Geographischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Jahr 2013 angefertigten Diplomarbeit. Eine ausführliche Version wird im Jahr 2016 mit dem Titel „Party in der Altstadt – Die Transformation des historischen Zentrums von Byblos/Jbeil im Libanon“ in der Reihe „Muslimische Welten“ des Ergon Verlages publiziert.

2 E. Wirth, Die orientalische Stadt im islamischen Vorderasien und Nordafrika. Städtische Bausubstanz und räumliche Ordnung, Wirtschaftsleben und soziale Organisation, Mainz 2001, S. 14.

3 J. Huxley, From an Antique Land. Ancient and Modern in the Middle East, London 1954, S. 33 f.

4 Wörtliche Zitate aus der Erhebung im Jahr 2012 werden *kursiv* gesetzt. Übersetzungen aus dem Englischen werden mit einfachen Anführungszeichen gekennzeichnet.

5 T. Krüger/J. F. Schmid, stadtnachacht. Management der Urbanen Nachtökonomie, Hamburg 2015, S. 7.

1. Theoretische Perspektiven: Transformationsprozesse in (Alt-)Städten

Die übergeordnete Forschungsperspektive der *Urban Political Economy* formierte sich in den 1960er und 1970er Jahren in den USA im Zuge eines Paradigmenwechsels, der zur Entstehung einer kritischen Stadtforschung führte. Der Wettbewerb um private Investitionen, Staatsressourcen und Einnahmen aus dem Tourismus zwang Entscheidungsträger zu einer unternehmerischen Stadtpolitik.⁶ In der Forschung wurden neo-weberianische Annahmen in das neo-marxistische Gedankengebäude integriert, um die soziale Produktion des städtischen Raumes zu identifizieren.⁷ Der handlungs- und akteurzentrierte Ansatz *Growth Machine* von Logan und Molotch⁸ dient dem Verständnis der Akteur-Konstellationen und Handlungen auf lokaler Ebene. Die zentrale These besagt, dass sich im Rahmen der Stadtpolitik einer kapitalistischen Gesellschaft bestimmte Interessengruppen – sogenannte ‚Wachstumskoalitionen‘ (*Growth Coalitions*) – bilden, die an der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung interessiert sind. Die ‚profitorientierten lokalen Eliten‘ (*Local Growth Elites*), darunter Grund- bzw. Hauseigentümer und Investoren, haben ein klares Eigeninteresse am wirtschaftlichen Wachstum des Standortes. Sie versuchen, den ‚Tauschwert‘ (*Exchange Value*) und die Rentabilität von Immobilien und städtischen Teilräumen zu steigern. Andere Akteure wie Unternehmer und Kommunalpolitiker haben indirekte Gewinnerwartungen. Die profitorientierten lokalen Eliten werden von der örtlichen Verwaltung, Politik und dem Stadtmarketing unterstützt. Potenzielle Mitspieler der *Growth Machine* können Journalisten, Selbständige, kleine Einzelhändler und Vertreter kultureller Einrichtungen sein. Die Bewohner und unmittelbaren Nutzer städtischer Teilräume fungieren als Gegenspieler, denn sie sind am Erhalt ihrer ‚Gebrauchswerte‘ (*Use Values*) interessiert. Der *Growth Machine*-Ansatz versteht Stadtentwicklung als das Ergebnis des Interessenkonflikts zwischen tauschwert-orientierten Akteuren und gebrauchswert-orientierten Bewohnern und Nutzern.

Innerhalb der *Urban Political Economy* sind städtische Phänomene im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu analysieren, denn die Stadt ist Teil der politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, technologischen und städtebaulichen Verhältnisse ihrer Zeit.⁹ In traumatisierten Gesellschaften wie der libanesischen, in denen Indivi-

6 Vgl. D. Harvey, From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism, in: Geografiska Annaler, Series B, Human Geography 71/1 (1989), S. 3-17.

7 Vgl. L. Navarez, Urban Political Economy, in: G. Ritzer (Hrsg.), The Blackwell Encyclopedia of Sociology, Oxford 2007.

8 J. R. Logan/H. L. Molotch, Urban Fortunes. The Political Economy of Place [orig. 1987]. With a New Preface, London 2007, S. 34, 62 ff., 70 ff., 103 ff.

9 J. Dangschat/O. Frey, Stadt- und Regionalsoziologie, in: F. Kessl/C. Reutlinger/S. Maurer/O. Frey (Hrsg.), Handbuch Sozialraum, Wiesbaden 2005, S. 151.

duen nach Sinn, Identität und neuem Selbstwertgefühl suchen¹⁰ und es an Normen und Schranken der Orientierung fehlt,¹¹ sind Unterhaltungseinrichtungen besonders gefragt, um Unsicherheiten abzulegen und Zufriedenheit zu erlangen.¹² Events werden besucht, um soziale Geborgenheit, gemeinsame Freude und ein Wir-Gefühl zu empfinden¹³ und ermöglichen Fluchten in sinnliche und erlebnisreiche Traumwelten.¹⁴ Zudem führt die Auflösung von traditionellen Bezugspunkten zu „Heimatverlust“ und einer „Sehnsucht nach Authentischem“,¹⁵ was als ein zentrales Motiv anzusehen ist, Altstädte aufzusuchen. Konsum und kulturelle Praktiken bieten außerdem die Möglichkeit zur sozialen Distinktion.¹⁶

Das Kulturpotenzial von Städten bietet eine Quelle der Wertschöpfung, weshalb unter anderem in die kulturellen städtischen Bauten (*City Treasures*)¹⁷ investiert wird. Viele „arabisch-islamische Altstädte“ und insbesondere der *Sūq* unterliegen daher dynamischen Veränderungsprozessen.¹⁸ Die alte Stadtstruktur bietet mit ihren ruhigen, fußläufigen und verkehrsfreien Quartieren und traditionellen Häusern eine „reizvolle Kulisse.“¹⁹ Bereits in den 1970er Jahren hat das traditionelle Geschäftsleben im *Sūq* Überformungen und Funktionswandlungen erfahren,²⁰ gleichzeitig lösten Standortverlagerungen des modernen Zentrums eine Abwertung aus. Die Altstädte waren vom ökonomischen und gesellschaftlichen Niedergang und Verfall der Bausubstanz bedroht.²¹ Die anschließenden *heritage*-touristischen Entwicklungsprozesse sind von einer zunehmenden Vernetzung und Komplexität einzelner Handlungsebenen, Akteure und Institutionen gekennzeichnet.²² Im meso-politischen *Growth Machine*-Ansatz finden

10 S. Khalaf, Lebanon Adrift. From Battleground to Playground, London 2012, S. 117.

11 E. Durkheim, Der Selbstmord [orig. Paris 1897: Le Suicide. Étude de Sociologie], Frankfurt a. M. 1983, S. 289 ff.

12 S. Khalaf (s. A 10), S. 117.

13 H. W. Opaschowski, Kathedralen des 21. Jahrhunderts. Erlebniswelten im Zeitalter der Eventkultur, Hamburg 2000, S. 55 ff., 66.

14 B. Kröniger, Der Freiraum als Bühne. Zur Transformation von Orten durch Events und inszenierte Ereignisse, TU München, Lehrstuhl für Landschaftsarchitektur und Planung, München 2005, S. 68.

15 C. Krösbacher, Kulturelle Attraktionen im Wandel. Innovationen und veränderte Besucherbedürfnisse, in: B. Pikkemaat/M. Peters/K. Weiermair (Hrsg.), Innovationen im Tourismus. Wettbewerbsvorteile durch neue Ideen und Angebote, Bd. 6: Schriften zu Tourismus und Freizeit, Berlin 2006, S. 104.

16 P. Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1982, S. 195 f., 219, 298 f.

17 J. R. Logan/H. L. Molotch (s. A 8), S. 60, 76 ff.

18 A. Escher, Die Atmosphäre des orientalischen Bazars, in: Die alte Stadt 2 (2008), S. 173.

19 A. Gangler/E. Ribbeck, Ist die „Medina“ noch zu retten? Anmerkungen zur Altstadt-Erneuerung im orientalisches islamischen Raum, in: TRIALOG. Zeitschrift für Planen und Bauen in der Dritten Welt 4 (1994), S. 6 f.

20 E. Wirth, Zum Problem des Bazars (sūq, çarşı), in: Der Islam 51/2 (1974), S. 208, 225.

21 A. Escher, Globalisierung in den Altstädten von Damaskus und Marrakech?, in: H. Roggenthin (Hrsg.), Stadt – der Lebensraum der Zukunft? Gegenwärtige raumbezogene Prozesse in Verdichtungsräumen der Erde, Bd. 7: Mainzer Kontaktstudium Geographie, Mainz 2001, S. 23.

22 D. Brückner, Ganzheitlicher Erklärungsansatz im Heritage-Tourismus, in: A. Kagermeier/F. Raab

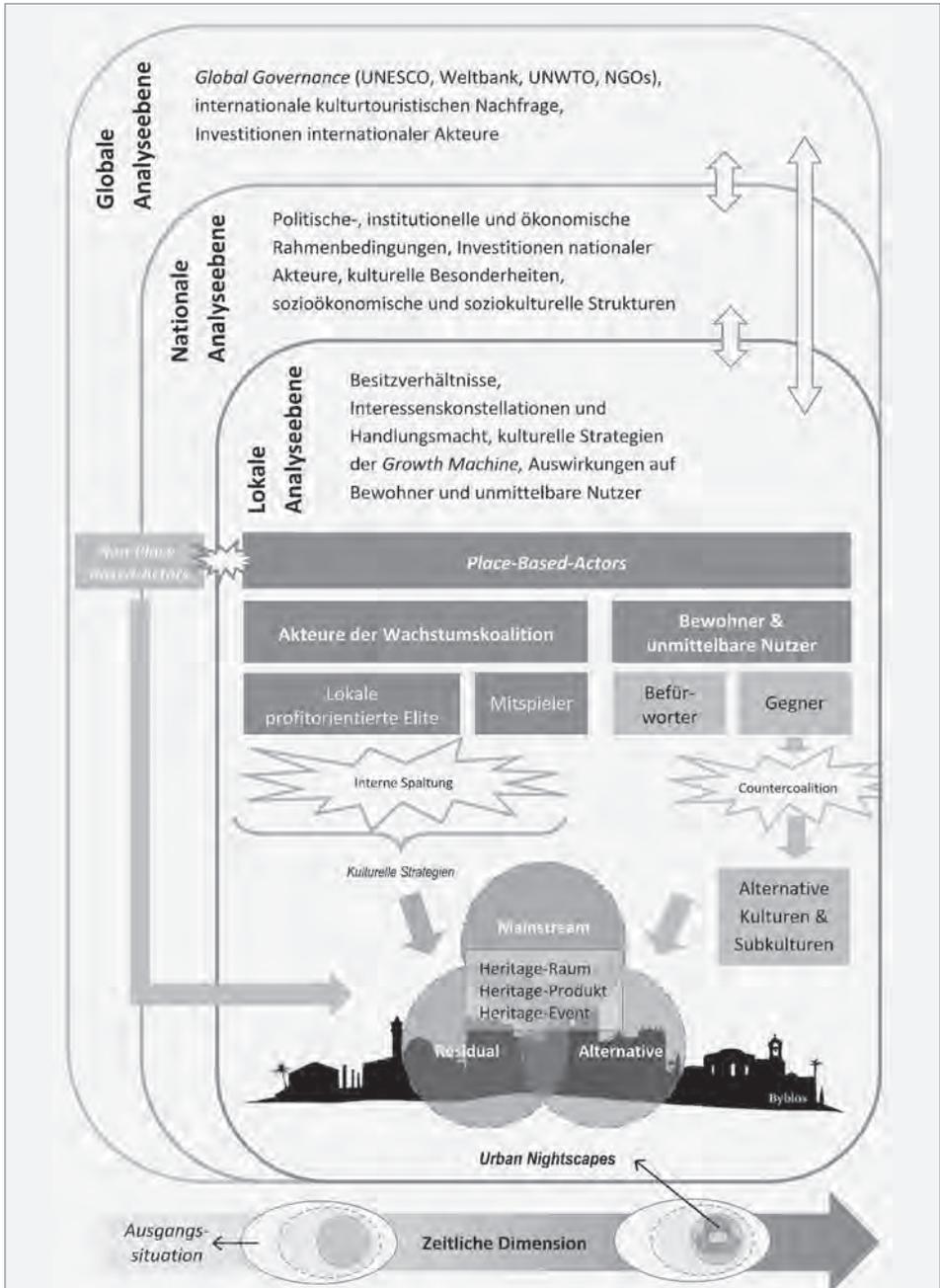


Abb. 1: Theoretische Folie zur Untersuchung der Transformationsprozesse in der Altstadt von Byblos; Entwurf: M. Karner 2013 in Anlehnung T. Krings (s. A 33), S. 57.

übergeordnete politische und ökonomische Kräfte jedoch keine adäquate Berücksichtigung.²³ Der Ansatz wird daher um das Konzept des *Local-Global-Nexus*²⁴ erweitert, das die Verschränkung der Maßstabebenen aufzeigt.

Mit *Events* versuchen sich Städte als Veranstaltungsort „in Szene“ zu setzen.²⁵ Ebenso trägt die Förderung von Restaurants, Bars und Nachtclubs zur kulturellen Revitalisierung bei.²⁶ Es kommt zur Entstehung neuer postmoderner städtischer Räume, die als „Bühne“ für Lebensstilrepräsentation²⁷ und zur persönlichen Bedürfnisbefriedigung²⁸ dienen. Schankbetriebe und die (öffentlichen) Räume dazwischen, in denen sich bei Nacht überwiegend junge Erwachsene zum Feiern treffen, werden mit der Bezeichnung *Nightscapes* zusammengefasst. Sie setzen sich nach einer Typologisierung von Chatterton und Hollands²⁹ aus einer Mischung von *Mainstream*-, *Alternative*- und *Residual-Spaces* zusammen, werden also von kommerziellen, alternativen oder traditionellen Einrichtungen dominiert. *Nightscapes* sind von Selektivität, Exklusion³⁰ und einem hohen Lärmpegel³¹ gekennzeichnet. Die Durchsetzung von „Individualinteressen“ in der Produktion, Nutzung und Gestaltung dieser Räume kann zu Unverständnis und Zurückweisung führen. Laut *Growth Machine*-Ansatz können ‚Widerstandsbewegungen‘ (*Countercoalitions*) aufkommen, wenn Personen ihre *Use Values* verteidigen. Sie sind nur zu einem gewissen Grad bereit, Einschränkungen ihrer Lebensqualität hinzunehmen.³²

In Anlehnung an die politisch-ökologische Mehrebenen-Analyse von Krings,³³ die zur Untersuchung ökologischer Problemlagen entwickelte wurde, werden Rahmenbedingungen und Prozesse auf unterschiedlichen Maßstabebenen isoliert, um das

(Hrsg.), Wettbewerbsvorteil Kulturtourismus. Innovative Strategien und Produkte, Bd. 9: Schriften zu Tourismus und Freizeit, Berlin 2010, S. 116.

23 A. E. G. Jonas/D. Wilson, The Urban Growth Machine: Critical Perspectives Two Decades Later, in: *dies.* (Hrsg.), The Urban Growth Machine: Critical Perspectives Two Decades Later, New York 1999, S. 4, 11.

24 Vgl. C. F. Alger, Perceiving, Analyzing and Coping with the Local-Global-Nexus, in: International Social Science Journal 40 (1988), S. 321-339.

25 H. Häußermann/W. Siebel (Hrsg.), Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Opladen 1993.

26 F. Bianchini, Night Cultures, Night Economies, in: Planning Practice and Research 10/2 (1995), S. 122.

27 M. Klamt, Öffentliche Räume, in: F. Eckardt (Hrsg.), Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden 2012, S. 800.

28 A. Escher (s. A 21), S. 25.

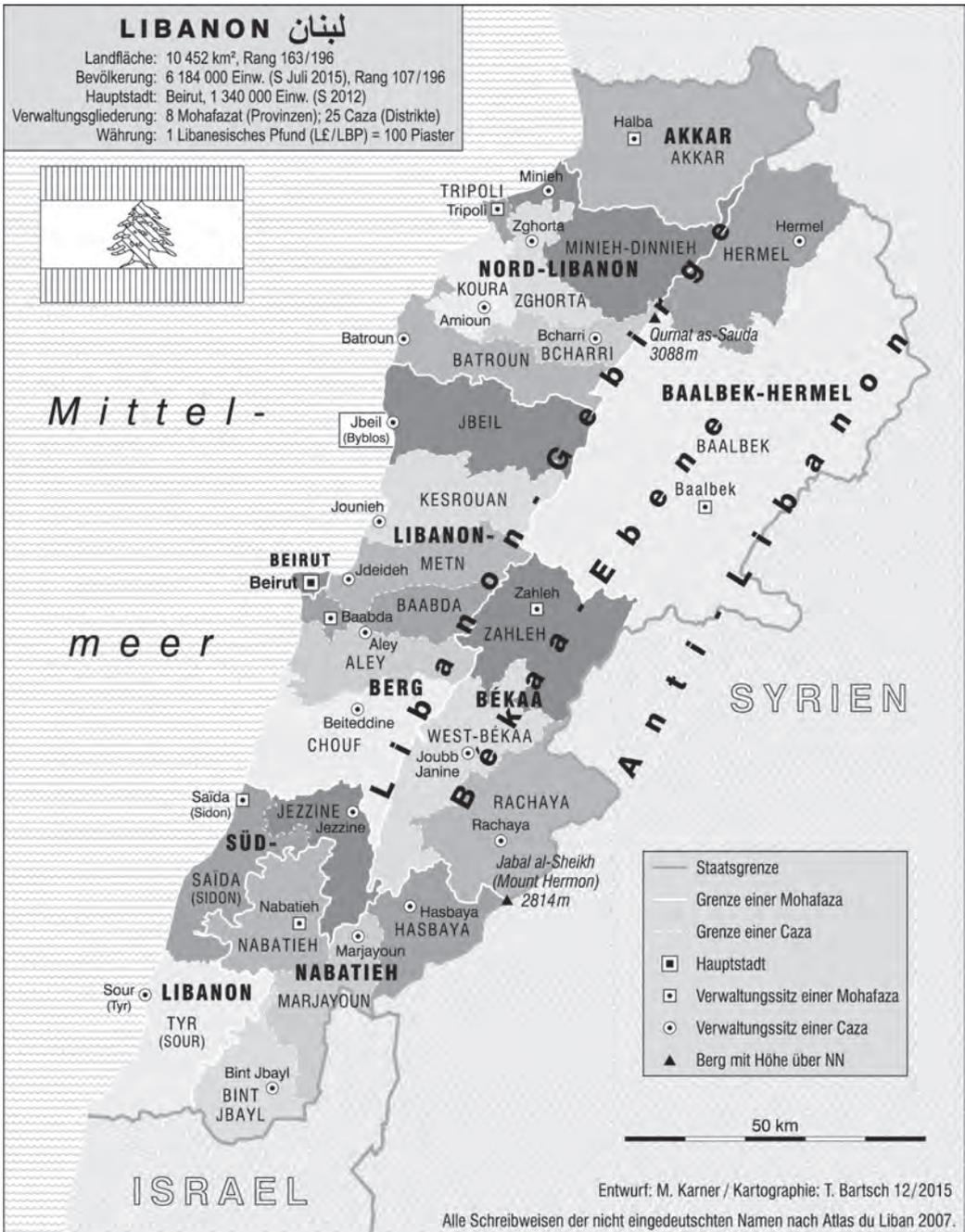
29 P. Chatterton/R. Hollands, Theorizing Urban Playscapes: Producing, Regulating and Consuming Youthful Nightlife City Spaces, in: Urban Studies 39/1 (2002), S. 95, 99 f.

30 S. Crivello, Spatial Dynamics in the Urban Playscape: Turin by Night, in: Town Planning Review 82/6 (2011), S. 710.

31 J. Oßenbrügge/A. Vogelpohl, Entgrenzte Zeiten – begrenzte Räume: Stadt(teil)-entwicklung in raumzeitlicher Perspektive, in: D. Läßle/U. Mückenberger/J. Oßenbrügge (Hrsg.), Zeiten und Räume der Stadt. Theorie und Praxis, Opladen 2010, S. 72 ff.

32 H. L. Molotch, The City as a Growth Machine: Toward a Political Economy of Place, in: American Journal of Sociology 82/2 (1976), S. 327 f.

33 T. Krings, Das politisch-ökologische Analysekonzept in der Umweltforschung. Beispiel der städtischen Brennstoffversorgung in Dakar (Senegal), in: Geographische Rundschau 52/11 (2000), S. 56 ff.



Karte 1: Administrative Karte des Libanon mit Lage von Jbeil (Byblos).

Zusammenspiel der Akteure in Byblos zu verstehen und konkurrierende Ansprüche und Forderungen der Nutzer transparent zu machen (vgl. Abb. 1).

2. Byblos – „*Oldest Continuously Inhabited City*“

Die libanesische Küstenstadt Byblos liegt im Norden der Provinz *Mount Lebanon* („Libanonberg“), 38 km nördlich der Hauptstadt Beirut (vgl. Karte 1). Die erste Besiedelung fand im Neolithikum um das Jahr 5000 v. Chr. statt. Byblos wurde von Dutzenden Zivilisationen besetzt, besiedelt und geprägt und erfuhr mehrere wirtschaftliche Blütezeiten.³⁴ Die im Jahre 1860 durch einen französischen Wissenschaftler begonnene Ausgrabung wurde im 20. Jahrhundert weiter verfolgt und führte zur Entstehung eines weiträumigen Ausgrabungsgeländes (52.500 m²).³⁵ Es umfasst neben der Kreuzfahrer-Zitadelle neolithische Häuser, bronzezeitliche Königsgräber, ein römisches Theater und Reste einer römischen Kolonnade.³⁶ Während des Bürgerkrieges (1975-1990) wurde Byblos zu einem wichtigen Zentrum innerhalb des von christlichen Milizen kontrollierten Territoriums³⁷ in einer relativ friedlichen Gegend. Byblos wuchs zu einer der fünf bevölkerungsreichsten Sekundärstädte des Landes an, in der heute schätzungsweise 20.000 Einwohner leben, von denen circa 70 Prozent maronitischen Glaubens sind.³⁸ Der heutige Baubestand der Altstadt besteht aus Überresten der römischen, byzantinischen, mittelalterlichen, mamlukischen und osmanischen Epoche, wie der *Sūq*, der größtenteils in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erbaut wurde.³⁹

Der *Sūq* bildete in den 1930er Jahren das kommerzielle Zentrum von Byblos, an dem die damalige Hauptstraße von Beirut nach Tripoli vorbeiführte.⁴⁰ In den 1990er Jahren wies er hingegen hohe Leerstände auf.⁴¹ Die Altstadt glich einer *Ghost Town*,⁴² da

34 Vgl. N. Jidejian, *Byblos Through the Ages*, 3. Aufl., Yarzé 2000.

35 *Council for Development and Reconstruction (CDR)*, Cultural Heritage and Tourism Development Project. Urban Conservation Design Studies. Final Preliminary Report, Beirut 2001, S. 7 f., 30 f.

36 E. J. Wein, *7000 Jahre Byblos*, Nürnberg 1963, S. 9 ff.

37 T. Hanf, *Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon*, Baden-Baden 1990, S. 306 ff.

38 *SudgetAid*, Strategic Development Plan for the Casa of Byblos. Enhancement of the Ministry of Interiors and Municipalities for the Development of Services in Support of Local Administrations. Beirut 2012, S. 13, 28.

39 J.-C. Monnet, *La Re-Dynamisation de la Vieille Ville de Jbeil-Byblos au Liban*. Université de Paris, Institut Français d'Urbanisme, Paris 2000, S. 7 f.

40 J. Saliba, *Le Commerce a Jbeil. Etude Comparative Socio-Economique du Vieux Souk et du Nouveau Centre Kordahi – Matta de la Ville de Jbeil*. Université Saint-Esprit, Département de Sociologie, Kaslik 1981, S. 34.

41 E. Weinitschke, *Tourismusentwicklung der libanesischen Stadt Byblos unter dem Einfluss politischer Krisen*, unveröff. Abschlussarbeit, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Geographisches Institut, Mainz 2002, S. 96 ff.

42 *Council for Development and Reconstruction (CDR)*, Stakeholder Analysis and Social Assessment for the

die Entstehung neuer Geschäftszentren mit einem Bedeutungsverlust des *Sūqs* für die Versorgung der Einheimischen verbunden war.⁴³ Zwar eröffneten seit den 1970er Jahren vereinzelt Imbisslokale, Restaurants und Cafés im *Sūq*, jedoch konzentrierte sich das gastronomische Angebot am Hafen und im nördlichen Bereich der Stadtmauer (vgl. Karte 2), weshalb der *Sūq* nachts menschenleer war, wie ein Barbesitzer beschreibt: „*There were only cats and dogs in the streets*“.

3. „*Byblos has now a More International Impact*“

Im Jahr 1984 wurde die kulturelle Stätte „Byblos“ in die Welterbe-Liste aufgenommen.⁴⁴ Seitdem über Vertreter der UNESCO Druck auf nationale und lokale Entscheidungsträger aus, wenn sie die Unversehrtheit und Authentizität in Gefahr sehen. Das *Branding* „Weltkulturerbe der UNESCO“ ist für die Vermarktung der Altstadt als Destination des internationalen Kulturtourismus sehr wichtig.

Die visuelle Aufwertung der Bybloser Altstadt wurde von der Weltbank im Rahmen des *Cultural Heritage and Urban Development* (CHUD)-Projektes gefördert, das vom *Council for Development and Reconstruction* (CDR), einer staatlichen Sonderorganisation, gesteuert wird. Vertreter der Lokalregierung blieben dabei periphere Akteure im Planungsprozess, was zu einer Form des Autoritarismus der Zentralregierung führt.

Im Gegensatz dazu kooperierten ausländische Universitäten, Stiftungen und andere internationale Organisationen mit Vertretern der Lokalregierung, um Strategien zur Förderung der Stadtentwicklung von Byblos zu erarbeiten, von denen Impulse auf die eingesetzten Maßnahmen denkbar sind. Die derzeit in der Altstadt aktivste Organisation ist die lokale Aktionsgruppe *ViaAppia*, die mit globaler Unterstützung etabliert wurde. Sie ist ein Verband von NGOs, Geschäfts- und anderen lokalen Partnern, die für die Organisation von Events mitverantwortlich sind.

In nationalen und internationalen Zeitungen wie der *New York Times*⁴⁵ wurde Byblos als ‚libanesisches Saint-Tropez‘ bezeichnet und als ‚Geheimtipp‘ empfohlen. Byblos zog bereits in den Vorkriegsjahren internationale Kulturtouristen an. Als eines der berühmtesten Kulturzentren im östlichen Mittelmeer konnte die Stadt ab Mitte der 1990er Jahre daran anknüpfen.⁴⁶ Kulturtouristen reisen vorzugsweise in der Nebensaison in Form organisierter Gruppenreisen zur Besichtigung der archäologischen Stätten

Proposed Cultural Heritage and Tourism Development Project. Final Report, Beirut 2001, S. 192.

43 E. Weinitschke (s. A 41), S. 96.

44 UNESCO und Delft University of Technology (DUT), International Workshop Byblos – Lebanon. Project Identification and Implementation. Proceedings and Recommendations, Delft University of Technology. Delft 1999, S. 4.

45 L. Beehner, Byblos, Lebanon’s Ancient Port, Is Reborn, in: The New York Times 31.12.2009.

46 E. Weinitschke (s. A 41), S. 111.

an. Außerdem locken die Strände, *Beach Clubs* und die vielseitigen *Nightsapes*, durch die das Land zu einem attraktiven Urlaubsparadies für finanzkräftige Auslandslibanesen wurde. Sie kehren besonders im Sommer und an religiösen Feiertagen in ihr Heimatland zurück und sind eine wichtige Kundengruppe der gastronomischen Betriebe und Hotels in Byblos. Die Altstadt ist als „Stadt des alten Phöniziens“ für viele Maroniten, die sich mit der Vorstellung identifizieren, von den Phöniziern abstammen, ein Ort der Identität. Der Aufenthalt in Byblos wird zum Beispiel mit dem Besuch eines ‚Antiquitätenladens‘ verglichen, durch den sie ihre Wurzeln entdecken können. Die positive Entwicklung des libanesischen Tourismussektors wird zudem maßgeblich von Touristen aus arabischen Ländern getragen,⁴⁷ die auch in Byblos eine nicht zu vernachlässigende Kundengruppe sind. Sie werden von dem zu erlebenden europäischen *Life-style*, der historischen Kulisse und dem touristischen Angebot angezogen: „*They feel like they have something very old, while in Dubai, Kuwait there is no history*“. Aus dem arabischen Ausland kommen insbesondere Familien nach Byblos, deren Hauptreisezeit während der Sommermonate liegt.⁴⁸

Die positive Entwicklung der internationalen Touristenankünfte in der Nachkriegszeit und der Tourismusboom nach den politisch turbulenten Jahren von 2005 bis 2008⁴⁹ waren für die verstärkte Investitionsaktivität der Akteure seit dem Ende des Bürgerkriegs mitverantwortlich. Im Jahr 2013 wurde Byblos von der *United Nations World Tourism Organization* als beste städtische Destination in der Arabischen Welt ausgewählt⁵⁰ und erhielt von einem amerikanischen Tourismus Magazin 2012 die Auszeichnung des zweitbesten Tourismusortes im Nahen Osten,⁵¹ wodurch die weltweite Bekanntheit zunahm.

Auslandslibanesen spielen nicht nur als Nachfragegruppe eine Rolle, sie haben auch in die touristischen Betriebe der Altstadt investiert. Ihre Motivation ist auf ihren Rückkehrwunsch zurückzuführen oder darauf, die Entwicklungen im Herkunftsdorf unterstützen und beeinflussen zu wollen. Etwa die Hälfte aller derzeit aktiven gastronomischen Akteure in der Altstadt sind Rückwanderer, die für eine gewisse Zeit im Ausland gelebt haben. Viele waren dort in anderen Berufsfeldern tätig und wechselten im Libanon in die Tourismusbranche, in der sie die einzige profitable Einkommensmöglichkeit sahen. Bei der Realisierung ihrer Vorhaben griffen sie nicht nur auf die im Ausland

47 G. Glasze, Vom Touristenziel ersten Ranges ins Abseits? Zur Entwicklung des Tourismus im Libanon, in: *Beiruter Blätter* 6/7 (1999), S. 85.

48 *Consultation and Research Institute (CRI)*, Cultural Heritage and Urban Development. Wave One of Impact Assessment. Business Census, Beirut 2009, S. 4, 22.

49 Vom Tourismusministerium wurden Statistiken für die Jahre 2009-2011 ausgehändigt.

50 U.N. Agency Selects Byblos as Year's Best Tourism Spot, in: *The Daily Star*, 16.04.2013.

51 *Condé Nast*, Readers' Choice Awards. Top 5 Cities in the Middle East 2012, vgl. www.cntraveler.com/readers-choice-awards/africa-middle-east/top-5-cities-middle-east_slideshow_item1_2 [21.05.2013].

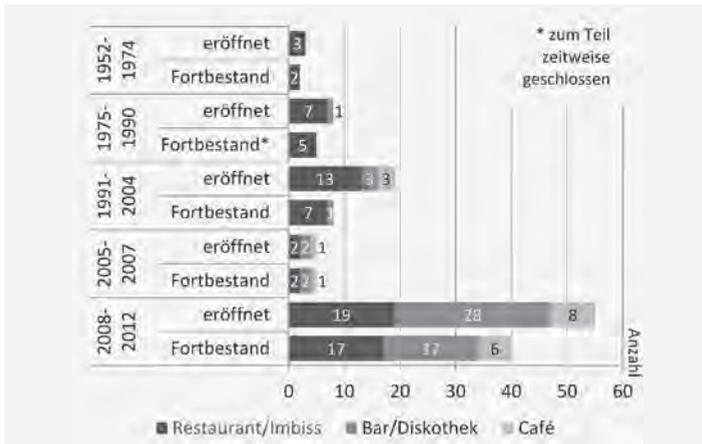


Abb. 2: Eröffnung und Fortbestand der verschiedenen gastronomischen Betriebe in der Altstadt von Byblos in Abhängigkeit ihres Eröffnungszeitraumes im Jahr 2012; Entwurf: M. Karner 2013 basierend auf Daten aus der Erhebung 2012, Angaben von E. Weinitschke (s. A 41), Anhang und einer Kartierung des CDR, Nr. 11.

erwirtschafteten finanziellen Rücklagen zurück, sondern profitierten auch von den dort gesammelten Erfahrungen: „This is one of the sources that can make us understand the reasons for these new economic and lifestyle trends that have taken over these regions“.

4. „Tänzeln auf einem weiterhin brodelnden Vulkan“

Die Anfänge des Nachtlebens im Libanon gehen zurück in die 1920er Jahre: „By the early 1950s, Beirut contained a total of almost 1.000 nightclubs, discos and pubs.“⁵² In unterschiedlichen Vierteln Beiruts sowie in Städten und Bergdörfern außerhalb der Hauptstadt eröffneten Bars und Nachtclubs, die in Abhängigkeit der Sicherheitslage im Land boom(t)en und als regionales Alleinstellungsmerkmal des Libanon gelten. Die Akteure in Byblos agieren demzufolge entlang eines nationalen Trends und beabsichtigen gleichzeitig, sich von den konkurrierenden *Nightsapes*, die sich dynamisch verändern, abzugrenzen.

In den 1960er Jahren investierten zwei führende Unternehmer der Tourismusbranche als erste Auswärtige im Hafengebiet von Byblos. Der im Jahr 1962 von Pépé Abed eröffnete *Byblos Fishing Club* entwickelte sich zum Ziel des *Jet Sets*. Sein Erfolg veran-

52 S. T. Shwayri, From Regional Node to Backwater and Back to Uncertainty: Beirut, 1943-2006, in: Y. Elsheshtawy (Hrsg.), *The Evolving Arab City. Tradition, Modernity and Urban Development*, Planning, history and the environment series, London 2011, S. 76.



Abb. 3: Vergleich der zentralen *Sūqgasse* Anfang des 20. Jahrhunderts (links) mit der heutigen Situation (rechts); Fotos: Archiv B. Lahoud (li.), M. Karner (re.).

lasste aus Byblos stammende Einheimische dazu, in den Tourismussektor zu investieren. Während des Bürgerkrieges, als internationale Touristen ausblieben, wurde Byblos zu einem Hauptziel des regionalen Tourismus⁵³ innerhalb des Einflussgebiets christlicher Milizen. Der Hafen von Byblos war nicht nur für seine Fischrestaurants bekannt, auch die erste Bar *Lighthouse* wurde im Jahr 1982 von Pépé Abed ins Leben gerufen. Ein Zehntel aller gastronomischen Betriebe der Altstadt von Byblos wurden in dieser Periode eröffnet (vgl. Abb. 2).⁵⁴

Bereits zuvor wurde die *heritage*-touristische Entwicklung der Altstadt staatlich gefördert. Die im Jahre 1860 begonnenen Ausgrabungen wurden während der französischen Mandatszeit weitergeführt und dauerten für ein halbes Jahrhundert an. In den 1970er und 1980er Jahren verfolgte der Staat das Konzept, in Byblos eine Museumsstadt zu schaffen. Dadurch veränderte sich das Erscheinungsbild des *Sūqs* und die zentrale *Sūqgasse* wurde verkehrsberuhigt⁵⁵ (vgl. Abb. 3). Es gelang, die Altstadt zu erhalten und im Zuge der rapiden Urbanisierung vor unkontrollierten Entwicklungen zu

53 E. Weinitzke (s. A 41), S. 69 ff.

54 Die Angaben zur Eröffnung und dem Fortbestand gastronomischer Daten basieren auf aus der Erhebung 2012, Kartierungen des CDR, Nr. 5/11, J.-C. Monnet (s. A 39); P.J. Pharès, Jbeil, entre Centre Régional et Pôle de Banlieue. Programmation Pour le Renforcement de la Centralité, Balamand 2000; A.-M. Sanan Chebli, La Pratique de l'Espace Touristique du Centre Historique de Jbeil-Byblos, Université Saint-Joseph, Department de Géographie, Beirut 2001; E. Weinitzke (s. A 41); R. Zaarour, Cartographie de l'Occupation du Sol au Centre de Jbeil. Approche Méthodologique. Université Saint-Joseph, Department de Géographie, Beirut 1983.

55 CDR (s. A 35), S. 23 f.

bewahren, jedoch wurden viele Anwohner aufgrund der Enteignungen zum Wegzug gezwungen.⁵⁶

Die Gesetze zum Schutz des kulturellen Erbes und zur Regulierung des Tourismussektors werden in der Praxis nur bedingt eingehalten. Nach Vorschrift des Tourismusministeriums (MOT) müssen Räumlichkeiten mit einer Fläche von 50 Quadratmetern und weniger für die gastronomische Nutzung über mindestens eine Toilette verfügen.⁵⁷ Viele Gastronomen in Byblos heben Klärgruben widerrechtlich aus, denn sie befürchten eine Ablehnung ihres Antrages aufgrund von archäologischen Relikten im Untergrund. Außerdem hält sie das langwierige Genehmigungsverfahren von einer Antragstellung ab. Aufgrund der Schwäche staatlicher Behörden und der damit verbundenen laxen Durchsetzung der Gesetze ist es vielen Akteuren möglich, ihre Vorhaben illegal und zügig zu realisieren. Dies zeigt, dass sich die nationalstaatlich auferlegten Gesetze und Vorschriften artifiziieller Institutionen des modernen Nationalstaates außerhalb der Lebenswelt der libanesischen Gesellschaft befinden. Auch die Lokalregierung übergeht unbewusst oder beabsichtigt staatliche Vorschriften, indem sie *Open-Air-Bars* die Nutzung von Freiflächen ermöglicht, ohne dass diese über eine Genehmigung des Tourismusministeriums verfügen. Die Kompetenzüberschreitung ist sogar notwendig, da gastronomische Betriebe unter freiem Himmel aufgrund veralteter Gesetze keine staatliche Autorisation erhalten können, wie ein Mitarbeiter des Tourismusministeriums erklärt: „*Because our laws have not evolved yet to cope with the new trends and patterns in the tourism industry*“. Im Gegensatz dazu wird das libanesisches Mietgesetz von den Akteuren in der Regel beachtet. Die Bestimmungen für Mietverträge aus der Zeit vor 1991, die für die meisten *Dakakīn*⁵⁸ im *Sūq* greifen, räumen den Mietern eine ungewöhnlich starke Position ein, da sich unter anderem die Verträge automatisch verlängern und eine Weitervermietung an Dritte möglich ist. Nach der Inflationsphase Ende der 1980er Jahre konnten die Mieten aufgrund einer vorgeschriebenen Deckelung nicht ausreichend angepasst werden.⁵⁹ Für die Realisierung einer Nutzungsänderung ist das Einverständnis des Eigentümers einzuholen. Verstöße gegen das Miet- bzw. Pachtgesetz können zu einer Kündigung führen und sind mit steigenden Profiten für die Gegenpartei verbunden, die das Eigentum nach neuem Mietgesetz vermieten kann. In Byblos wird nach den Regeln des Miet- bzw. Pachtgesetzes gehandelt, da die soziale Kontrolle die schwache Durchsetzungskraft der staatlichen Institutionen kompensiert.

56 Ebda., S. 31.

57 Vgl. Beschluss Nr. 208 des MOT vom 08.06.2010.

58 Die Läden und Werkstätten des *Sūqs* befinden sich in genormten kleinen Räumen (arab. *Dukkān/pl. Dakakīn*), die aneinandergrenzen und Teil einer Ladenzeile sind; E. Wirth (s. A 20), S. 211.

59 O. Kögler, Der Umgang mit dem urbanen Kulturerbe im Nachkriegslibanon, Diss. Universität Heidelberg, Naturwissenschaftlich-Mathematische Gesamtfakultät, Heidelberg 2005, S. 52.

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1943 wird im Libanon eine *Laissez-Faire*-Politik verfolgt, sodass den Initiativen privater Unternehmer nahezu uneingeschränkte Spielräume gelassen werden.⁶⁰ Die weit verbreitete Korruption ist nicht negativ konnotiert und wird als etwas Normales und Notwendiges angesehen: „*Everything in this country is going to pockets. This is Lebanon*“. Zudem haben klientelistische Strukturen zur rasanten Transformation der Altstadt beigetragen: Die Kleinstadt Byblos erhält dank des aktuellen Bürgermeisters, dessen Bruder der Schwiegersohn des von 2008 bis 2014 amtierenden Staatspräsidenten war, einen besseren Zugang zu staatlichen Ressourcen. Auch die Besitzer der ersten *Open-Air-Bars* waren entweder lokal gut vernetzt oder hatten Beziehungen zu einflussreichen nationalen Politikern und Militärs höheren Ranges, sodass persönliche Beziehungen (*Wasta*) ausschlaggebend für die Zuweisung einer Freifläche waren.

Gegenwärtig ist der *Sūq* von Byblos ein „angesagter“ *Nightscape* mit überregionaler Bedeutung, wie der Vizebürgermeister erklärt: „*The charm is that you have a mixture of students, young people, old people from around Beirut, Tripoli and from far areas*“. Im Nachkriegslibanon herrscht ein Nebeneinander unterschiedlicher Einkommensgruppen, kontroverser Wertvorstellungen und Lebensstile vor. Ein Teil der libanesischen Bevölkerung lebt nach einem Leitgedanken, den Khalaf⁶¹ mit den Worten „*I Love Life*“ betitelt. Sie versuchen durch Vergnügen und Konsum „Spaß zu haben“, um aussichtslose Situationen zu verdrängen.

Der Bybloser *Nightscape* spannt sich inmitten der städtebaulichen Kulisse des historischen *Sūqs* in einem verkehrsberuhigten Bereich auf. Er bietet ein einzigartiges Ambiente, das sowohl Tagesausflüglern als auch Nachtschwärmern Fluchten in eine sinnliche Traumwelt ermöglicht. Die Altstadt ist wegen der *Open-Air-Bars* und Sitzmöglichkeiten im Freien außerdem ein Ort des „Sehens und Gesehen-Werdens“, weshalb sie sich als Bühne für die Lebensstilrepräsentationen eignet. Byblos gilt als liberaler Ort, wo Alkohol im öffentlichen Raum ausgeschenkt wird und unverheiratete Paare „turtelnd“ flanieren können. Die gastronomischen Einrichtungen profitieren von dem vergleichsweise hohen Einkommensniveau im Einzugsgebiet.⁶² Die verbesserte makro-ökonomische Situation des Landes⁶³ trägt dazu bei, dass sich ein größerer Teil der einheimischen Bevölkerung einen derartigen Lebensstil leisten kann. Dabei geben viele für Statussymbole und Freizeit mehr Geld aus, als es ihre eigentliche finanzielle Situation erlaubt.⁶⁴

60 S.A. Makdisi, *The Lessons of Lebanon. The Economics of War and Development*, London, New York 2004, S. 161.

61 S. Khalaf (s. A 10), S. 185.

62 É. Verdeil/G. Faour/S. Velut (Hrsg.), *Atlas du Liban. Territoires et Société*, Beirut 2007, S. 138 f.

63 *United Nations Development Programme*, *Human Development Report 2011. Sustainability and Equity: A Better Future for All*, New York 2011, S. 163.

64 S. Khalaf (s. A 10), S. 132 ff.

5. „*The Whole Night I am Jumping from one Bar to Another*“

Eigentümer in der Altstadt versuchen auf unterschiedliche Weise, Gewinne aus Häusern, *Dakakīn* und den ihnen im öffentlichen Raum zugeteilten Flächen zu erwirtschaften. Sie haben ihr ehemaliges Wohnhaus entweder selbst gastronomisch umgenutzt oder vermieten ihr Eigentum an andere gastronomische Akteure weiter, wie die am Hafen gelegenen Fischrestaurants zeigen. Trotz des einschränkenden „alten“ libanesischen Mietgesetzes verdienen die Eigentümer im *Sūq*, wenn ein Mieter eine gastronomische Nutzung in einem *Dukkān* etabliert, da sie eine höhere Miete verlangen können.

Roger Eddé, der einer einflussreichen Notabelfamilie der Region angehört,⁶⁵ investiert seit 2004 im *Sūq* von Byblos. Gegenwärtig mietet er 22 *Dakakīn*, in denen er und seine Frau gastronomische Betriebe unterschiedlicher Preisklassen und *Boutiquen* mit einem einheitlichen *Branding* betreiben. Im Bereich des *Eddé Yards* werden dem als „*Man of Byblos*“ bezeichneten Unternehmer von der Lokalregierung Sondernutzungsrechte eingeräumt. Er führt die Geschäfte entweder in Partnerschaft mit alteingesessenen Händlern mittels einer Art *Franchising* (z.B. Eddés Herbs) oder verkauft Produkte lokaler Handwerker, die in Werkstätten außerhalb des *Sūqs* arbeiten.

Die bereits zuvor in den 1990er Jahren und um die Jahrtausendwende eröffneten gastronomischen Betriebe im Bereich des *Sūqs* wurden wieder geschlossen. Ab Mitte der 2000er Jahre zeichnet sich dort eine erhöhte Investitionsaktivität ab. Zahlreiche Akteure sind der von Roger Eddé initiierten Entwicklung gefolgt und haben seine Idee „kopiert“. Die „Mitspieler“ stammen fast alle aus Byblos und wurden mehrheitlich mit der Eröffnung ihres gastronomischen Betriebes erstmalig im *Sūq* wirtschaftlich aktiv. Fast alle mieten einen *Dukkān* im *Sūq* von alteingesessenen Mietern, für die eine Weitervermietung profitabler ist als die Fortführung des eigenen Betriebes. In den ersten Jahren nach der Jahrtausendwende wurden die Cafés und Restaurants vorwiegend in leerstehenden Läden eröffnet. Viele der *Dakakīn* sind im Eigentum muslimischer Stiftungen (*Waqf*), deren Verantwortliche eine „*See-but-Hide*“-Strategie verfolgen, denn sie dulden den Alkoholausschank sowohl draußen, als auch im Innenbereich, um bei gastronomischer Nutzung höhere Profite zu erzielen.

Zwischen 2008 und 2012 eröffneten 60 Prozent aller gastronomischen Betriebe, die es seit den 1950er Jahren in Byblos gab bzw. gibt (vgl. Abb. 2). Zur Förderung der *Night-time Economy* genehmigte die Lokalregierung erstmalig im Jahr 2008 die Errichtung von freistehenden *Open-Air-Bars* im öffentlichen Raum des *Sūqs*. Seit 2011 bleibt dies allerdings nur denjenigen vorbehalten, die *Dakakīn* im *Sūq* mieten, wobei in der Gasse am nördlichen *Sūq*-Eingang nicht die alteingesessenen Mieter, sondern ihre Söhne

65 B. Condé, *Byways of Byblos*, 2. Aufl., Beirut 1964, S. 145.

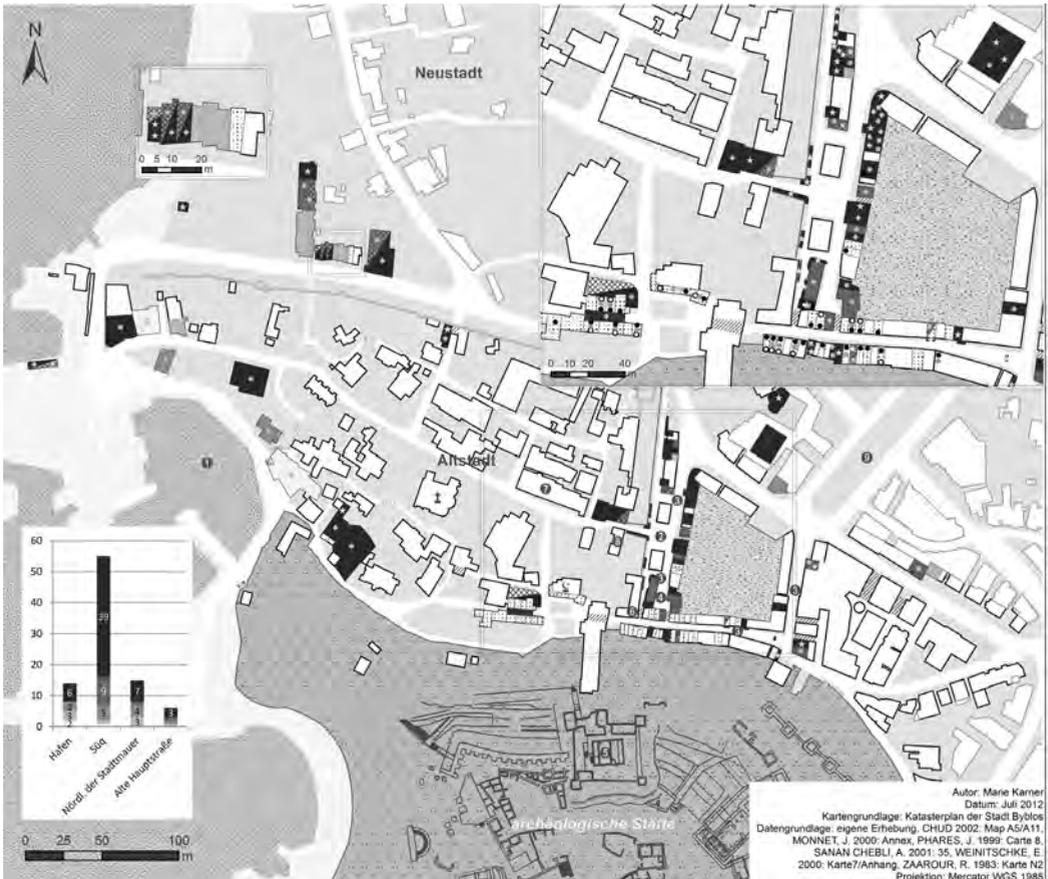


Abb. 4: Vonseiten der Lokalregierung genehmigte Außenraumnutzung für *Open-Air-Bars* mit *Dukkān-Anschluss* in der Altstadt von Byblos; Fotos: H. Bishara, 2012.

als Barbetreiber tätig werden. Angrenzend an einen *Dukkān*, der als Lagerraum dient oder seine ursprüngliche Nutzung beibehält, werden *Open-Air-Bars* während der Sommermonate errichtet (vgl. Abb. 4). Die überwiegend jungen Barbetreiber gelten als „Trittbrettfahrer“ der Transformation, da sie die stark angestiegenen Mieten bei gastronomischer Umnutzung eines *Dukkāns* zahlen müssen. Andere Alteingesessene vermieten die ihnen zugewiesenen Freiflächen saisonal weiter. Auch kommen neue Akteure hinzu, die sich einmieten, eine *Indoor-Bar* in einem *Dukkān* eröffnen und in den Sommermonaten den angrenzenden öffentlichen Raum nutzen (vgl. Abb. 3, rechts). Die Strategien der Lokalregierung sind jedoch nicht frei von Eigeninteressen, da z.B. der Vizebürgermeister eine eigene Bar im *Sūq* besitzt und Personen der eigenen Klientel bevorzugt werden.

Der *Nightscape* von Byblos setzt sich demzufolge aus den *Mainstream-Spaces* des *Eddé Yards* und *Alternative-Spaces* zusammen. Letztere konzentrieren sich in unterschiedlichen Bereichen des *Sūqs* und lassen in einigen Zonen den Eindruck eines *Open-Air-Clubs* entstehen. Die räumliche Lage der *Nightlife-Spaces* innerhalb der Altstadt ergibt sich aus lokalen Rahmenbedingungen im Zusammenspiel mit gesetzlichen Vorschriften.

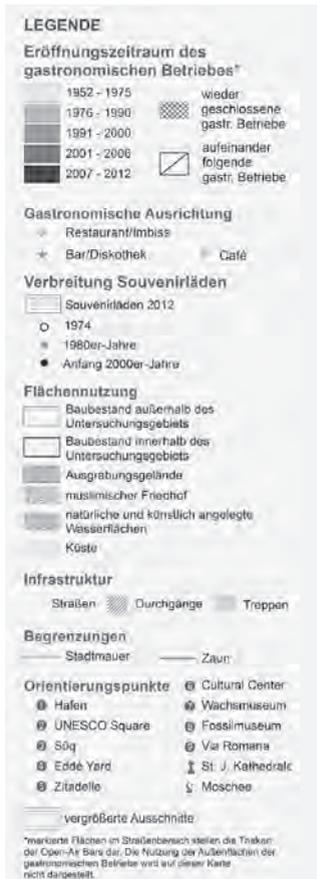
Zur Vermarktung der Altstadt von Byblos tragen das *Byblos International Festival* (vgl. Abb. 5) und auch kleinere, temporäre *Heritage-Events* bei. Viele der angebotenen Produkte und Speisen werden außerdem mit den kulturellen Symbolen *Traditional Lebanese* oder *Made in Lebanon* belegt und mit historischen Symbolen wie *Oldest Con-*



Karte 2: Verbreitung der Souvenirläden und Eröffnung der gastronomischen Betriebe in der Altstadt von Byblos seit den 1950er Jahren.

tinuously Inhabited City und *City of the Alphabet*⁶⁶ verknüpft. Durch diese Zuschreibungen wurde die Altstadt und besonders der *Sūq* der Konsumption zugänglich – also „erlebbar“ – gemacht. Die Zahl der Souvenirläden hat sich in der vergangenen Dekade nicht maßgeblich verändert, sodass überwiegend Geschäfte mit Ausrichtung auf die Bedarfsdeckung der Anwohner der gastronomischen Nutzung gewichen sind (vgl. Karte 2). Außerdem ist eine Ausdifferenzierung der auf den Tourismus ausgerichteten Geschäfte zu beobachten, darunter Ateliers und ein Buchladen.

66 Die heute verwendeten Alphabet-Schriften entwickelten sich aus der von den Phöniziern in Byblos entwickelte Kursivschrift; N. Jidejian (s. A 34), S. 79.



6. Interessenkonflikte und Kontroversen

Der *Sûq* bietet für Jugendliche und junge Erwachsene aus Byblos einen boomenden *Nightscape* direkt vor der Haustür. Gleichzeitig führt die Privatisierung bzw. Kommerzialisierung des öffentlichen Raums zur Exklusion weniger finanzkräftiger Gruppen. Es kommt zu Verdrängungsprozessen von alteingesessenen Anwohnern und Nutzern. Die profitorientierte Stadtentwicklung in Byblos kann daher zu einer verstärkten gesellschaftlichen Segregation führen. Sie ist auf wirtschaftliche Ziele ausgerichtet und vernachlässigt die *Use Values* einiger Anwohner, die aufgrund von Dichtestress auf den Straßen, Lärmbelästigung und dem Wegfall eines beliebten Aufenthaltsortes Einbußen hinnehmen müssen. Trotzdem befürworten beeinträchtigte Anwohner und benachteiligte Einzelhändler in der Regel die Veränderungen, denn sie stufen die touristische Nutzung des öffentlichen Raumes als wichtig für das Gemeinwohl ein.

Die Akteure der sog. Wachstumskoalition sind sich einig, dass eine stärkere Organisation und Regulierung des *Heritage*-Angebotes nötig ist, um der funktionalen Homogenisierung der Altstadt und dem Verlust der „Einzigartigkeit“ von Byblos entgegenzuwirken. Eine verträglichere Transformation erfordert Veränderungen auf allen Maßstabsebenen, von Reformen der Gesetze bis hin zu einer effektiveren Zusammenarbeit.

Einige Bewohner haben sich zu einer *Countercoalition* zusammengeschlossen, die sich nicht gegen die Transformation als solche richtet, sondern versucht aktiv auf die Entwicklungen Einfluss zu nehmen, um Störfaktoren wie die Lärmbelästigung zu vermindern. Daneben richtet ein Priester, der *Hip Hop*-Musik und exzessiven Alkoholkonsum ablehnt, Appelle an seine Leser und Zuhörer: „*Die schöne Geschichte und der Ruhm der Phönizier und die Burg von Byblos, sie sind in einer Auseinandersetzung mit der Musik des Teufels, die sich in den Straßen der Hochkulturen einnisten will.*“⁶⁷ Der Priester befindet sich mit seiner Argumentation jedoch außerhalb der Lebenswelt der

67 Bei der Übersetzung aus dem Arabischen wurde die dichterische und blumige Wortwahl beibehalten.

Akteure und Nutzer, weshalb er plakativ als „einsamer Rufer in der Wüste“ bezeichnet werden kann, der nur manchmal gehört und oftmals nicht wahrgenommen wird. Eine andere Gruppe eröffnete ein Restaurant mit dem Ziel, den „*Spirit*“ des *Sūqs* zu bewahren, konnte sich jedoch nur etablieren, indem sie die Strategien der eigens scharf kritisierten neuen Formen urbaner Kultur übernahm.

Die *See-but-Hide*-Strategie von Vertretern der *Waqf* wird sowohl unter christlichen, als auch unter muslimischen Einheimischen kontrovers diskutiert: „*So business is killing even their religion*“. Hingegen begrüßt die Mehrheit der lokalen Akteure, dass muslimische Gäste die gastronomischen Einrichtungen besuchen. Nur vereinzelt werden ablehnende Haltungen geäußert, wie von einem maronitischen Anwohner, der seine Gemeinschaft zum ‚Dekor‘ einer künstlichen Welt abgewertet sieht: „*Now Byblos becomes a place for entertainment. Like a small Disneyland. And it’s materialistic and sexualized [...]. We are like a decor now*“.

7. Nightscapes und gesellschaftliche Integration?

Die aufgezeigten Transformationsprozesse sind nur mit Einschränkung als modellhaft für die *heritage*-touristische Entwicklung arabisch-islamischer Altstädte anzusehen. Im Libanon werden *Nightscapes* in Altstädten bereits als Trend angesehen, der sich in der Altstadt von Jounieh und in älteren Stadtteilen von Beirut fortsetzt. Auch in muslimisch geprägten Vierteln⁶⁸ und in anderen Ländern der Region mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit eröffnete eine Vielzahl an neuen Cafés, Restaurants und Freizeiteinrichtungen. In diesen wird kein Alkohol ausgeschenkt wie in Südbeirut, oder es bestehen strenge Regulierungen für Ausschanklizenzen wie in Dubai.

Orte wie Byblos können als Treffpunkte dienen, an denen ein integrativer Austausch zwischen Menschen internationaler, nationaler und lokaler Herkunft stattfinden kann. Die Altstadt bietet Begegnungsmöglichkeiten für Personen unterschiedlicher konfessioneller Hintergründe und politischer Anhängerschaften, was zur Entwicklung von Toleranz und Akzeptanz beitragen könnte. In zukünftigen Forschungen sollte untersucht werden, ob die neuen Konsumorte als Triebkräfte gesellschaftlicher Veränderungen im Libanon angesehen werden können.

68 L. Deeb/M. Harb, *Leisurely Islam. Negotiating Geography and Morality in Shi’ite South Beirut*, Princeton 2013.

Weiterbauen historisch geprägter Stadtstrukturen **Die Qualität des Einfügens im städtebaulichen Kontext**

1. Planungsraum „historisch geprägte Stadt“

Die ungebrochene Beliebtheit historischer Stadtquartiere sowie neuere Tendenzen zur Historisierung und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau verweisen darauf, dass gebaute Umwelt nicht nur in Bezug auf funktionale und ästhetische Eigenschaften, sondern auch im Sinne persönlicher oder kollektiver Bedeutungszuschreibungen wahrgenommen wird.¹ Der Mensch sucht stimmige Antworten auf Fragen wie: Wo komme ich her? Was ist meine Heimat? Wo gehöre ich hin? In welcher Umgebung fühle ich mich zuhause? Identität wird von Sozialisationsprozessen und psychischen Strukturen, aber auch von Elementen der Umwelt bestimmt.² In einer urbanisierten Gesellschaft ist es im Wesentlichen die gebaute Umwelt, die für Vertrautheit, Eingebunden-Sein und das Sich-Wohlfühlen ihrer Bürger von Bedeutung ist.³ Unterschiedlich in Größe und Aussagekraft liefern uns Gebäude, Straßen und Plätze eine Vorstellung der vielfältigen Vergangenheit unserer Städte. Orte mit historischer, teils ortsbildprägender Bau-substanz sind überdies optisch und haptisch erlebbare Zeugnisse der Bau- und Kultur-geschichte.

1.1. Bedeutung, Konstanz und Veränderung historischer Stadtquartiere

Aspekte des Erinnerns und des Gedächtnisses im Kontext städtischer gebauter Umwelt sind aktuell auf erhebliches Interesse gestoßen. Eine Vielzahl an Fachpublikationen zur Konstruktion und Rezeption von Erinnerung und Erinnerungsträgern in Archi-

1 J. Eyles, *Senses of Place*, Warrington 1985.

2 J. Pohl, Raumbezogene Identität als geographisches Problem, in: H. Meulemann/A. Elting-Camus (Hrsg.), 26. Deutscher Soziologentag. Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa, Opladen 1993, S. 380-383; ders., Von der agrarischen Lebensform zur postmodernen Patchwork-Identität. Die Funktion der Sozialgeographie im Wandel der Zeit, in: Münchener Geographische Hefte 78 (1998), S. 57-74.

3 P. Reuber, „Ihr parkt auf meinen Erinnerungen“ – Zur Rolle der räumlichen Umwelt für die Entstehung von Ortsbindung, in: Kölner Geographische Arbeiten 61 (1995), S. 61-93.

tektur und Städtebau⁴ verbindet aktuelle Themen der Stadtentwicklung – wie bauliche Rekonstruktion oder Konstruktion, Vermittlung und Rezeption von Stadtbildern⁵ – mit Fragen individueller und kollektiver Identitätskonstruktion.⁶ Beispielsweise wird auf der Grundlage von Diskursanalysen angenommen, dass Erinnerung und ihr verwandte Themen wie Identitäts- und Authentizitätskonstruktionen Wertmaßstäbe bei der Architekturproduktion darstellen.⁷ Weitere Forschungen betonen eine enge Verknüpfung von Ort und Gedächtnis.⁸

Die komplexen Beziehungen zwischen Ort, Identität und Erinnerung generieren die Aspekte unseres „kulturellen Erbes“ mit. Dieses, und mit ihm die historisch gebaute Umwelt, ist sozial konstruiert – soweit es durch den Denkmalschutz als solches legitimiert wurde – und beschäftigt sich weitgehend mit „selected meanings of the past in the present“.⁹ Kulturelles Erbe kann daher niemals völlig losgelöst von Identitätsanforderungen der Gegenwart betrachtet werden.¹⁰

- 4 z.B.: *B. Engmann*, Gedächtnisverlust – Wie unser Bauerbe zerstört wird. Eine Denkschrift, in: *Stadt Leipzig* (Hrsg.), *Leipziger Almanach 2009/2010*, Leipzig 2010, S. 231-242; *H.-R. Meier/M. Wohlleben* (Hrsg.), *Bauten und Orte als Träger von Erinnerung. Die Erinnerungsdebatte und die Denkmalpflege*, Zürich 2000; *M. Treib*, *Spatial Recall. Memory in Architecture and Landscape*, London 2009.
- 5 *W. Bischoff/V. Denzer*, Orte des Erinnerns und Vergessens aus geographischer Perspektive, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 83 (2009), S. 5-25; *P. Kuroczynski*, Die Medialisierung der Stadt, Bielefeld 2011; *P. Sigel*, Konstruktionen urbaner Identität, in: *B. Klein/P. Sigel* (Hrsg.), *Konstruktionen urbaner Identität. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart*, Berlin 2006, S. 13-31; *J. Sulzer*, Stadt des Erinnerns. Dresdner Neumarkt – Vormoderne im Städtebau, in *S. Brandt/H.-R. Meier* (Hrsg.), *Stadt und Denkmalpflege. Konstruktion und Rezeption von Bildern der Stadt*, Berlin 2008, S. 256-267.
- 6 *C. West*, Gedächtnis-Kultur-Raum. Zur Identitätskonstruktion der Roma („Gitanos“) in Spanien, in: *Geographische Rundschau* 59 (2007), S. 44-52; *ders.*, Memory-Recollection-Culture-Identity-Space: Social Context, Identity Formation and Self-construction of the Calé (Gitanos) in Spain, in: *P. Meusburger/M. Heffernan/E. Wunder* (Hrsg.), *Cultural Memories. The Geographical Point of View*, Dordrecht 2011, S. 104-121.
- 7 *H. Overmann/H. A. Mieg*, Städtische Transformationen erforschen. Die Diskursanalyse im Bereich Denkmalschutz und Stadtentwicklung, in *Forum Stadt* 3 (2012), S. 316-325; *A. Wesener*, The Good, the Bad, the Authentic. An evaluation of concepts, experiences, and considered values of authenticity of place in the context of the post-industrial city, Würzburg 2014; *ders.*, „This place feels authentic“: exploring experiences of authenticity of place in relation to the urban built environment in the Jewellery Quarter, Birmingham, in: *Journal of Urban Design* 21 (2016), S. 67-83.
- 8 *M. Bereks*, Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Wiesbaden 2009, S. 83; *E. S. Casey*, *Remembering: A Phenomenological Study*, Indiana 1987, S. 186-187; *T. Cresswell*, *Place: a short introduction*, Malden MA 2004, S. 85-86; *M. Csáky/C. Leitgeb*, *Kommunikation – Gedächtnis – Raum. Kulturwissenschaften nach dem ‚Spatial Turn‘*, Bielefeld 2009; *D. Hayden*, *The Power of Place. Urban Landscapes as Public History*, Cambridge 1995, S. 18; *S. Petermann*, *Verdun. Rituale machen Räume des Gedenkens*, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde* 83 (2009), S. 27-45.
- 9 *B. Graham/H. Brian* (Hrsg.), *The Ashgate Research Companion to Heritage and Identity*, Farnham 2008, S. 5.
- 10 *S. McDowell*, *Heritage, Memory and Identity*, in: *B. Graham/P. Howard* (Hrsg.), *The Ashgate Research Companion to Heritage and Identity*, Farnham 2008, S. 37-53.

Städte und Ortsteile unterliegen ständigen Veränderungen. Historisch überlieferte Bausubstanz hingegen verstetigt die Dauerhaftigkeit des Gebauten. Somit sind in Kommunen, in denen der historisch geprägte Baubestand das Stadtbild wesentlich mitbestimmt, die Herausforderungen besonders groß, neue Ansprüche hinsichtlich der Nutzbarkeit und der Nachhaltigkeit von Gebäuden, wie etwa Barrierefreiheit und Energieeinsparung, in die bestehenden Strukturen einzuweben, ohne bestehende Qualitäten aufzugeben.

1.2. Anforderungen an die Gestaltqualität

Qualitätsvolles Weiterbauen heißt, sich an erprobten Wertmaßstäben und Kriterien messen lassen zu können. „Ohne ein Konzept von ‚gutem Städtebau‘ kann es keine Bewertung von Qualität geben.“¹¹ Dies gilt sowohl für die Gestaltqualität von Gebäuden als auch deren Einbettung in den städtebaulichen Zusammenhang.

Die Definition von Gestaltqualität ist eng verknüpft mit den Begriffen Ästhetik und Schönheit. Ästhetik und Schönheit der Städte waren in nahezu allen Zeiten – spätestens seit der Antike – ein zentrales Thema. Der Schriftsteller Umberto Eco stellt eine enge Verflechtung zwischen dem Schönen und dem Guten her: „Schön‘ ist – neben ‚anmutig‘, ‚hübsch‘ oder auch ‚erhaben‘, ‚wunderbar‘, ‚prächtig‘ und ähnlichen Wörtern – ein Adjektiv, das wir oft benutzen, um etwas zu bezeichnen, das uns gefällt. Es scheint, so gesehen, als wäre das, was schön ist, identisch mit dem, was gut ist, und tatsächlich gab es in verschiedenen Epochen der Geschichte eine enge Verbindung zwischen dem Schönen und dem Guten. Wenn wir jedoch nach unserer Alltagserfahrung urteilen, neigen wir dazu, als gut nicht nur das zu bezeichnen, was uns gefällt, sondern auch das, was wir gerne hätten.“¹² In diesem Sinne betrachtet Eco die Ähnlichkeit zwischen „Schönem“ und „Gutem“ unter dem Aspekt des Verlangens nach etwas, das uns zwar gefällt, aber realiter womöglich noch gar nicht da ist. Nach Carl Fingerhuth wiederum bedeutet die Förderung der Ästhetik die Suche nach einer Stadtgestalt, die differenziert und lesbar ist.¹³ Der britische Architekturtheoretiker Sir Henry Wotton führt drei Bedingungen für gutes Bauen an: „Well building hath three conditions – commodity, firmness and delight“.¹⁴ Er hat den Begriff „Schönheit“ mit „Freude“ (engl. „delight“) übersetzt. Diese Interpretation stellt die Wirkung der Schönheit auf den Betrachter heraus. Schönheit in der Architektur entsteht aus einem komplexen Zusammenwirken verschiedener Merkmale des Gebäudes: der Angemessenheit der Lösung, der Beziehung zu Ort und

11 H. Bodenschatz, Städtebau. Auf der Suche nach der verlorenen Qualität, in: RaumPlanung 175 (2014), S. 9-13.

12 U. Eco, Die Geschichte der Hässlichkeit, München 2007, S. 8.

13 Vgl. C. Fingerhuth, Learning from China. Das Tao der Stadt, Basel 2004.

14 H. Wotton, The elements of architecture, Amsterdam 1970 [1624]; vgl. hierzu auch: www.buildingconservation.com/articles/design/design.htm [07.07.2016].

Kontext, dem Umgang mit Licht und Raum, Proportion und Tektonik und schließlich Material und Konstruktion.

Die gebaute „schöne Stadt“ ist mehr als eine Addition guter Architekturen. Parameter wie Funktionalität, die Mischung der Nutzungen, die städtebauliche Körnung und Maßstäblichkeit, die Gestalt der öffentlichen Räume, der Bezug zu den lokalen Prägungen und der Umgang mit der Historie tragen dazu bei, dass individuelle Stadtquartiere von hoher Alltagstauglichkeit und urbaner Atmosphäre entstehen und erhalten bleiben, die als attraktive Wohnstandorte angenommen werden.

Das Verständnis und die Beurteilung von Gestaltqualität unterliegen Veränderungen, die einerseits aus Erfahrungen und Entwicklungen in unterschiedlichen historischen Epochen resultieren und andererseits dem Zeitgeist und dem gesellschaftlichen Konsens geschuldet sind. Im Städtebau spiegeln sich gesellschaftliche Entwicklungen und Strömungen einer jeden Zeit: „Im Ergebnis ist daher ablesbar, was einer Periode wirklich wichtig war.“¹⁵ Nach den Entwicklungen der Nachkriegsmoderne und der anschließenden Wiederentdeckung und Akzeptanz der Denkmalpflege in den 1970er Jahren erscheint es heute selbstverständlich, behutsam mit dem historischen Erbe umzugehen. In zahlreichen historisch geprägten Städten haben sich gestalterische Qualitäten bis heute erhalten und entfalten können. Diese Strukturen mit abgestimmter Steuerung und sensiblen Planungen zu sichern und zukunftsfähig weiterzubauen ist die Aufgabe des Städtebaus und der Denkmalpflege. Zudem gewinnt „vor dem Hintergrund einer zunehmenden Nachfrage nach urbanen Wohnstandorten [...] eine Qualitätsoffensive zur Stadtgestaltung an Relevanz.“¹⁶

1.3. Auf der Suche nach einem qualitätsvollen Weiterbauen

Vor dem Hintergrund aktueller Anforderungen an das Weiterbauen historisch geprägter Stadträume war es ein Ziel der diesem Beitrag zu Grunde liegenden Untersuchung, zu ermitteln, ob sich anhand bereits realisierter „guter“ Beispiele qualitative Aspekte nachvollziehen und verallgemeinern lassen. Anhand von Falluntersuchungen sollten allgemeingültige Kriterien für ein qualitätsvolles Bauen im historischen Kontext abgeleitet werden. In einer umfassenden Recherche wurden insgesamt 147 Neubauprojekte zusammengetragen, die innerhalb eines historisch geprägten Umfeldes realisiert wurden und sich durch ein hohes Maß an architektonischer und baukultureller Qualität auszeichnen.¹⁷ Im Fokus standen Projekte, die im Zeitraum zwischen 1991 (Beginn des

15 G. Curdes, Stadtstruktur: Stabilität und Wandel. Beiträge zur stadtmorphologischen Diskussion, in: Politik und Planung 22 (1989), S. 3-25.

16 K. Hackenberg, Baukultur in der kommunalen Praxis. Akteure, Instrumente und Strategien der Stadtgestaltung in einer schrumpfenden Stadt, Berlin 2015, S. 219.

17 Medienrecherche (Bücher, Fachzeitschriften, Veröffentlichungen, Internet), Recherche und intensive Kontaktaufnahme zu zahlreichen Kommunen, Architekten, Projektinitiatoren und Akteuren im The-

Förderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz) und 2011 im Bundesgebiet entstanden sind. Damit der Fokus der Untersuchung weiterhin auf der „historisch geprägten Stadt“ als Planungsraum mit ihren Zentren und Stadtquartieren lag, wurden in einem nächsten Schritt nur Objekte weiter betrachtet, die in einer Stadt mit mindestens 10.000 Einwohnern entstanden und in einem unmittelbaren historischen Kontext angesiedelt sind. Das Ergebnis zeigte Projekte, die insbesondere aufgrund ihrer städtebaulichen Bezüge, der Maßstäblichkeit und Proportion im jeweiligen Kontext besondere Qualitäten aufweisen.

Auf dieser Projektbasis und in Anbetracht fehlender (und allgemein anerkannter) qualitativer Evaluierungs-Indikatoren wurden qualitative Bewertungskriterien erarbeitet, die die weitere Untersuchung geleitet haben.¹⁸ Dabei spielten auch die Verfahren im Planungs- und Bauprozess sowie die Gebrauchs- und Funktionsfähigkeit der Objekte eine wichtige Rolle. Dieser Schritt erfolgte im Austausch mit Experten verschiedener Fachrichtungen, um triftige Untersuchungsaspekte herauszuarbeiten und zu schärfen. Drei Hauptfragen standen bei diesem Prozess im Vordergrund:

1. Welche Merkmale kennzeichnen einen qualitativ vollen Neubau in einem historisch geprägten Umfeld?
2. Können daraus allgemeingültige Kriterien abgeleitet werden hinsichtlich des städtebaulichen Kontextes, der Höhenentwicklung und der Gestalt?
3. Lassen sich Prozesse und Instrumente identifizieren, die Hilfestellung bei der Vorbereitung, der Planung und der Durchführung von Neubaumaßnahmen in historisch geprägter Umgebung bieten und somit qualitativ vollen Neubauten befördern?

Ausgehend von diesen Leitfragen wurden die Projekte einer vertiefenden Untersuchung unterzogen. Im folgenden Kapitel werden die Merkmale und Kriterien näher erläutert, die als qualitativ stärke identifiziert wurden.

2. Merkmale für ein qualitativ volles Weiterbauen

Die systematische Betrachtung und anschließende Kategorisierung und Bewertung ausgewählter Projekte haben gezeigt, dass Projekte, die das Prinzip der „sensiblen Einfügung“ am jeweiligen Ort unterstützen, grundsätzlich mit einer besonderen städtebaulichen Qualität einhergehen. Dabei ist weder die Art der Gebäudenutzung noch

menbereich. Auswahl von Projekten, die sich durch Wettbewerbsverfahren, Veröffentlichungen, etc. profilierten. Mitwirkung neben den Autoren: Thorsten Schauz.

¹⁸ Der wissenschaftliche Ansatz zu den Einflussfaktoren und zur Messbarkeit von Baukultur wurde im Prozess berücksichtigt; vgl. hierzu u.a.: *BMVBW, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen* (Hrsg.), Statusbericht Baukultur in Deutschland. Ausgangslage und Empfehlungen, unter Mitarbeit von *Gert Kähler*, Berlin 2001.

die Größe der Baumaßnahme ausschlaggebend. Im Rahmen der Untersuchung kristallisierten sich für städtebaulich qualitätsvolle Neubauprojekte in historisch geprägten Quartieren grundlegende Qualitätskategorien heraus, die in den folgenden Unterabschnitten weiter erläutert werden: Neben der Einbindung in den städtebaulichen Kontext (2.1) wurden die Ausgestaltung der Höhenentwicklung (2.2) und die gestalterische Ausbildung des Baukörpers (2.3) als Gestaltungsparameter identifiziert. Hinzu kam der Aspekt der Gebrauchsfähigkeit baulicher Anlagen (2.4), sowohl bezogen auf das Objekt selbst als auch in seinem stadträumlichen Kontext.

Zudem hat sich gezeigt, dass eine frühe Einbindung städtischer Fachämter in den Planungsprozess, insbesondere der Denkmalpflege, die Qualität der Ergebnisse begünstigen kann – ebenso die bedarfsgerechte Auswahl der Verfahren vom Entwurf bis zur Ausführung. Die Instrumente der Gestaltsicherung (2.5) sowie die jeweils gewählte Kommunikationsstrategie (2.6) waren maßgeblich dafür, dass abgestimmte Planungs- und Handlungsstrategien für Neubauprojekte entstehen konnten, die auf den jeweiligen Ort ausgerichtet wurden.

2.1. Einbindung in den städtebaulichen Kontext

Die Art und Weise wie ein Neubauprojekt auf den umgebenden städtebaulichen Kontext eingeht, folgt verschiedenen Aspekten. Sensibel und bewusst eingefügte Bauwerke schreiben die vorhandenen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten der Stadt fort, weil sie die Eigenart der Umgebung reflektieren und darauf „antworten“.

Örtliche Bautraditionen bestimmen den Maßstab im Stadtgrundriss, das Verhältnis von Straße und Platz zu Gebäude oder Gebäudegruppe. Dies wirkt sich auch auf die Körnigkeit zwischen kleinteiliger und großmaßstäblicher Bebauung aus; maßgeblich ist der Zuschnitt der Parzellen. Mit einem guten Neubau können konfliktfreie Übergänge zwischen dem privatem und dem öffentlichen Raum geschaffen werden, die das soziale Leben und die Atmosphäre in einer Stadt bereichern. Die Bauflucht und die Gebäudestellung sind wichtige Parameter, die auch die städtebauliche Situation im Umfeld beeinflussen.

2.2. Höhenentwicklung

Die dritte Dimension beschreibt die Höhenentwicklung und prägt die Silhouette der Stadt. Gebäudehöhen sind daher eine zentrale Dimension des Einfügens. Die Qualität eines Neubaus hängt davon ab, wie dieser sich an den Trauf- und Firsthöhen der angrenzenden Bauten orientiert oder auf markante Gebäude im weiteren Umfeld Bezug nimmt. Die so genannte „fünfte Fassade“ eines Neubaus, das Dach, hat eine besondere Rolle in historisch geprägter Umgebung. Auch hier zeigt sich, ob ein Neubau sich in die Dachlandschaft des Kontextes einfügt und die spezifischen Eigenarten stärkt. Die Beachtung der historischen Stadtsilhouette sowie die Berücksichtigung vorhandener

wichtiger Blickbeziehungen und Blickachsen sind ebenso Qualitätskriterien wie die Option, dem Stadtbild einen neuen positiven Impuls hinzuzufügen.

2.3. Gestalt

Die Qualität des Einfügens wird durch die architektonische Prägung des Bauwerks bzw. der Gestalt des neuen Gebäudes bestimmt. Letztendlich ist der gelungene Entwurf mehr als eine Addition von guten Einzelkriterien: Aus den umgebenden Gebäuden lassen sich Gesetzmäßigkeiten in Hinblick auf Proportion und Fassadengliederung ableiten, die sich durch das Verhältnis des Ganzen zu seinen Teilen definieren. Besonderheiten des Ortes können im Fassadenaufbau, in Gliederungselementen wie Sockel und Gesimsen oder in der Anordnung von Fensteröffnungen aufgenommen werden. Gleichzeitig können neue gestalterische Akzente den zeitgemäßen Ausdruck des neuen Gebäudes unterstreichen. Mit der Entscheidung, vorhandene Materialien der Bestandsbebauung im Neubau aufzugreifen, kann die Identität eines Orts gestärkt und eine harmonische Situation fortgeschrieben werden. Der bewusste Rückgriff auf lokale Bautraditionen und bautechnische Details kann qualitätssteigernd sein und im Zusammenspiel mit zeitgenössischen Materialien neue Akzente setzen.

2.4. Gebrauchsfähigkeit

Die Gebrauchs- und Funktionsfähigkeit des neuen Gebäudes hat für die Nutzer einen hohen Stellenwert. Zudem kann die „richtige“ Nutzung eine wesentliche Stellschraube zur Belebung eines historischen Ortes sein sowie Akzeptanz und Aneignung fördern. Ein Neubau bietet die Möglichkeit, ein zeitgemäßes Raumangebot mit neuen Nutzungsqualitäten in den historischen Kontext einzuweben und gegebenenfalls ein historisches Bauwerk in diese Nutzungen einzubeziehen. So können Antworten auf ökologische, ökonomische und soziale Anforderungen auch im historischen Kontext gefunden und Beiträge zur Innenentwicklung geleistet werden.

2.5. Instrumente zur Gestaltsicherung

Die vielfältigen Bezüge eines Neubaus zu seiner historischen Umgebung machen bedachte Verfahrensabläufe mit differenzierten flankierenden Maßnahmen in der Planungsphase und bei der Umsetzung des Entwurfs notwendig. Als bewährte Richtschnur haben sich in mehreren untersuchten Fällen Satzungen erwiesen, die für alle Vorhaben Gestaltqualität einfordern. Über die Sicherung von Bau- und Bodendenkmalen hinaus definiert der in den Denkmalsgesetzen der Länder verankerte Städtebauliche Denkmalschutz Leitlinien für eine werterhaltende Weiterentwicklung der Stadtgestalt. Formelle Instrumente (z.B. der Bebauungsplan, der neben der städtebaulichen Figur und Kubatur auch gestalterische Festsetzungen enthalten kann) werden im Idealfall durch informelle Instrumente ergänzt.

Informelle Instrumente wie Gestaltungsfibeln oder beratende Gremien wie Gestaltungs- oder Architektenbeiräte unterstützen und befördern den baukulturellen Dialog auf unterschiedlichen Ebenen. Aus fachlicher Perspektive können Beiräte konkret auf Projekte eingehen und somit wesentlich zur Qualitätssicherung beitragen. Fibeln richten sich in der Regel an Eigentümer und Nutzer; sie veranschaulichen gute Beispiele des Weiterbauens in allgemein verständlicher Sprache.

Wettbewerbs- und Qualifizierungsverfahren können den Prozess der Gestaltsicherung schon im Entwurf unterstützen, insbesondere wenn sie gut vorbereitet und kompetent durchgeführt wurden. Idealerweise erfolgt im Anschluss eine Begleitung des Planungs- und Verfahrensprozesses von kommunaler Seite, gemeinsam mit allen Beteiligten, den Denkmalbeauftragten, den Planern und Nutzern.

2.6. Kommunikation: Information und Mitwirkung

Im engen Geflecht bestehender sozialer, kultureller und baulicher Gegebenheiten in den Stadtquartieren wirken sich Veränderungen deutlich spürbar aus. Immer häufiger formiert sich Widerstand vor allem dann, wenn Verfahren nicht von Beginn an transparent gemacht werden. Um die Akzeptanz eines Neubaus zu stärken, können parallel zum Planungsprozess kontinuierliche Informationen unterstützend wirken, und eine aktive Kommunikation vermag das Interesse der Öffentlichkeit an der Fortentwicklung ihrer Stadt zum positiven Impuls für mehr Stadtkultur werden zu lassen.

Eine partizipatorische Einbindung baut auf den persönlichen Erfahrungsschatz und die Wahrnehmung der Stadtbewohner auf. Sie ermöglicht eine Stadtbildanalyse „von unten“, bisweilen auch mit unerwarteten Bedeutungszuweisungen, z.B. in Bezug auf wahrgenommene Authentizitätskonstrukte im Zusammenhang mit baulichen Strukturen.¹⁹

3. Beispiele gelungener Einfügung

Aus dem Pool der untersuchten Objekte werden im Folgenden drei Projekte vorgestellt, die beispielhaft einige der genannten Merkmale des „qualitätvollen Weiterbauens“ veranschaulichen.

3.1. Bebauung „Ulmer Tor“ in Biberach an der Riß

Beispiel für die Anwendung unterschiedlicher formeller und informeller Instrumente

Am Rand der mittelalterlich geprägten Altstadt von Biberach befindet sich heute ein Ensemble aus vier Geschäftshäusern. Dort wo ehemals die mittelalterliche Stadtmauer

¹⁹ Vgl. A. Wesener (s. A 7).



Abb. 1: Das „Ulmer Tor“ in Biberach an der Riß; Foto: *zach + zünd, architekten gmbh bsa sia*, Zürich.

mit vorgelagertem Graben entlangliegend und direkt neben dem denkmalgeschützten Stadttor, wurden 2003 diese neuen Büro- und Geschäftshäuser errichtet. Sie fungieren als Begrenzung und Bindeglied zwischen der geschlossenen mittelalterlichen Altstadtbebauung innerhalb der Stadtmauer und der heterogenen Bebauung außerhalb. Um diesen die Stadtstruktur fortschreibenden Neubauriegel bauen zu können, wurden in Abstimmung mit der Stadt und der Denkmalbehörde Ausnahmen von der Stadtbildsatzung, die für das gesamte Altstadtgebiet gilt, zugelassen.

Der Geschäftshauskomplex besteht aus einem Langhaus, das die Stadtmauerflucht als raumbildenden Abschluss für die Altstadt aufnimmt und drei zueinander leicht verdrehten Punkthäusern, die sich in ihrer Architektursprache an die frühere kleinteilige Bebauung anlehnen. Auch die Freiraumgestaltung greift ehemals vorhandene Strukturen auf und entwickelt sie neu. Vor dem Ulmer Tor liegt ein steinerner Platz mit angemessen proportioniertem Freibereich, der die unterschiedlichen Verkehrsströme lenkt. Ein Grünbereich zwischen Riegel und Punkthäusern erinnert an die früheren Gärten vor der Stadtmauer. Die Nutzung der Gebäude als Büro- und Geschäftsflächen stärkt den Innenstadtzugang als Handelsstandort.

Für den Bereich der mittelalterlich geprägten Innenstadt hat die Stadt Biberach auf der Grundlage einer umfassenden Stadtbildanalyse ihre Stadtbildsatzung fortgeschrieben. Mit Hilfe dieser Basis und gemeinsam mit dem Gestaltungsbeirat entstand eine

„Handlungsstrategie Innenstadt“, die geeignet ist, die Qualität von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen zu sichern. Zudem unterstützt die Kommunikation über Qualitätsziele in der Stadtöffentlichkeit und die Präsentation guter Beispiele die Diskussion über Bau- und Stadtqualität innerhalb der Stadtgesellschaft mit gutem Ergebnis.

3.2. Rathausenerweiterung in Brackenheim

Beispiel für einen konsequent transparenten Planungs- und Realisierungsprozess

Die Rathausenerweiterung entstand in den Jahren 2008-2011 und schließt an das denkmalgeschützte barocke Rathaus der Stadt auf einem zuvor als Parkplatz genutzten Grundstück an. Zusammen mit dem Alten Rathaus bildet der Neubau nun einen U-förmigen Komplex, der den neu entstandenen Rathausplatz umschließt. Bürgerbüro und Bürgersaal füllen die beiden Etagen des transparent gehaltenen Verbindungstraktes zum dreigeschossigen neuen Verwaltungsbau. Dessen zweischaliges Mauerwerk mit gelblicher Ziegelverblendung nimmt die Farbigkeit der Putzflächen am Alten Rathaus auf. Viergruppen stehender Fenster sind so aus der Mitte verschoben, dass sie in der Schrägsicht vom gegenüber liegenden Marktplatz aus deutlich zu sehen sind und dem neuen Haus ein Gesicht geben. Die Neubaumaßnahme ließ den Altbau unangetastet, und mit dem Neubau gelang eine behutsame Einbettung in den Bestand als unauffälliges „Weiterbauen“. Gleichwohl tritt nun das Alte Rathaus mit seinem geschweiften Krüppelwalmdach als singulärer Bau stärker in Erscheinung.

Nachdem eine frühere Planung wegen eines Einspruchs der Denkmalbehörde gescheitert war, wurde ein breit angelegtes transparentes Verfahren, beginnend mit einem zweistufigen, europaweiten Planungswettbewerb eingeleitet. Der begleitende Diskurs umfasste ein Internetforum mit Informationen seitens der Stadt und substanziellen Beiträgen aus der Bevölkerung, die in Detailentscheidungen einfließen. In der Folge



Abb. 2:
Brackenheim, Rathaus-
erweiterung (im Hintergrund);
rechts das alte Rathaus;
Foto: G. Escher.

fand nicht nur der Neubau völlige Akzeptanz, es kamen sogar im unmittelbaren Umfeld auch Renovierungen von privater Seite in Gang. Insgesamt ist durch den maßvollen Neubau mit seiner gezielten Einbettung in den öffentlichen Raum das Ortszentrum in seiner historischen Prägung spürbar aufgewertet worden.

3.3. Kaufhaus in Regensburg

Beispiel für eine hervorragende Gebrauchsfähigkeit im stadträumlichen Kontext

Inmitten des Kernbereiches der Altstadt von Regensburg wurde im Jahr 2000 ein Geschäftsgebäude als Ersatzneubau errichtet. Die historisch dichte Umgebungsbebauung entstammt in ihrem heutigen Erscheinungsbild unterschiedlichen Zeit- und Stilepochen. Direkt gegenüber der spätgotischen Hallenkirche St. Kassian gelegen flankiert das Kaufhaus den Kassiansplatz mit einer sensiblen und zurückhaltenden Auffälligkeit. Mit hoher Besucherfrequenz durch Einheimische und Touristen gehört der Standort zum zentralen Einzelhandelsbezirk der Stadt.

Realisiert wurde ein geschlossener, dreigeschossiger Kubus mit Satteldach und mehreren Eingängen. Der Neubau folgt konsequent der disparaten Geometrie des Ortes in Grundriss und Aufriss, dem abschüssigen Gelände, der unterschiedlichen Nachbarbebauung und nimmt deren Flucht- und Trauflinien auf. Zurückhaltend in Farbe und Form bestechen die Fassaden durch das sorgfältig gearbeitete Ziegelmauerwerk. Der Verzicht auf Dachüberstände macht den ganzen Baukörper zum geschlossenen Kubus, der sich verschoben aus der gewohnten orthogonalen Geometrie passgenau und mit hervorragender Wirkung städtebaulich und gestalterisch in die Umgebung einfügt.

Durch die Vorgabe der Stadt, bei Erneuerungen innerhalb der Regensburger Altstadt die bestehenden Außenmauern und Proportionen der Gebäude zu erhalten und als Grundlage für die weiteren Planungen zu verwenden, wurde letztlich der Erhalt der städtebaulichen Struktur in ihrer mittelalterlich geprägten Kleinteiligkeit gesichert. Seitens der Stadtverwaltung bestehen Angebote zur Sicherung und Qualifizierung des Stadtbildes. Dazu zählt die obligatorische Beratung bei Fassadenrenovierungen und bei der farblichen Neufassung von Gebäuden durch eine Expertenkommission sowie die Prüfung aller wesentlichen Um- und Neubauten im Ensemblebereich durch einen



Abb. 3: Neubau eines Kaufhauses in Regensburg; Foto: M. Leyser-Droste.

unabhängigen Gestaltungsbeirat. Dieser wirkte bei der Anpassung der Planungen für den Neubau des Textilkaufhauses entscheidend mit. Durch den Neubau des Kaufhauses an zentraler Stelle des historischen Zentrums wurde die Funktionsfähigkeit der Altstadt als Handelsstandort gestärkt und ausgebaut.

4. Handlungsansätze und Empfehlungen für die Praxis

Bei der Betrachtung und Bewertung der Fallbeispiele kristallisierten sich zentrale Handlungsfelder heraus, die dazu beitragen können, neues Bauen im historischen Kontext zu befördern. Ein qualitätsvolles Weiterbauen kann insbesondere dann erreicht werden, wenn ein integriertes Vorgehen innerhalb einer Rahmenkonzeption erfolgt, aufbauend auf Stadtbildanalysen, nach ortsspezifischen Bestandsaufnahmen gehandelt wird und eine Beteiligungskultur und Kommunikationsstruktur das Handeln flankiert. Diese Ansätze bieten eine Grundlage, die gemäß der örtlichen Gegebenheiten und konkreter Fragestellungen ausformuliert, ergänzt, modifiziert und miteinander verknüpft werden können.

4.1. Integriertes Vorgehen

Die Einbindung von Neubauvorhaben in übergeordnete Planungsstrategien im Sinne einer „integrierten Stadtentwicklung“ bietet eine wesentliche Basis zur Ermittlung von tragfähigen Lösungen. Ein Strategiekonzept, das in vorausschauender Abstimmung interdisziplinär mit den Fachämtern und externen Experten erstellt wird, hilft den historischen Bestand zu sichern und perspektivisch zu entwickeln. Der historische Bestand kann so als eine Art „Ausgangsschicht“ dargestellt und in das Stadtentwicklungskonzept als Grundlage eingebracht werden.

Zielvorgaben zur Sicherung des historischen Bestandes und dessen qualitätsvolle Einbindung, ohne neue Anforderungen an städtische Funktionen zu vernachlässigen, sind explizite Signale für ein im stadträumlichen Zusammenhang entwickeltes Weiterbauen. Hierbei ist die Mitwirkung unterschiedlicher fachlicher Expertisen ebenso sinnvoll wie die Einbindung der Bürgerschaft in die Erarbeitung von Strategien und Handlungskonzepten.

Im Rahmen eines solch integrierten Vorgehens wird die Qualität von Neubaumaßnahmen in historisch geprägten Stadtstrukturen befördert wenn:

- dem historischen Bestand innerhalb übergeordneter Planungsstrategien und integrierten Stadtentwicklungskonzepten ein großer Stellenwert eingeräumt wird;
- Gestaltungswille und Gestaltungsqualität als Ziele innerhalb der städtebaulichen Rahmenplanung positioniert sind, und
- der „Rahmen“ definiert ist, in den sich die neuen Gebäude einfügen sollen.

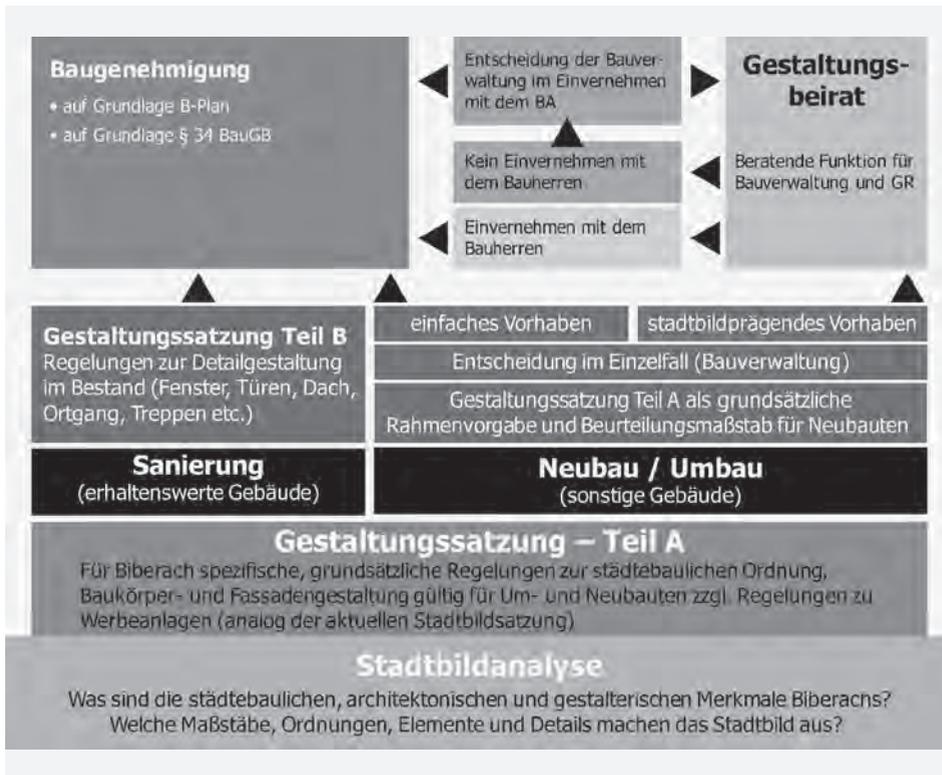


Abb. 4: Strategiemodell Qualitätsoffensive Innenstadt, Biberach/Riß.

4.2. Stadtbildanalysen und ortsspezifische Bestandsaufnahmen

„Jede städtische Planung macht eine Analyse des Betrachtungsgebietes erforderlich.“²⁰ Eine Analyse der Bestandssituation ist mehr als die Darstellung der bestehenden Gebäude im Stadtgrundriss. Sie ist eine Art „Ortskunde“, die herausarbeitet, wie die historischen Entwicklungsphasen die Raumstruktur und den Baubestand in einem Stadtgebiet verändert haben und welche besonderen Merkmale das Bild der Stadt prägen.

Eine fundierte Analyse der bestehenden Situation mit dem Fokus auf das Stadtbild stellt die historischen Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten der Gegebenheiten dar, betrachtet die gebauten Strukturen, deren Körnigkeit und raumbildende Wirkung, wichtige Blickbeziehungen und Blickachsen, Verteilung der Funktionen, Baumaterialien und regionaltypische Bautraditionen. Die Bestandsanalyse in Form einer ortstypi-

20 G. Schwalbach, Stadtanalyse, in: basics (2009), S. 9.

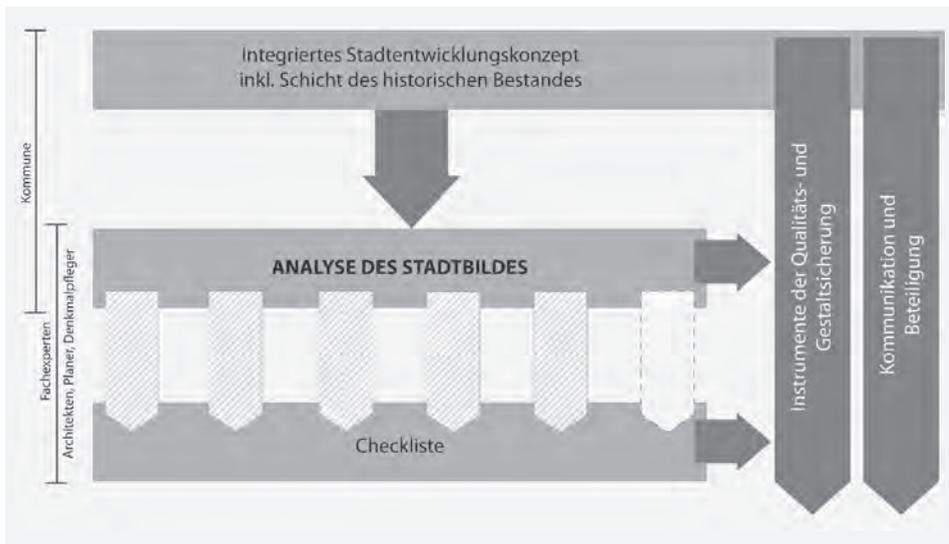


Abb. 5: Skizze zu einem integrierten Planungsansatz; Grafik: M. Leyser-Droste / Chr. Reicher; Layout: Th. Schauz.

schen Stadtbildanalyse kann sowohl auf übergeordneten Planungsstrategien im Sinne einer „integrierten Stadtentwicklung“ aufbauen, als auch eine eigenständige Herangehensweise zur Erfassung von charakteristischen Merkmalen darstellen. Sie kann zudem helfen, einzelne Aspekte für die Einfügung von Neubauvorhaben nachvollziehbar herauszustellen – auch in der Bauberatung.

Die Ortsanalyse ist gleichzeitig eine Spurensuche, die die Bewohner einer Stadt dazu einlädt, über die eigene Vergangenheit und die Identität ihres Wohnortes konstruktiv nachzudenken.

4.3. Instrumente, Beteiligung und Kommunikation

Eine bedarfsgerechte Auswahl von Instrumenten der Gestaltsicherung ist elementar. Denn gute Ergebnisse sind nur dann gewährleistet, wenn eine frühzeitige und breit getragene Verständigung über Ziele in Planungs- und Bauprozessen diskutiert und umgesetzt wird. Formelle und informelle Instrumente zur abgestimmten Sicherung von Gestaltqualität können sein:

- Bereichssatzungen im Sinne der Denkmalsetze und Satzungen im Ortsrecht wie Gestaltungssatzungen, Sanierungssatzungen u.ä.,
- Verankerung von Gestaltungsqualität in übergeordnete Planungsstrategien, z.B. in städtebaulichen Rahmenplanungen,

- Stadtbildpläne, Gestaltungshandbücher, Gestaltungsfibeln, Höhenkonzepte,
- Mitwirkung von Gestaltungsbeiräten, Quartiersarchitekten, Kommunalberatungen sowie Planungsteams mit interdisziplinären Fachqualifikationen,
- Konkurrierende Verfahren wie Wettbewerbe, Gutachterverfahren oder Mehrfachbeauftragungen.

Um die Qualität von Neubaumaßnahmen und deren Akzeptanz gleichermaßen zu fördern, wird es immer wichtiger, Kommunikation und Akteursbeteiligungen in den Verfahren zu stärken, Transparenzen herzustellen, Optimierungsprozesse durch Austausch von Erfahrungen in Gang zu halten und die Ergebnisse auch öffentlich zu präsentieren, um Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Im einem laufenden Verfahren kann das Erfahrungsnetzwerk der Programmstädte des Städtebaulichen Denkmalschutzes hilfreich sein. Darüber hinaus ist es qualitätsfördernd, sinnvolle qualitätssichernde Verfahren auszuwählen, die den Planungs- und Realisierungsprozess begleiten und gleichzeitig Strategien der Kommunikation und Partizipation zu entwickeln, um die Fachexperten und die Öffentlichkeit in Gestaltungsdialoge einzubinden.

5. Resümee

Auf der Grundlage der untersuchten Beispiele konnten Qualitätsmerkmale und Instrumente erarbeitet werden, die sowohl den Zielen des Städtebaulichen Denkmalschutzes als auch den stadtentwicklungsspezifischen Anforderungen der Kommunen gerecht werden können. Differenzierte Kriterien für ein qualitätsvolles Einfügen von Neubauten lassen sich anhand der Analyse des Bestands ableiten. Zugleich hat die Untersuchung der Fallbeispiele deutlich gemacht, welche Prozesse zur Gewährleistung von qualitätsvollen Bauen hilfreich sind, auch wenn diese im Einzelfall zu modifizieren und abzuändern sind.

Gute Neubauten sind immer für einen konkreten Ort entworfen und nehmen Bezug auf den *genius loci*, den Geist des Ortes, seine Geschichte und Identität. Sie fügen sich in den Gesamtkontext ein und stärken auf diese Weise den Standort hinsichtlich seiner historischen und ökonomischen Kraft.²¹ Sie reagieren in Körnigkeit und Maßstäblichkeit auf lokal typische Stadtbausteine und ergänzen sie, ohne sich anzubiedern.

21 „Successful places are distinctive and memorable. All the elements of the built environment work together to create a character that reflects the identity of the place and its community. When new shops and houses are identical to those in every other town, a place risks weakening its connection with its history and losing the things that make it stand out when competing for investment and skilled people“; CABE, Seven principles of good design, vgl. www.cabe.org.uk/councillors/principles [04.07.2016].

Gleichzeitig spielt der gelebte, soziale Raum eine große Rolle in Bezug auf die Wahrnehmung und Interpretation historischer Stadtlandschaften. Dabei bilden partizipatorische Prozesse, die aus Erfahrung, Wahrnehmung, Interpretation, Erinnerung und gelebter Realität der Bewohner schöpfen ein großes Potential, das oft nur unzureichend genutzt wird. In letzter Zeit haben internationale Untersuchungen daher auch ausgelotet, welche Chancen partizipatorische Ansätze und „bottom-up“-Initiativen bieten und wie diese effektiv in die städtebaulichen Planungsprozesse einbezogen werden könnten.²² Informelle und formelle Instrumente der Gestaltsicherung sowie materielle Produkte aus Stein, Holz und Zement sind für die Weiterentwicklung historischer Orte ebenso bedeutsam wie die unverzichtbare Kommunikation und Mitwirkung vielfältiger Akteure am erfolgreichen Weiterbauen historisch geprägter Stadtstrukturen.

22 Vgl. z.B. S. Alcántara/N. Bach/R. Kuhn/P. Ullrich, *Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren*, Wiesbaden 2016; F. Behr/S. Alcántara/B. Ahaus, *Partizipation als Trumpf?*, in: *planung-neu-denken* (pnd online) 1/2016: www.planung-neu-denken.de/ [07.07.2016]; R. Frisk/T. A. Due/Y. Pilehchian, *Building Cities With People. Democratic Urban Design. Co-Creating Cities: the process of citizen involvement in urban design practice through innovative and new technologies*, in: *Peer-reviewed conference proceedings of the 8th International Urban Design Conference, Brisbane, Queensland, Australia* (2015), S. 102-123; A. Wesener, *Temporary urbanism and urban sustainability after a natural disaster: transitional community-initiated open spaces in Christchurch, New Zealand*, in: *Journal of Urbanism* 8 (4/2015), S. 406-422.

Partizipation in Wien7

1. Einleitung

Partizipation ist in der Stadtentwicklung und Stadtpolitik ein viel verwendeter, auch viel strapazierter, vielleicht auch schon zum Teil abgenutzter Begriff. Mit zunehmenden Ansprüchen und Erwartungen an öffentliche Räume durch unterschiedliche Formen gesellschaftlicher Nutzung erleben Mitgestaltung und Mitbestimmung jedoch eine gewisse Konjunktur – verbunden mit neuen Formen der Kommunikation. Anlass genug, um die Teilhabe der Bevölkerung an Prozessen der „Grätzl“-Entwicklungen¹ erneut zu reflektieren, veränderte Rahmenbedingungen einzubeziehen und anhand des Wiener Bezirks Neubau aktuelle Beispiele der Mitgestaltung aufzuzeigen. Das Ziel des Beitrags liegt somit im Aufzeigen partizipativer Prozesse in Wien7, sowohl rückblickend wie ausblickend, nicht jedoch ohne entsprechende Einbettung in bestehende Rahmenkonzepte von Wien und in gewachsene innerstädtische Strukturen, die für diesen Bezirk typisch sind.

2. Kurzportrait Wien7

Die Fläche des Bezirks Neubau² besteht zu 72% aus Bauflächen und zu 25,2% aus Verkehrsflächen, womit nur noch 2,8% für Grünflächen übrigbleiben, die jedoch nicht alle öffentlich nutzbar sind. „Grün“ ist der Bezirk hingegen politisch; seit 2001 stellen die Grünen den Bezirksvorsteher. Wien Neubau ist – nach Margareten – der am dichtesten verbaute Bezirk von Wien, mit seit 2001 kontinuierlich wachsender Bevölkerung und gleichzeitig kontinuierlich abnehmender Anzahl an PKW-Zulassungen. Der Anteil der Bezirksbewohner³ mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft lag 2014 bei einem Viertel, Tendenz wachsend; somit liegt Neubau über dem Schnitt Wiens. Auch sind die Neubauer Bürger weniger häufig katholisch und seltener verheiratet als anderswo in Wien. Mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerung im Alter der

1 „Grätzl“ sind in Wien Teile von Wohnbezirken. Ein Grätzl umfasst meist mehrere Häuserblöcke, jedoch gibt es für diese kleinsten städtischen Einheiten keine offiziellen Grenzziehungen. Ein Bezirksteil kann mehrere Grätzl umfassen; vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%A4tzl> [09.07.2016].

2 Vgl. statistische Angaben unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Neubau_\(Wien\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Neubau_(Wien)) [14.10.2015].

3 Sämtliche personenbezogene Bezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

20-39-Jährigen (2013: 38,3% / Wien 30,9%) entspricht Neubau größtenteils dem klassischen Klischee eines gentrifizierten Stadtteils mit signifikant hoher innerstädtischer Nachverdichtung im Segment der Dachgeschosse, wenngleich es auch innerhalb des Bezirks Unterschiede und Grätzlbildungen gibt.

Es wäre zu einfach zu sagen, dass allein der Leidensdruck hinsichtlich wenig verfügbarer (Grün-)Flächen das Bedürfnis nach Mitgestaltung erhöht, vielmehr ist es der strukturelle und gesellschaftliche Mix, der Partizipationsprozesse tendenziell eher fördert als hindert. Die vielzitierte Kreativität im Bezirk ließe sich auch empirisch belegen: mit dem Filmviertel nach dem Ersten Weltkrieg, der höchsten Therapeutendichte Wiens, Clustern der Textilbranche, Architekturbüros und Medienunternehmen, neuen Formen der Arbeitsorganisation in Co-Working-Spaces, EPU's und einer sich selbst permanent erneuernden „Beisl“-Szene.⁴ Auch der Branchenmix ist für eine innerstädtische Lage trotz der Mariahilfer Straße als angrenzender Einkaufsstraße beeindruckend. Die Hinterhöfe sind Standorte für vielfältige Unternehmen, Künstler und Kulturschaffende, wie schon in einer Studie 2005 zu den Nutzungsansprüchen im öffentlichen Raum Neubaugasse festgehalten wurde.⁵

Diese Eckdaten sind im Kontext der Forschung zu partizipativen Prozessen nicht irrelevant, wenn es darum geht, das „Soziale Kapital“⁶ zu unterscheiden, welches zwischen „Bonding“ (dem „exkludierenden sozialen Kapital“, wie z.B. in Gated Communities gelebt) und „Bridging“ (einer inkludierenden Wirkung im Mikrokosmos Stadtviertel) liegt. Gentrifizierte Stadtviertel sind in der Regel Viertel der Übergänge und Widersprüche, die zwar zunehmend exklusiven Charakter haben, der z.B. durch steigende Immobilienpreisentwicklungen leicht sichtbar wird, bieten jedoch auch vielfältige Möglichkeiten der Kommunikation und der Teilhabe.

Von Seiten der Stadt Wien liegen unterschiedliche Instrumente vor, Stadtentwicklung leitbildgebend zu beeinflussen. Der Stadtentwicklungsplan STEP 2015⁷ ist übergeordnet; konkreter wird es im Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung (2014)⁸ oder im „Entwicklungskonzept öffentlicher Raum/ Neuinterpretation Öffentlicher Raum Neubau“ (2014); aber auch hier bleiben viele Spielräume offen.

Die Gebietsbetreuung,⁹ die es bereits seit 40 Jahren gibt, gilt als etabliertes Instrument zur Unterstützung partizipativer Prozesse, von der Neubau in der Vergangen-

4 Ein „Beisl“ oder „Beisel“ ist ein österreichisches Wirtshaus oder Gasthaus.

5 M. Heintel/G. Strohmeier u.a., Nutzungsansprüche und Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum am Beispiel der „Neubaugasse“ in Wien, in: Die Alte Stadt 32 (3/2005), S. 227 ff.

6 Vgl. R. Putnam, Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community, New York 2000.

7 Vgl. Stadt Wien, MA 18, STEP 2025, Wien 2014, auch online: www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategien/step/step2025/ [09.07.2015].

8 Vgl. www.wien.gv.at/stadtentwicklung/partizipation [09.07.2015].

9 Vgl. www.gbstern.at/home [14.10.2015].

heit, z.B. bei der Umgestaltung des Ceija-Stojka-Platzes (2012-2014), profitieren konnte. Der Platz vor der Altlerchenfelder Kirche, seit 2014 Ceija-Stojka-Platz,¹⁰ konnte im Anschluss an ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren¹¹ zu einer Fläche mit erhöhter Aufenthaltsqualität umgestaltet werden. Drei Monate lang wurden so genannte „Parkgespräche“ – halbstandardisierte Befragungen mit Personen auf dem Vorplatz geführt. Die Bereitschaft, an dieser Befragung teilzunehmen, war außerordentlich hoch. Dabei wurden einerseits das Nutzungsverhalten (Wann? Wie oft? Warum?), und andererseits das persönliche Erleben (was gefällt mir?, was soll erhalten bleiben?, was stört mich?) erhoben.

3. Partizipation im Bezirk Neubau

Eine bewusste Wohn- bzw. Standortentscheidung für ein bestimmtes Stadtviertel begünstigt auch das Engagement für dieses. Diese These¹² bzw. Voraussetzung dürfte für Wien7 zutreffen, wie auch die oben angeführten Eckdaten unterstreichen.

Im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“¹³ fand in Wien Neubau von 2003 bis 2009 das Projekt „agenda wien sieben“ statt, ein regelmäßiger Dialog zwischen Bürgervertretern und Bezirkspolitikern.¹⁴ Die zentralen Anliegen waren die Gestaltung des öffentlichen Raums sowie des Wohn- und Arbeitsumfelds. Die vorherrschenden Themen dabei waren Verkehrssicherheit, Schaffung neuer Freiräume, Fußgängerzonen und die Umgestaltung von Plätzen. So wurde im Rahmen der Agenda der Augustinplatz, der ursprünglich durch eine Fahrbahn von der Neustiftgasse zur Kellermannngasse durchquert wurde, zu einem reinen Aufenthaltsraum umgestaltet, an dem sich in der Folge ein reges öffentliches Leben in Schanigärten und konsumfreien Zonen entwickeln konnte.

Die Myrthengasse wurde 2008 im Bereich zwischen Burggasse und Neustiftgasse zu einer Fußgängerzone umgestaltet. Ein einheitliches Straßenniveau ohne Trennung von Fahrbahn und Gehsteig lädt nun zum Flanieren ein. Im Rahmen dieses Agendaprozesses haben sich die Bewohner der Myrthengasse auch bereit erklärt, selbstverantwortlich und in Absprache mit den Hauseigentümern die Begrünung des Straßenraums mit großen Topfpflanzen zu übernehmen. Unterstützt werden sie dabei vom Bezirk. Weiterhin wurde ein Bereich um den Andreaspark, der von vielen Kindern und Jugend-

10 Vgl. www.genderatlas.at/articles/strassennamen.html [09.07.2015].

11 Beteiligungsprojekt Gestaltung Vorplatz Altlerchenfelder Kirche, 1070 Wien, Gebietsbetreuung / Stadterneuerung, Oktober 2010.

12 Vgl. M. Wade, Mikrokosmos Stadtviertel. Lokale Partizipation und Raumpolitik, Bielefeld 2015, S. 144.

13 Vgl. www.la21wien.at [05.11.2015].

14 Projektträger war das Österreichische Ökologieinstitut; vgl. www.ecology.at/; 2007-2009 erfolgte die Prozessbegleitung durch STADTpsychologie; vgl. www.stadtpsychologie.at/; siehe auch: www.ecology.at/aw7_verlaengerung.htm [05.11.2015].

lichen stark genutzt wird, als Wohnstraße deklariert und dadurch für die Nutzer des Parks die Sicherheit erhöht.

Abgesehen von Projekten für den öffentlichen Raum gab es auch eine Agendagruppe, in der ältere Menschen in der Tradition der Oral History ihre Geschichten und Erinnerungen über den Bezirk erzählten und austauschten. Für mobilitätseingeschränkte Personen erhob eine Agendagruppe die Barrierefreiheit von Gaststätten in Neubau, erarbeitete Verbesserungsvorschläge und wurde auch bei Umgestaltungsmaßnahmen der Lokale miteinbezogen. Aber auch junge Menschen brachten sich in den Agendaprozess ein, wie das Beispiel des Gymnasiums Kandlgasse zeigt. Schüler brachten ihre Ideen für die Umgestaltung des Schulvorplatzes ein,¹⁵ diskutierten diese mit den zuständigen Verkehrsexperten und konnten schließlich die Umsetzung „hautnah“ miterleben.

Resümierend ist festzuhalten, dass neben dem Prozess, der in der Agenda sicherlich aktivierend war und die Identifikation mit dem Bezirk stark förderte, doch immer die Umsetzung der wesentlichste Faktor war. 2009 wurde der Prozess der „Lokalen Agenda 21“ politisch motiviert beendet. Ziel ist es, einen neuerlichen Partizipationsprozess wieder im Bezirk zu implementieren.

Seit 2003 läuft – zwischenzeitlich natürlich adaptiert und angepasst – das Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche im Alter von 7 bis 12 Jahren unter dem Titel „Ich mach mit in Neubau“.¹⁶ Dabei kommt das Team von „Take part“ an die Schulen, wo Jugendliche ermuntert werden, in Workshops ihre Ideen für die Gestaltung des Bezirks einzubringen. Diese werden dann mittels Modellen konkretisiert und anschließend den Vertretern des Bezirks präsentiert. An den konkreten Orten, wo die Ideen umgesetzt werden sollen, treffen die Schüler dann Vertreter des Bezirks und der entsprechenden Magistratsdienststellen, die mit den Jugendlichen klären, wie die Maßnahmen umzusetzen sind oder auch, warum manche Wünsche nicht erfüllt werden können.

2015 waren insgesamt 214 Kinder mit 49 Themen beteiligt – mehr als jemals zuvor. Im Rahmen von „Ich mach mit in Neubau“ wurden in den letzten Jahren u.a. folgende Anliegen der Kinder umgesetzt:

- ▷ Begrünung von Baumscheiben oder andere Formen der Bepflanzungen in der Nähe des Schulstandortes,
- ▷ Gestaltung von Parks durch Bepflanzungsmaßnahmen, Aufstellung von neuen Spielgeräten, Trampolinen, Klettergerüsten oder Tunnelröhren,
- ▷ Gestaltung des Schulvorplatzes und Bemalung der Wand,
- ▷ bewusstseinsbildende Maßnahmen zur Verkehrssicherheit,¹⁷

15 Vgl. www.agenda-wien-sieben.at/kandlgasse.htm [05.11.2015].

16 Vgl. www.takepart.at/wp/?cat=6 [05.11.2015].

17 Z.B. „Apfel-Zitronen-Tag“: In Zusammenarbeit mit der Polizei dürfen Kinder ein Radargerät bedienen; bei Geschwindigkeitsübertretungen wird den Lenkern eine Zitrone übergeben, bei Einhaltung ein Apfel.

- ▷ Unterstützung für Obdachlose durch gemeinsames Backen und anschließendem Verkauf zugunsten einer Obdachlosenorganisation,
- ▷ Bewusstseinsarbeit zu Müllvermeidung und Müllentsorgung durch Gestaltung und Verteilung von Postkarten.

Als Abschluss wurden alle Schüler, die sich beteiligt haben, zu einer großen Feier in das Bezirksamt eingeladen, wo sie mit Urkunden und Fotos aus den verschiedenen Phasen des Projektablaufs für ihr Engagement belohnt wurden. Wesentlich bei diesem Projekt ist die Tatsache, dass Kinder auf diese Weise demokratische Entscheidungsprozesse und -strukturen kennenlernen können. Und wenn eine Idee nicht umgesetzt werden kann, wird dies von den Entscheidungsträgern ganz genau erklärt.

Im November 2013 wurde der Bereich der Gürtelmittelzone zwischen Westbahnhof und Urban-Loritz-Platz eröffnet und als „Emil Maurer Platz“ benannt. Dem EU-kofinanzierten Projekt des Zielgebiets Westgürtel der Stadtentwicklung¹⁸ vorausgegangen waren Planungen, in die Jugendliche und Jugendorganisationen eingebunden waren. So wurde einerseits die großzügige Fläche für die Skater gemeinsam entwickelt. Vorschläge der Jugendlichen konnten größtenteils umgesetzt werden, sodass dieser Bereich inzwischen ein Treffpunkt der Wiener Skaterszene geworden ist. Durch die Einbindung während der Planung und Umsetzung blieb der Kontakt weiterhin aufrecht, wodurch es zu regelmäßigem Feedback zur Anlage durch die Nutzer kommt. Wie auch der Lebensqualitätsstudie der Stadt Wien¹⁹ zu entnehmen ist, konnten im Zeitraum 2008-2013 gerade gürtelnahe Zonen hinsichtlich der Beurteilung der Zufriedenheit der Wohnumgebung profitieren. Für die Gestaltung des Mädchenbereichs wurden die Wünsche und Ideen von weiblichen Jugendlichen erhoben und flossen ebenso in die Planung und Umsetzung mit ein. Das Flash „Mädchencafe“²⁰ (2010-2011) stellte ein weiteres umfassendes Beteiligungsprojekt²¹ im Bezirk dar. Nach dem Beschluss der Bezirksvertretung Neubau und erfolgreicher Suche nach einem geeigneten Raum (Zieglergasse 34)



Abb. 1: Skater im Emil Maurer Park;
Foto: N. Knopp.

18 Vgl. www.wien.gv.at/umwelt/parks/anlagen/guertel-park.html [09.11.2015].

19 Vgl. www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008441.pdf [05.11.2015].

20 Vgl. www.typo.jugendzentren.at/flash [09.11.2015].

21 Verein Wiener Jugendzentren, Konzept flash-Mädchencafe: Flash Genesis, S. 7-9.



Abb. 2: Gürtelmittelzone Parkanlage Emil-Maurer-Platz (Ausschnitt); Quelle (in Farbe und mit Legenden): www.wien.gv.at/umwelt/parks/anlagen/guertel-park.html [09.11.2015].

wurde unter Anleitung des Vereins Wiener Jugendzentren in zahlreichen Vernetzungstreffen mit Schulen, dem Jugendcafe Cultcafe, Tangram, Parkbetreuung, Schulsozialarbeit, Take part, Mädchenbands, Jugendtheatergruppen und weiteren jugend- und mädchenrelevanten Einrichtungen des 7. Bezirks das Konzept mit den Jugendlichen erarbeitet. In einer offenen Ideenwerkstatt wurden die Anliegen präzisiert, und im öffentlichen Raum wurden weitere Zielgruppen erreicht. Auf diese Weise konnte eine breite Vielfalt von jungen Menschen bei der Konzeption des „Flash“ mitentscheiden. Auch die räumliche Planung und Adaptierung des Lokals erfolgte in Workshops unter fachlicher Anleitung: Die Mädchen fertigten Skizzen, Modelle und 3D-Pläne an, um sie in ihrem zukünftigen Lokal zu präsentieren. Bei einer Baustellenparty wurde das Mädchencafé zum ersten Mal für alle Interessierten sowie Nachbarn, Vernetzungspartner und Vertreter der Politik geöffnet. Durch die darauffolgenden regelmäßigen Baustellenbesichtigungen mit den Mädchen und der Erstellung einer bildhaften Zeitleiste des Projektfortschritts wurde der Kontakt zum künftigen Treffpunkt aufrechtgehalten. Eine Kerngruppe der jungen Planerinnen baute unter fachlicher Anleitung einer Elektrikermeisterin auch die Beleuchtungskörper samt Elektrik für die Bar, und schlussendlich wurde auch der Name „Flash-Mädchencafé“ von Stammesbesucherinnen gewählt.

Im Kontext der Planungsarbeiten zur Umgestaltung der Mariahilfer Straße und der damit durchgeführten Anrainerbefragung im Jahr 2014 ließen sich hingegen auch viele Fakten anführen, wie aus planungstheoretischer Sicht Prozesse und Beteiligungen besser nicht zu steuern sind.²² Bei diesem Beispiel ist es nur ungenügend gelungen, im Planungsprozess vorhandene Informationsdefizite, unnötiges Misstrauen und Konfrontationsdenken als wesentliche Parameter der in einen Kommunikationsprozess

²² Vgl. R. Messerschmidt/A. Zadow, Prozesse und Beteiligung, in: H. Bott/G.C. Grassl (Hrsg.), Nachhaltige Stadtplanung. Konzepte für nachhaltige Quartiere, München 2013, S. 108.

involvierten Partner zu reduzieren. Anzumerken ist natürlich, dass es sich hierbei – im Vergleich zu den sonst angeführten Projekten – um eine andere Maßstabebene und Komplexität in den Abstimmungsprozessen handelte. Das nun vorliegende Ergebnis mag für die meisten zufriedenstellend sein, wie eine aktuelle Studie des Instituts SORA aufzeigt,²³ es dynamisiert auch die Stadtentwicklung insgesamt, Enttäuschungen bleiben jedoch auch haften, ebenso wie die Debatte, ob Abstimmungen mit selektiven Bevölkerungsausschnitten ein probates Mittel zur Partizipation darstellen. Diese spezifische Debatte wäre jedoch als eigenständiger Reflexionsbeitrag zu sehen, der an dieser Stelle nicht näher ausgeführt wird.

4. Neue Formate der Mitgestaltung

Offenbar kann es keine einfachen Lösungen mehr geben – wenn es diese denn je gegeben hat. Die Bürger sind mündiger und anspruchsvoller geworden, und die Politik ist herausgefordert, plausible Lösungen anzubieten. Kundenorientierung gehört zum guten Ton. Doch mit der Kundenorientierung, manchmal versteckt als Bürgerorientierung, bietet die Politik eher ein Distanzmodell und kein Nahemodell zu den Bürgern an. Denn Kunden erheben Gewährleistungsansprüche und wännen sich in Bezug auf Politik immer in einem „unvollständigen Vertrag“, dessen mehr oder weniger wahrgenommene Unvollständigkeit sie dann über die Wahlurne quittieren. Mit der Bürgerbeteiligung begibt sich die Politik an die Schwelle zwischen zwei Modellen, dem Kundenmodell einerseits, d.h. die Politik liefert, und die Bürger beurteilen die Qualität der Leistung, und dem Partnermodell andererseits, d.h. die Politik ist nicht Lieferantin, sondern Partnerin der Zivilgesellschaft und Institution zur Gestaltung der jeweiligen Welten. Diese Partnerschaft ist jedoch in der Regel auf Zeit und auf Themen fokussiert.



Abb. 3: Jugendliche beim Café flash; Foto: *flash Mädchencafé*.

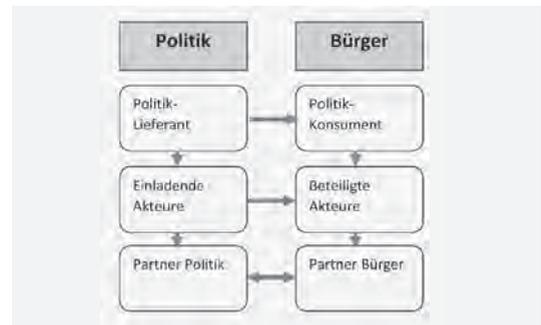


Abb. 4: Neue Formate der Mitgestaltung.

23 Vgl. www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/mariahilfer-strasse-neu-695.html [14.10.2015].

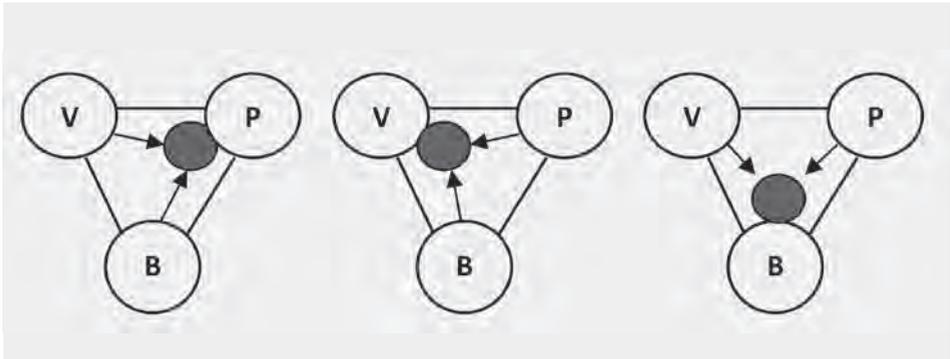


Abb. 5: Zirkuläre Partizipation von Ressourcen.

Die drei Bilder zeigen, dass – unerheblich, wo Initiatoren einer Veränderungs-idee sitzen – die jeweils anderen immer eingeladen sind, sich daran zu beteiligen, um ihre Ressourcen einbringen zu können. Die drei Akteure sind Politik (P), Verwaltung (V) und Bürger (B). Der dunkle Punkt stellt die Initiatoren dar, die anderen partizipieren mit ihren Ressourcen bei einem Projekt. Partizipation wird zirkulär, das ist die Partnerschaft. Daraus können auch gemeinsame Projekte entstehen, Quelle: L. Baumfeld; vgl. www.baumfeld.at; bzw. www.oeaar.at [09.07.2016].

In der Realität werden drei Typen der Beziehungsgestaltung zwischen Politik und den Bürgern sichtbar:

- ▷ Wo rechtliche Rahmenbedingungen (z.B. Umweltstandards) zu setzen sind, ist die Politik Lieferant. Sie kann sich bei der Entscheidungsfindung von Bürgern beraten lassen, etwa in Form von Bürgerräten, aber sie muss die Entscheidung treffen.
- ▷ Wo etwa der Raum gestaltet werden soll, ist die Beteiligung ein passender Ansatz, weil davon ausgegangen werden kann, dass die Bewohner eigene Vorstellungen mit einbringen wollen, um ihre Umwelt selbst mitzugestalten. Hier können Ortsbegehungen, Planungszellen, Kooperative Diskurse, Zukunftswerkstätten, Bürgerforen und dergleichen durchgeführt werden, damit Partizipation gelingen kann.
- ▷ Wo mündige Bürger von sich aus ihre Lebenswelt gestalten wollen, organisieren sie diese selbst; aber mitunter brauchen sie die Kooperation mit der Politik und der Verwaltung. Hier kann Politik ein Verfahren anbieten, damit sichergestellt wird, dass Bürger willkommen sind, ihre Welt zu gestalten. Die Politik kann das Versprechen anbieten, dass sie für bestimmte Fragen die Bürger einbezieht und dass dann, wenn Bürger einen Gestaltungswillen äußern, ein Verfahren angeboten wird, welches einen unkomplizierten Dialog und faire Verhandlungen von Seiten der Verwaltung und der Politik gewährleistet.

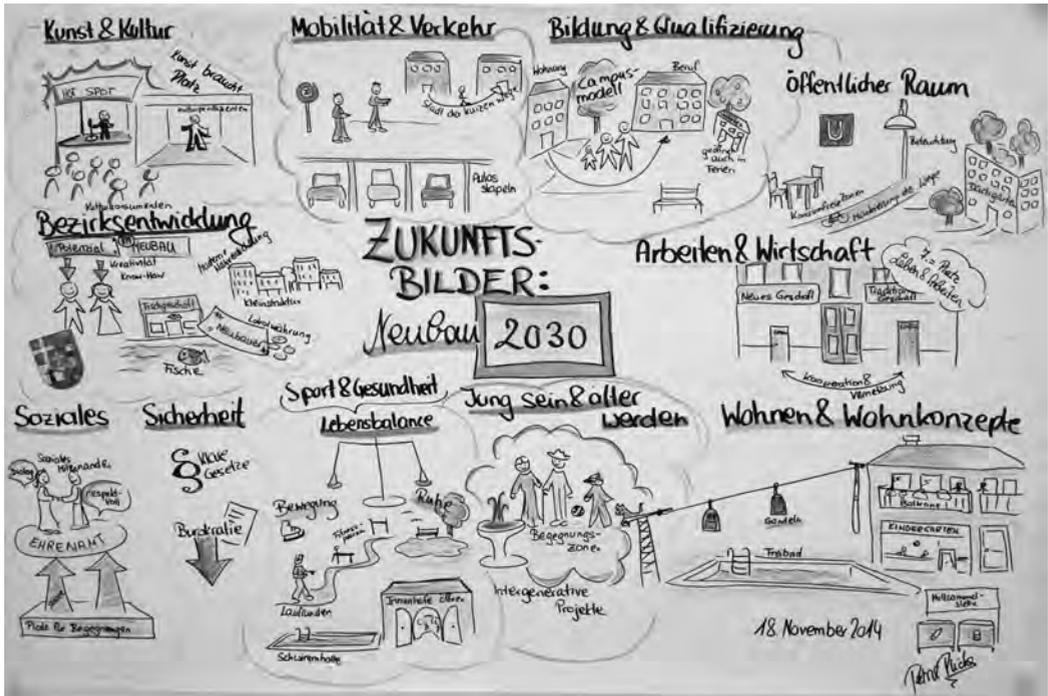


Abb. 6: Zukunftsbilder Neubau 2030; Foto: L. Baumfeld.

In Partnerschaften werden in der Regel fünf Arten von Ressourcen eingebracht: Politische Macht, Finanzmittel, Wissen, Beziehungszugänge etwa um die ersten die Ressourcen zu vermitteln und Leidenschaft.

Diese Art der Politik steckt in den Anfängen und bedarf noch einiger praktischer Erfahrungen in Form von Pilotprojekten. Die Stadt Wien kennt ein Organisationshandbuch der Dezentralisierung.²⁴ Diese hier vorgestellte Form der Politik könnte zur „Dezentralisierung 2.0“ weiterentwickelt werden.

5. Wien7: Bezirksforum Zukunftsbilder

Dass die Bürger ein Interesse an der Gestaltung der Politik haben, hat ein Bezirksforum im Herbst 2014 gezeigt. Etwa 120 Bürger aus Wien Neubau sind der Einladung der Bezirksvorstehung gefolgt, um an den Zukunftsbildern 2030 des Bezirks Neubau zu arbeiten.

24 Vgl. www.wien.gv.at [05.11.2015].

Im Rahmen des Bezirksforums wurden elf Themen identifiziert und Vorschläge zur weiteren Bearbeitung erstellt. Es zeigte sich, dass die meisten Ideen tatsächlich der Mitwirkung der Stadtverwaltung und der Stadtpolitik bedürfen. Hier gilt es noch weitere Verfahren zu entwickeln, wie dieses Dreiecksverhältnis partnerschaftlich gestaltet werden kann. Im konkreten Fall hat man sich zunächst auf Themen fokussiert, die in der Handlungssouveränität des Bezirks liegen. Aber auch hier ist man neue Wege gegangen, etwa mit dem Modell der „Quest Points“,²⁵ die ein unmittelbarer Output des Bezirksforums waren. Generell wurden dabei drei Themen fokussiert:

- ▷ Förderung der Lebensbalance (z.B. durch einen Fitnessparcour),
- ▷ Gestaltung von Mikrofreiräumen im Bezirk (z.B. die Räume zwischen dem privaten und dem Öffentlichen Raum wie Stiegenhäuser, unmittelbarer Raum vor dem Haus, Hinterhöfe und dergleichen),
- ▷ Bildungsräume stärken und schaffen (z.B. durch „Pro Action Cafes“, betreutes Lernen, „Repair Cafe“ u.a.).

Alleine diese drei Zukunftsthemen erfordern ein starkes Engagement von Politik, Verwaltung und vor allem zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese werden sich umso mehr engagieren, wenn sie wissen, dass sie in der Verwaltung und Politik zuverlässige und faire Partner haben – so eine abgeleitete These.

6. Neubau 2030: innovative Formen der Beteiligung

Als Folge des Bezirksforums, in dem die Gestaltung und Nutzung von öffentlichen Räumen im Bezirk wichtige Anliegen waren, startete Wien-Neubau vor dem Sommer 2015 unter dem Motto „Gemeinsam den Bezirk gestalten“ mit so genannten „QuestPoints“ ein völlig neues und innovatives Beteiligungsprojekt. An drei belebten und beliebten Orten des Bezirks (Burggasse 47-53, Anger/Nebenfahrbahn; Kreuzungsbereich Zieglergasse/Westbahnstraße; Stiftgasse zwischen Burggasse und Siebensterngasse), die sich für eine Umgestaltung anbieten, wurden QuestPoints angebracht. Bei QuestPoints handelt es sich um Aufkleber, die mit einem QR-Code versehen sind. Interessierte können diese vor Ort mit ihrem Smartphone scannen bzw. aktivieren. Auf dem Handy erscheint dann eine Frage, die genau mit diesem Ort verbunden ist. So können Bürger ganz einfach und konkret vor Ort befragt und in Entscheidungsprozesse zur Gestaltung ihres „Grätzls“ eingebunden werden. QuestPoints sind ein sichtbares Signal für Innovationsbereitschaft und eine klare Einladung, an partizipatorischen Prozessen teilzunehmen.

²⁵ Vgl. www.questpoints.net [05.11.2015].

Als nächstes Projekt wird der Bezirk Neubau die Umgestaltung des Josef-Strauß-Parks in Angriff nehmen. Der Park in Gürtelnähe, einer der größten im 7. Bezirk, zeichnet sich durch sehr viele unterschiedliche Nutzergruppen aus, die in der Folge auch sehr unterschiedliche Ansprüche an den Park haben. Auch hier wurde im Vorfeld von „Team Focus“²⁶ eine umfassende Sozialanalyse²⁷ durchgeführt mit dem Ziel, sich einen Überblick über die sozialräumlichen Gegebenheiten im Park zu schaffen. In zahlreichen Interviews mit Jugendlichen und Kindern, Jugendorganisationen, Kinderbetreuungseinrichtungen, sozialen Organisationen, Schulleitern, Geschäftsleuten, Gastronomen, Polizei, Vertretern des Bezirks und der Stadtverwaltung (z.B. Wiener Stadtgärten) wurden Potenziale des Parks und mögliche damit verbundene sozialräumliche Konfliktfelder ermittelt, aber auch Empfehlungen für die künftige Nutzung formuliert. Ziele sind die Förderung einer gemeinsamen Nutzung sowie die Erhöhung der Aufenthaltsqualität für die Besucher. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden dem Bezirk als Handlungsgrundlage für die Umgestaltung dienen.

7. Blick in die Zukunft

Unabhängig vieler bereits angeführter und auch hier nicht erwähnter – jedoch bereits diskutierter – Projekte dürfte das Thema Partizipation situativ wie perspektivisch auch weiterhin eine Rolle auf Bezirksebene spielen.

Dynamisiert durch aktuelle Umstände – z.B. Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk und Nachbarschaftshilfe²⁸ – sowie neue Formen der „Bürgerbewegung“²⁹ gewinnt das Thema zusätzlich an Bedeutung. Breite Unterstützung und Beteiligung der Neubauer Bevölkerung gibt es für die in Neubau untergebrachten Schutzsuchenden in den Notquartieren. Einerseits durch Lebensmittel- und Sachspenden, aber auch durch tatkräftige Mithilfe in den Quartieren und Betreuung in unterschiedlicher Form wie Sprachunterricht oder Aktivitäten mit Kindern. In der Thermomix-Kochwerkstatt³⁰ wird von Freiwilligen regelmäßig für die Menschen in den Notunterkünften gekocht. Organisiert wird die Zusammenarbeit von Lebensmittelspendern und ehrenamtlichen Köchen über soziale Netzwerke und Doodles.

Die Aufgabe des Bezirks wird es sein, auch zukünftig Möglichkeitsräume der diesbezüglichen Kommunikation und Umsetzung nicht nur zuzulassen, sondern auch weiterhin aktiv zu unterstützen.

26 Vgl. www.fsw.at/downloads/berichte.html [05.11.2015].

27 Vgl. www.fsw.at/downloads/satzung_berichte/teamfocus/2004_TEAM_FOCUS_Bericht_7-Bez_Andreaspark_Josef-Strauss-Park.pdf [05.11.2015].

28 Vgl. www.facebook.com/Schottenfeldgasse34 und <https://www.facebook.com/kurierhaus> [05.11.2015].

29 Vgl. Wiener Zeitung, 29.10.2015, S. 17.

30 Vgl. www.facebook.com/Thermomixkochwerkstatt [09.11.2015].

Harald Bodenschatz

Stadtbaukunst, Wohnraumgestaltung und Raumplanung in der NS-Zeit

Im Sommer 2015 wurden zwei Publikationen präsentiert, die auf den ersten Blick nur den betrachteten Zeitraum (NS-Zeit), sonst aber hinsichtlich Umfang und Inhalt wenig miteinander zu tun haben: der von Jörn Düwel und Niels Gutschow verantwortete, gewichtige Band „*Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940-1943*“. Die Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst von Rudolf Wolters*¹, und das Buch „*Wien. Die Perle des Reiches*«. Planen für Hitler“, eine vom Architekturzentrum Wien herausgegebene Publikation zur gleichnamigen, vom 19. März bis zum 17. August 2015 gezeigten Ausstellung. Im ersten Buch spielt die Raumplanung und die Alltagsarchitektur keine Rolle, im zweiten Buch werden *Baukunst*, Raumplanung und Alltagsarchitektur in Beziehung gesetzt. Dennoch geht es in beiden Publikationen auch um Gemeinsames: um den begleitenden kulturellen, nicht-militärischen Griff des nationalsozialistischen Deutschland nach Europa. Mehr implizit als explizit und auf ganz unterschiedliche Weise stellen auch beide Publikation die verbreitete Vorstellung eines sich im Monumental-Repräsentativen erschöpfenden Städtebaus der NS-Zeit massiv in Frage.

***Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940-1943. Die Ausstellung Neue Deutsche Baukunst von Rudolf Wolters*¹**

1 J. Düwel/N. Gutschow, *Baukunst und Nationalsozialismus. Demonstration von Macht in Europa 1940-1943. Die Ausstellung Neue Deutsche Baukunst* von Rudolf Wolters, Berlin 2015. Der



Abb. 1: Umschlag des Begleitbuchs zur Ausstellung in Lissabon „*Moderna Architectura Alemã*“: Neue Reichskanzlei, Eingang Vossstraße; aus: J. Düwel / N. Gutschow (S. A 1), S. 185.

Baukunst und Nationalsozialismus – der Titel des neuen, großartigen Buches von Jörn Düwel und Niels Gutschow verheißt nicht zu viel: In nur scheinbar willkürlich nebeneinander ste-

Begriff »Baukunst« wurde von den Autoren kursiv gesetzt, um eine Distanz auszudrücken. Diese kursive Schreibweise wird auch im folgenden Text beibehalten.

henden Texten² wird Puzzleteil für Puzzleteil vorgeführt, wie unser eingeschränktes Verständnis von Architektur und Städtebau in der NS-Zeit³ geformt wurde – bis heute. Denn die von Hitler 1937 eingesetzte staatliche Behörde eines *Generalbauinspektors für die Neugestaltung der Reichshauptstadt* hatte ja nicht nur die Aufgabe, einige Schlüsselbauten und städtebauliche Projekte der NS-Diktatur in zeichnerische Formen und Modelle zu gießen, sondern als wirkungsmächtigste Propagandamaschine für Architektur und Städtebau eben diese Projekte auch als die einzige und wahre *Baukunst* des Nationalsozialismus zu verkünden. Und dies nicht nur – begleitet von der immer wieder zitierten Zustimmung Hitlers – über Ausstellungen und Publikationen in Deutschland.

Als große Teile Europas bereits von der deutschen Wehrmacht besetzt waren, startete ein hinsichtlich politischer wie fachlicher Einflussnahme einzigartiges kulturimperialistisches Unternehmen, die Wanderausstellung *Neue Deutsche Baukunst*, die vor allem in „neutralen“ und hinsichtlich der politischen Orientierung schwankenden Staaten die kulturelle Größe und Überlegenheit des Deutschen Reiches demonstrieren sollte.⁴ Die vom Auswärtigen Amt in Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung sowie dem Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt verantwortete

Ausstellung⁵ wurde in den Jahren 1940 bis 1943 in den Städten Belgrad, Sofia, Budapest, Lissabon, Kopenhagen, Madrid, Barcelona, Ankara, Istanbul und Izmir gezeigt. Die Exponate wurden für jede Stadt ein wenig anders zusammengestellt. Jede Ausstellungsvariante erhielt eine Publikation in der jeweiligen Landessprache, die nur geringfügig hinsichtlich der Abbildungen variiert wurde. Besucht wurde die Ausstellung wohl von etwa 400.000 Besuchern, davon allein 100.000 in Lissabon und 140.000 in Ankara.⁶ Warum sie nicht auch in Italien gezeigt wurde, obwohl das Außenministerium dies ausdrücklich wünschte, bleibt bislang unklar. Das faschistische Italien konkurrierte zu diesem Zeitpunkt zwar immer noch in kultureller Hinsicht mit NS-Deutschland und konnte auch de facto eine überlegene (*Stadt-)*Baukunst vorweisen, hatte sich aber aus der Sicht der NS-Führung militärisch als unfähig erwiesen. Die Darstellung der europäischen Hintergründe der Ausstellung macht zugleich deutlich, dass Architektur und Städtebau der Diktaturen nicht nur mit einer nationalen Brille betrachtet werden können.

Konzipiert und organisiert wurde die Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst* durch den „Ausstellungskommissar“ Rudolf Wolters, eine bis heute unterschätzte zentrale Figur des NS-Städtebaus und vor allem der städtebaulichen Propaganda. Wolters war Pressereferent des Generalbaudirektors, Schriftleiter der Zeitschrift *Baukunst*, Herausgeber von Büchern zu diesem Thema und vor allem Schöpfer des Begleitbuches zur Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst*. Er muss insofern als der wichtigste Erfinder dessen gelten, was wir heute als nationalsozialistische Architektur und Städtebau zu erkennen glauben. Für die Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst* war Rudolf Wolters zwischen 1940 und 1943 187 Tage in Europa unterwegs.⁷ Er wird aber in dem Buch von Düwel

2 Dazu gehören auch Hitlers Reden zur deutschen Kultur, dokumentiert in *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 465-472.

3 Düwel und Gutschow betonen explizit das Primat des Städtebaus: „Hitler ging es zuvorderst um Städtebau und nicht um die Konturen eines neuen Stils, wie in der späteren Rezeptionsgeschichte lange vermutet wurde.“ *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 133.

4 *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 14. Planung und Organisation einer solchen Wanderausstellung verfestigten sich allerdings bereits Anfang 1940. Ebda., S. 13. Zur Vorgeschichte vgl. auch S. 179. Die erste Eröffnung der Wanderausstellung fand schließlich am 5. Oktober 1940 in Belgrad statt.

5 *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 9.

6 Ebda., S. 15, 216.

7 Ebda., S. 189.

und Gutschow nicht nur als Ausstellungskommissar vorgeführt, sondern in all seinen Aktivitäten während der NS-Zeit, vor allem auch als *Hauptabteilungsleiter Kultur* innerhalb der *Organisation Todt* (OT). Von 1942 bis 1943 war Wolters auf sieben OT-Einsätzen in der Sowjetunion und am „Atlantik“ unterwegs, immerhin insgesamt 88 Tage.⁸ Zu Beginn des Jahres 1944 setzte er sich noch für den Neuaufbau der Architekturfakultät der Technischen Hochschule Berlin ein – de facto in Form einer Übernahme der Hochschule durch den Generalbauinspektor.⁹ Ab 1944 leitete Wolters dann den *Arbeitsstab Wiederaufbau zerstörter Städte*.¹⁰ In gewissem Sinne ist das Buch von Düwel und Gutschow daher auch eine Art Berufsbiographie von Rudolf Wolters.¹¹

Die Ausstellung war, wie Wolters selbst festhielt, eine radikale Verkürzung des NS-Städtebaus auf das, was Speer und er als *Baukunst* verstanden wissen wollten: das Haus der Deutschen Kunst und den Königsplatz in München, die Großbauten des Nürnberger Reichsparteitagsgeländes, die Reichskanzlei und die Berliner Nord-Südachse, angereichert mit dem Olympiastadion, dem Flughafen Tempelhof, einigen Militärkomplexen, Autobahnbrücken und anderen Bauten. Diese Art von Architektur und Städtebau diente aber nicht dazu, wie

oft behauptet, „den Einzelnen zu verzweigen, sondern durch Teilhabe an einer mächtigen Gemeinschaft zu erhöhen.“¹² Als Stararchitekt der NS-Diktatur wurde – neben dem verstorbenen Ludwig Troost – Albert Speer¹³ inszeniert, während andere sehr einflussreiche Architekten wie Herbert Rimpl und Hermann Giesler zwar nicht ausgeklammert wurden, aber doch deutlich im Schatten blieben. Auch die Propaganda zur *Baukunst* war Teil der Rivalitäten unter der Führungselite der NS-Zeit, und Wolters war eine wichtige Figur der „Hausmacht“ Albert Speers.

Insgesamt betrachtet standen also fast nur öffentliche Repräsentationsbauten im Scheinwerferlicht. Durch die nahezu ausschließliche Reduktion auf „Bauten der Gemeinschaft“ wurden andere Bauaufgaben – bewusst, wie die Aufzeichnungen von Wolters in Lissabon zeigen – vernachlässigt, etwa und insbesondere der Wohnungsbau: „Die allerbeste Deutsche Propaganda, das kann mir jeder im Ausland bestätigen, ist jedenfalls der militärische Sieg. Dieser imponiert bei Freund und Feind. Mit der Architektur ist es insofern ähnlich, als auch die großen Bauten in entsprechenden Modellen gezeigt eine viel bedeutendere und größere Wirkung haben, als irgendwelche soziale Einzelheiten.“¹⁴ Dass es in Portugal aber nicht nur um eine Demonstration städtebaulicher Über-

8 Ebda., S. 259.

9 Ebda., S. 276-77. Bis heute steht noch eine Untersuchung der Entwicklung und Aktivitäten der Architekturfakultät der Technischen Hochschule während der NS-Zeit aus.

10 J. Düwel/N. Gutschow (s. A 1), S. 274-276.

11 Jörn Düwel hat 2015 noch eine andere Publikation zu Rudolf Wolters vorgelegt, die dessen Wirken in Sibirien zeigt: *J. Düwel, Rudolf Wolters. Neue Städte für Stalin. Ein deutscher Architekt in der Sowjetunion 1932-1933*, Berlin 2015. Wolters war zweifellos ein Musterbeispiel eines Architekten, der während der 1930er Jahre in verschiedenen Diktaturen tätig war. Zu Wolters Tätigkeit in der Sowjetunion vgl. auch *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 80-89. Im Jahr 2016 wird eine weitere – tabebugeleitete – Biographie zu Rudolf Wolters erscheinen: *A. Deschan, Im Schatten von Albert Speer: Der Architekt Rudolf Wolters*, Berlin 2016.

12 J. Düwel/N. Gutschow (s. A 1), S. 17.

13 Albert Speer war nur bei einer einzigen Eröffnung der Wanderausstellung selbst anwesend, und zwar am 8. November 1941 in Lissabon. Dort führte er den Präsidenten Portugals, Óscar Carmona, und den Diktator selbst, Antonio de Oliveira Salazar, durch die Ausstellung. Die Eröffnungen waren immer ein großes politisches Ereignis. In Sofia nahm an der Eröffnung König Boris II. teil, in Madrid General Franco; vgl. *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 193.

14 Diese höchst interessante Textpassage aus Rudolf Wolters' Tagebuch der Reise Frankreich-Spanien-Portugal vom 9. November 1941 wird im Buch gleich drei Mal zitiert: *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 14, 190 und – diesmal im Kontext – S. 436, Nachweis S. 474 bzw. 475.

legenheit ging, verdeutlicht eine weitere Äußerung von Wolters im Kontext seiner Reise mit Albert Speer nach Lissabon: „Was uns an Portugal interessiert, ist in erster Linie das Wolfram; allerdings sind die meisten Gruben heute noch in englischem Besitz.“¹⁵

Das Buch von Düwel und Gutschow zeigt anhand der dokumentierten Aufzeichnungen eindrücklich, dass die eigentlichen Bauaufgaben in den Jahren der Wanderausstellung die Reparatur und Erstellung der kriegsnotwendigen Infrastruktur war, etwa die behelfsmäßige Wiederherstellung von Brücken und Kraftwerken. Das Nebeneinander von Krieg, Terror gegen Zivilbevölkerung und Erschießung von Partisanen, Besichtigung der Gegend von Schinkels geplantes Schloss Orianda auf der Krim, Einsatz von Kriegsgefangenen, Verfolgung von Juden, Bau bombensicherer Schleusen, Besuch von historisch wertvoller Architektur und antiken Stätten, Erstellung des Atlantikwalls und von U-Boot-Bunkern sowie Werbung für auftrumpfende Papierarchitektur manifestiert sich bruchlos in den Aufzeichnungen von Wolters und ergibt zusammen ein beklemmendes Bild des NS-Bauwesens jenseits der „großen“ Bauten. Und die Ausstellung zeigt, dass das verengte Bild von NS-Architektur und NS-Städtebau, das auch heute noch vorherrscht, ein Zerrbild¹⁶ ist, ein Produkt der erfolgreichen Propagandatätigkeit von Rudolf Wolters, das sich erst 1938 auf den beiden Architektur- und Kunsthandwerksausstellungen in München andeute-



Abb. 2: Baustelle der OT-Einsatzgruppe Russland-Süd: Instandsetzung einer Brücke über den Don in Rostow, Foto von Rudolf Wolters vom 20. Oktober 1941; aus: *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 261.

te¹⁷ und 1940 in der Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst* verfestigte.

Die Aufnahme der Wanderausstellung war aber keineswegs immer so günstig, wie Wolters es suggerierte. So schrieb etwa die Zeitschrift *Arquitectura portuguesa e cerâmica e edificação* im Novemberheft 1941: „Fast alle ausgestellten Werke sind von militärischem Charakter oder Bauten für die Partei. Die Ausstellung erlaubt daher nur eine vage Vorstellung von der Vielfalt der deutschen Architektur. Wie wir sehen konnten, beschränkt sie sich, wenn auch überwältigend, auf ein Feld, das nur einen kleinen Teil der Baukunst abdeckt. Wir erhofften uns

15 *R. Wolters*, Reise nach Lissabon. Berlin o.J., S. 32-33. Diese Publikation wurde mir freundlicherweise von Jörn Düwel zur Verfügung gestellt. Wolfram ist ein seltenes, für die Waffenproduktion sehr wichtiges Schwermetall. Portugal war hinsichtlich der Lagerstätten von Wolfram eines der wichtigsten Länder weltweit und machte im Wolframhandel mit dem nationalsozialistischen Deutschland sehr gute Geschäfte, auch mit Hilfe Schweizer Banken.

16 Düwel und Gutschow distanzieren sich zu Recht auch von der heute so populären Redewendung „Welthauptstadt Germania“, vgl. S. 22-23.

17 Als „Grundstock“ der Wanderausstellung diente „der Bericht über neues Bauen in Deutschland aus der Architektur- und Kunsthandwerksausstellung 1938 in München.“ Vgl. *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 9. Das Jahr 1938 kann somit als das Schlüsseljahr der Erfindung des einseitigen Blicks auf den nationalsozialistischen Städtebau und die nationalsozialistische Architektur gelten; vgl. dazu auch: Deutschland baut. Bauten und Bauvorhaben. Vierundneunzig Bilder aus der Ersten und Zweiten Architektur- und Kunsthandwerksausstellung zu München 1938 und 1939, Stuttgart 1939.

eine Ausstellung über deutsche Architektur, doch wir fanden nur eine Ausstellung über Militärarchitektur. Als Propagandaprojekt war die Ausstellung wegen ihrer Selbstverständlichkeit, mit der das Große und Monumentale die Neugierigen beeindruckte, ein Erfolg. [...] Wann wird uns Deutschland aber endlich einmal eine Ausstellung präsentieren, die seine alltägliche Architektur zeigt, eine Architektur der kleinen Dinge, die das Leben schafft, eine menschliche Architektur?“¹⁸

»Wien. Die Perle des Reiches«. Planen für Hitler¹⁹

Wien, so der weit verbreitete Eindruck, war nicht so wichtig für den Städtebau in der NS-Zeit, denn Hitler liebte Linz und weniger Wien. Dass dieser Eindruck eher ein Produkt erfolgreicher Verdrängung während der Nachkriegszeit war, Ergebnis auch der großzügigen Entsorgung öffentlichen Planmaterials, zeigte eine Ausstellung im Wiener Architekturzentrum, deren Gegenstände sich allein der Sammlerleidenschaft eines Wiener Stadtplaners verdanken: Klaus Steiner, früherer Universitätsassistent bei Rudolf Wurzer und dann Referatsleiter im Bereich der Wiener Stadtplanung.

Als „Lebensborn-Kind“ nationalsozialistisch geprägter Eltern aufgewachsen, machte er sich seit den 1970er Jahren systematisch auf die Suche nach dem verlorenen Planmaterial der Wiener NS-Zeit (1938-1945). 2011 übergab er seine Sammlung dem Wiener Architekturzentrum. Was er im Laufe der Jahrzehnte alles gefunden hat, erlaubt sicher keinen vollständigen Überblick, ist aber beeindruckend genug, um eine Ausstellung zu ermöglichen, die alte Vorurteile ins Wanken bringt und dazu beiträgt, „eine für

Wien peinliche Lücke in der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu schließen.“²⁰

Den beiden Kuratorinnen der Ausstellung, Ingrid Holzschuh und Monika Platzer, ist es gelungen, den üblichen Nachkriegsblick auf die Wiener Zentrumsplanungen der NS-Zeit um weitere zentrale Aspekte des NS-Städtebaus zu erweitern: großräumig um die geplante Rolle Wiens im NS-beherrschten Europa und kleinräumig, ja kleinsträumig um die innere Gestaltung von Wohnungen. Damit werden zwei Themenfelder als bedeutsam für die nationalsozialistische Gestaltungspolitik betont, die in der Regel ein Schattendasein führen: die in der NS-Zeit etablierte Raumplanung samt Raumforschung, die wiederum auf geopolitischen und bevölkerungspolitischen Zielen beruhte, und die Innenarchitektur, die sich zu einem Medium staatlicher Erziehung und Familienpolitik wandelte.

Natürlich durften sie nicht fehlen: die auftrumpfenden städtebaulichen Entwürfe für ein neues Wiener Zentrum, die in den Plänen von Hanns Dustmann, des Generalarchitekten zur Neugestaltung Wiens, gipfelten – der Umbau und die „Vollendung“ der Ringstraße durch ein neues Gauforum, das die jüdisch geprägte Leopoldstadt brutal zerstört hätte. Die Ausstellung ging aber einen Schritt weiter. Sie enthüllt die stadtreionale Dimension, ohne die die Zentrumspläne gar nicht verständlich werden. Sie entfaltet eine ganze Palette von Plänen rivalisierender Behörden, die die großräumige Rolle Wiens klären sollten: „die Publikationen des Stadtbauamtes über den ‚Aufbau Wiens im großdeutschen Raum‘ vom Mai 1938, die Strukturpläne und das Modell des ‚Baureferenten‘ beim Reichsgauleiter Hanns Dustmann zur Neugestaltung Wiens aus 1941 sowie die Vorstudien der Planungsbehörde Wien für einen Raumordnungsplan“.²¹

18 *Arquitectura portuguesa e cerâmica e edificação* 80 (1941), S. 17. Eine – hier etwas modifizierte – Übersetzung dieses Textes findet sich in: *J. Düwel/N. Gutschow* (s. A 1), S. 218-219.

19 *Architekturzentrum Wien* (Hrsg.), „Wien. Die Perle des Reiches“. Planen für Hitler, Zürich 2015.

20 *D. Steiner*, Vorwort, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 6.

21 *S. Mattl/G. Pirhofer*, Wien. „Tor zum Südosten“. Stadt- und Regionalplanung im Kontext imperialer Raumpolitik, in: *Architekturzentrum Wien* (s.

Die übergeordneten Planungen bündelten sich in einem völlig unscheinbaren, unansehnlichen und undatierten Plan, genannt „Neugestaltung Wien, Industriepanung“. Dieser Plan bettet die monumentale Zentrumsplanung in einen großräumigen infrastrukturellen Rahmen, er zeigt die Neuordnung des Eisenbahnsystems samt den Hauptbahnhöfen Nord und Süd, die Struktur des neuen Autobahnsystems, die neuen Hafenanlagen, den neuen Flughafen und die neuen Industriegebiete.²² All diese Projekte sollten von einer rigorosen Auflockerung begleitet werden. So war die Übersiedlung von 500.000 Menschen in Trabantenstädte vorgesehen.²³ Um dieser Planung eine angemessene räumliche Grundlage zu bieten, wurde Groß-Wien geschaffen, das bereits im Oktober 1938 auf Grundlage des „Reichsgesetzes über die Gebietsveränderung im Land Österreich“ durch Eingemeindungen Wirklichkeit wurde. Wien stieg so mit 1.218 km² statt vorher 278 km² zur flächenmäßig größten Stadt des Reiches auf.²⁴

Doch die raumplanerische Dimension endete nicht auf der Ebene von Groß-Wien. Für das neue Wien war eine Schlüsselrolle in einem nationalsozialistisch beherrschten Europa vorgesehen. Wien sollte das *Tor zum Südsten* werden, das *Hamburg des Ostens*, wirtschaftlicher und kultureller Brückenkopf des neuen Reiches, „Kontrollzentrum der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den südosteuropäischen Staaten“.²⁵ Diese Strategie wird im Buch zur Ausstellung mit Bezug auf Klaus Thörner als „Formierung eines ‚informellen Empires‘“ charakterisiert, als indirekte Sicher-

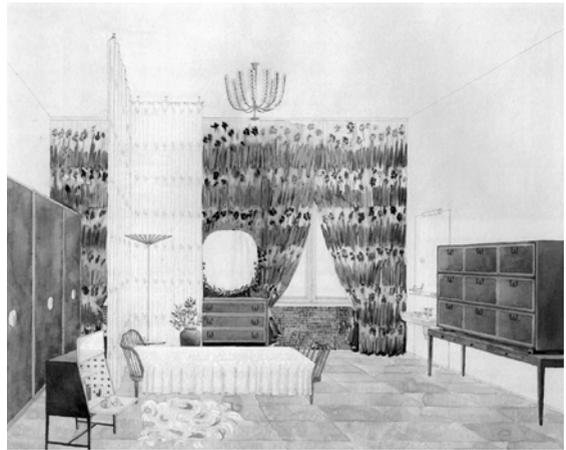


Abb. 3: Wien, Weimarer Str. 18, Schlafzimmer der Dienstwohnung des Präsidenten des Reichspostdienstes („arisierte“ Villa Pollak), Oswald Haerdtl, 1939; aus: B. Knauer (s. A 27), S. 95.

ung der „Herrschaft bei formaler Souveränität der südosteuropäischen Staaten“.²⁶

Neben der Großraumplanung wurde in der Ausstellung ein weiteres weniger beachtetes Themenfeld vorgestellt: die Ausstattung und Einrichtung von Wohnungen. „Nicht nur dem Er- bzw. Einrichten öffentlicher (Monumental-) Bauten, sondern auch der Gestaltung des eigenen Heimes“ wurde in der NS-Zeit „fundamentale Bedeutung für die geistige und moralische Entwicklung des Volkes beigemessen.“²⁷ Angesichts der besonderen Tradition Wiens in der Möbelherstellung und im Kunsthandwerk sollte Wien auch künftig dieses Wirtschaftsfeld vorrangig abdecken. 1941 ernannte Reichsstatthalter Baldur von Schirach Josef Hoffmann zum „Sonderbeauftragten des Kulturamtes für die künstlerische Neubildung des Wiener Kunsthandwerks“, zugleich erhob er die Wiener Kunstgewerbeschule in den Rang einer

A 19), S. 13.

22 I. Holzschuh, *Verlorene Stadtgeschichten. Hitlers Blick auf Wien*, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 37. Abgebildet ist der Plan in *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 159.

23 Der jenseits dieser gewaltsamen Pläne realisierte Siedlungsbau der NS-Zeit in Wien nahm in der Ausstellung wie im Buch einen breiten Raum ein; vgl. I. Weinberger, *Siedlungs- und Wohnungsbau in Groß-Wien*, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19).

24 I. Holzschuh (s. A 22), S. 31.

25 S. Mattl/G. Pirhofer (s. A 21), S. 18.

26 Ebda., S. 19.

27 B. Knauer, Oswald Haerdtl. Ein „deutscher“ Designer mit Wiener Note, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 86.

„Reichshochschule für angewandte Kunst“.²⁸ Vor diesem Hintergrund wurden in der Ausstellung neben einigen Vorschlägen von Franz Schuster²⁹ insbesondere die Arbeiten von Oswald Haerdtl vorgestellt.³⁰

War nun Wien ein vergessenes Zentrum des nationalsozialistischen Städtebaus? Die Antwort der Ausstellung blieb ambivalent: Es gab viel mehr Pläne und Projekte als bislang vermutet, aber die meisten dieser Pläne waren nicht finanziert, kamen zu spät und blieben Papier. Klaus Steiner meint dazu: Wien „war zwar das theoretische Zentrum für den Südostraum, aber das ist ökonomisch und politisch nie realisiert worden. Das hat es in Wirklichkeit nicht gegeben. Die tatsächliche Funktion war die eines ungeliebten Schmuckstücks“.³¹ Ein Nebeneffekt des eingengten Blicks auf nicht realisierte Monumentalbauten wird im Buch zur Ausstellung aber immer wieder hervorgehoben: „das rasche Vergessen am Mitwirken der österreichischen Architekten am Bau- und Forschungsgeschehen im Dritten Reich“.³² Das betraf auch so bekannte Größen wie Franz Schuster und Roland Rainer.

Die Ausstellung wie ihr Katalog lassen allerdings auch eine andere wichtige Frage offen: Was war denn vor dem Anschluss, in den Jahren des Austrofaschismus, und wie war der Übergang? Gab es nur Brüche, oder auch Kontinuitäten? Oder wurde in der austrofaschistischen Zeit nichts Bemerkenswertes gebaut, gar kein öffentlicher Raum für die eigene Repräsentation in Beschlag genommen? Eine Einschätzung, die bis vor kurzem für das NS-Wien nicht unüblich war und die sicher – wie jene – nicht zu halten sein wird. Der Bezug der NS-Planun-

gen für die Zeit nach 1945 wird oft angedeutet, der Bezug auf die Jahre vor 1938 bleibt dagegen auch im Buch zur Ausstellung weitgehend³³ im Dunkeln. Dies ist insofern nicht ganz unbedeutend, da die nationalsozialistische Herrschaft in Wien ja ihrerseits mit den baulichen Zeugnissen, vor allem auch den Denkmälern, des Mussolini-freundlichen Ständestaats umgehen musste. Dass der Ständestaat heute noch weit mehr als die NS-Zeit aus dem gesellschaftlichen Gedächtnis getilgt ist, hat ja auch seine Vorgeschichte: die Aufräumarbeiten der NS-Zeit. Noch bleiben der Städtebau und die Architektur des Ständestaats vergessen. Aber seien wir zuversichtlich, dass das Wiener Architekturzentrum auch dieses Tabu in Bälde brechen wird.

Auf dem Weg zu einem komplexeren Verständnis von NS-Städtebau

Städtebau unter nationalsozialistischer Herrschaft – das wäre eine zentrale Botschaft beider Bücher – war mehr als ein „Wort in Stein“. Städtebau bedeutete nicht nur: monumentales Auftrumpfen mit Achsen und Säulen, gigantischen Plätzen und Bauten, sondern auch die weit weniger spektakuläre räumliche Gestaltung des Alltags, vor allem auch Wohnungsbau, und nicht zuletzt die Ordnung des alltäglichen Wohnraums selbst. Also das, was Rudolf Wolters aus propagandistischen Gründen als nicht ausstellungswürdig ansah, was aber für die Existenz einer Diktatur entscheidend war. Damit aber nicht genug: Städtebau wurde – vor allem für die Großstädte – auch regional entfaltet, als Raumplanung, die mehr war als zweidimensionale Papierplanung. Sie umfasste Industrieanlagen, Messen, Grünanlagen, Verkehrsinfrastrukturen wie Autobahnen, Hafenanlagen, Bahnhöfe und Flughäfen. Dazu kamen die vie-

28 Ebda., S. 87.

29 M. Platzer, Schatten der Vergangenheit. Wien nach 1945. Eine zweite Fassung der „Perle“?, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 52-56.

30 B. Knauer (s. A 27).

31 Klaus Steiner im Gespräch mit Ingrid Holzschuh und Monika Platzer, in: *Architekturzentrum Wien* (s. A 19), S. 196.

32 M. Platzer (s. A 29), S. 51 und 66.

33 En passant finden sich kurze Anmerkungen zum Austrofaschismus, etwa bei I. Weinberger (s. A 23), S. 90. In einem Interview berührte auch Klaus Steiner dieses Thema: „Auch im Ständestaat wurde gebaut.“ *Klaus Steiner* (s. A 31), S. 195.

len – in den Tagebüchern von Wolters angesprochenen – infrastrukturellen Bauprojekte, die die Wehrmacht auf ihrem gewalttätigen Wege durch Europa begleiteten. Und natürlich die immensen Bauvorhaben für die Rüstungsproduktion, die lediglich angedeutet wurden. Mit einer solchen erweiterten Sichtweise wurde die radikale Reduktion des nationalsozialistischen Städtebaus auf wenige repräsentative Großbauten des NS-Staates, wie sie an vorderster Front Rudolf Wolters vorantrieb und wie sie nur allzu bereitwillig von der Fachwelt in der Nachkriegszeit übernommen wurde, grundlegend erschüttert.

Städtebau entfaltete seine Wirkung aber nicht nur durch realisierte Projekte, sondern auch und in besonderem Maße durch gezeichnete, erwünschte, aber nie verwirklichte Projekte. Die in Zeichnungen und Modellen sichtbaren, aber nie gebauten städtebaulichen Projekte dienten – etwa über die Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst* – der Demonstration der eigenen kulturellen Überlegenheit nach innen wie außen, der Werbung für eine Unterwerfung unter deutsche Standards, aber auch – wie in Wien und erst recht in Polen – der symbolischen Einddeutschung der besetzten Gebiete. Sie machten die räumlichen Konturen eines künftigen großdeutschen Reiches im doppelten Sinne sichtbar: geographisch und auch kulturell. Denn der NS-Staat entwickelte nicht nur Strategien militärischer Aggression, sondern auch kulturimperialistische Strategien.

Doch es darf nicht vergessen werden: Deutschland war keineswegs die einzige imperiale Diktatur in Europa, sie konkurrierte mit dem faschistischen Italien, das seine Ambitionen vor allem im Mittelmeerraum und Afrika sah. Italien hatte bereits eine ausgefeilte kulturimperialistische Strategie entwickelt, etwa in Richtung Spanien und Portugal. Es hatte die nordafrikanische Küste italianisiert – durch Städtebau wie Siedlerexport. In Italien selbst sollte diesen Ambitionen folgend die städtebauliche Entwicklung Roms zum Meer forciert werden, und Neapel sollte zum Brückenkopf

der kulturellen und politischen Hegemonie im Mittelmeer ausgebaut werden. Auch die Sowjetunion war dabei, ihr Herrschaftsgebiet zu erweitern und dies städtebaulich abzusichern – etwa im Baltikum und in Ostpolen, vorher schon in Weißrussland und der Ukraine. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte diese Art der Okkupation durch Städtebau noch ganz andere Dimensionen annehmen. Aber selbst kleinere Diktaturen wie etwa in Rumänien, Ungarn, Spanien und Portugal hatten imperiale Ambitionen. Dieses Gewirr an imperialen Städtebau-Strategien gilt es erst noch zu durchleuchten. Der nationalsozialistische Städtebau kann letztlich nur in einer europäischen Perspektive diskutiert werden.

Vor allem die Ausstellung wie ihr Buch in Wien zeigen schließlich, dass es nach der Niederlage des NS-Reiches nicht nur die – zweifellos dominante – Strategie der Verdrängung gab, das aktive Vergessen, sondern auch die der inhaltlichen Entschuldung. Durch die säuberliche Trennung von monumentalem und alltäglichem Städtebau konnte ersterer als „typisch diktatorisch“ und als verabscheuenswert deklariert werden. Dagegen galten die weiteren Strategien – etwa die Raumplanung mit all ihren Implikationen wie etwa die Theorie der Zentralen Orte, die Inneneinrichtung von Wohnungen und eigentlich der Großteil des Wohnungsbaus als nicht kontaminiert, die Protagonisten dieser Felder konnten als angesehene unpolitische Fachleute weiter wirken. Doch das ist auch nur die halbe Wahrheit. Denn selbst Rudolf Wolters, Kommissar der NS-Ausstellung *Neue Deutsche Baukunst*, und Hanns Dustmann, der NS-Chefarchitekt von Wien, beides Schlüsselpersonen aus dem Kreis um den Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt, arbeiteten nach 1945 ohne große Debatten als Architekten weiter. Hanns Dustmann entwarf etwa das Victoria-Areal am Kurfürstendamm mit dem berühmten Café Kranzler, Rudolf Wolters (mit Karl Berlitz) markante Bürohäuser in Düsseldorf – alles Inkunabeln der architektonischen Nachkriegsmoderne.

Julius Mihm

Stadt, Schule, Quartier – Bildungsbauten im Umbruch *Tagungsbericht*

Die internationale Städtetagung des Forum Stadt e.V. „Stadt, Schule, Quartier – Bildungsbauten im Umbruch“ am 7. und 8. Mai 2015 in Schwäbisch Gmünd mit über 100 Teilnehmern aus dem ganzen deutschsprachigen Raum hat gezeigt, dass durch den gesellschaftlichen Wandel die Thematik „Schule“ wieder stärkere quartiersbezogene Relevanz erhält – umso mehr, da Schulbauten sich über die letzten 100 Jahre kontinuierlich von städtebaulichen Randbedingungen befreit hatten.

Anders als bisher bedürfen schulische Bestandsbauten, die umgebaut werden müssen, nunmehr einer grundsätzlichen Positionsneubestimmung – so als würde man neu bauen.

Vom Denkmal zum Quartier

Schulbauten mit explizit historischem Charakter, oft Kulturdenkmale, werden wieder stärker als Orte der Bildung im städtischen Quartier wahrgenommen, die aus der gesellschaftlichen Prägung ihrer Entstehungszeit spezifische Merkmale mitbringen. Mit diesem neuen Selbstverständnis verbinden sich Schulen mit Angeboten und Aktivitäten im Quartier und entwickeln sich bisweilen gar zu Quartiersmittelpunkten, die völlig neue Schulkatmosphären und schulische Profile stimulieren.

Die Tagung konnte diesen Aufbruch deutlich sichtbar machen und weitere Perspektiven aufzeigen. Das Themenspektrum „Vom Denkmal zum Quartier“ hat hierbei wichtige Akteure aus dem gesamten deutschsprachigen Raum erstmals zusammengeführt.

Gmünder Beispiele zeigten zudem das Potential herausragender Schulbauten aus allen Epochen: z.B. des historistischen Parler-Gym-

nasiums, früher Behnisch-Schulen, neu „entdeckter“ Kulturdenkmale wie Rauchbeinschule und ehemaliges Staatliches Aufbaugymnasium. Diskutiert wurden auch die Potentiale aktueller Projekte, die völlig neue Wege beschreiten, z.B. des Bildungshauses Lindach, der Wissenswerkstatt EULE und des Landesgymnasiums für Hochbegabte.

Denkmaleigenschaft und Gebrauchsqualität

Die Tagung konnte zeigen, dass Denkmaleigenschaft und Gebrauchsqualität in einem produktiven Spannungsverhältnis stehen können. Wenn eine Schule ein Denkmal ist, ist ihre Bedeutung, die sie als Ort des öffentlichen Lebens genießt, abhängig vom Respekt, den man ihr als Denkmal entgegenbringt (*K. Renz*).

Schule muss sich aber im Hinblick auf konkrete notwendige Alltagsbedürfnisse wandeln können, sonst bleibt sie eben „nur“ Denkmal. Dies betrifft insbesondere Räume, die unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr genutzt werden können (*J. Schneider*).

Unbedingt notwendig ist deshalb eine unabhängige Beratung hinsichtlich der kulturell-architektonischen Werte der Schule – vor der Planungsphase „Null“, d.h. bevor der Denkmalschutz als Träger öffentlicher Belange eingreift – um Konfliktlinien im Vorfeld zu entschärfen und kreative Ansätze zu finden (*K. Renz*).

Besonders traditionsreiche Schulbauten, z.B. mit kaiserzeitlich prächtiger Architektur, lassen sich auch unter Bewahrung denkmalgerechter Belange sehr gut den heutigen Bedürfnissen anpassen (*F. Hausmann*).



Abb.:
Schwäbisch Gmünd:
Wissenswerkstatt EUELE;
Foto: Stadtverwaltung.

Bildungsstandorte als wichtige Stellschrauben der Stadtentwicklung

Bildungsstandorte sind Motoren der Quartiersentwicklung: Sie verbinden sich zu Bildungslandschaften, in denen ihre Vernetzung die wichtigste Zukunftsperspektive bietet. Sollten architektonisch-städtebauliche Anordnungen im Quartier, bzw. im Gelände (vorhandene Bautypologie) zu Einschränkungen führen, erhalten die umgebenden Freiräume eine neue Bedeutung. Standortaktivierungen von bestehenden Schulen können indes auch zu Konflikten im Quartier führen (*J. Schneider*).

Um den Betroffenen in diesen Fällen die richtigen Prioritäten vermitteln zu können, muss das Stadtentwicklungskonzept der städtischen Bildungskonzeption am betroffenen Standort einen entsprechend hohen Stellenwert einräumen (*J. Mihm*). Mit aktivierten Schulstandorten können beispielsweise vernachlässigte, bisher tabuisierte Stadtteile auf potenziellen Zuzug vorbereitet werden, bzw. Angebote geschaffen werden für interessierte Zuzügler (*D. Dubrau*).

Voraussetzungen für erfolgreiche Schulbauten

Die wichtigsten Kriterien zur Entwicklung und Beurteilung guter Schulbauten sind: 1. Raumqualität, 2. Gebrauchsqualität, 3. Emotionale Qualität (*U. Maurer*). Dementsprechend brau-

chen Architekten dazu Regeln! Hierfür ist die Planungsphase „Null“ unverzichtbar (*F. Hausmann*).

Eine hohe Kultur architektonischer Wettbewerbe führt dabei nicht unbedingt zu kindgerechten Schulen. Besser sind mehrstufige Verfahren, in denen von den Nutzern formulierte pädagogisch-räumliche Leitbilder durch einen Architekten als verständliche Vorgabe für die Planer formuliert werden (*U. Maurer*).

Besonders erfolgreich können Nutzer in den Entwurf über einen gestuften Prozess des dialogischen Entwerfens einbezogen werden: wechselseitige Klärung und Aushandlung in gegenseitig übersetzter Fachsprache (Pädagogik – Architektur). Die Planungsphase „Null“ ist eine Vorlaufphase, bevor Architekten entlang einer pädagogischen Zielausrichtung konkret entwerfen. Der „Filter“ des pädagogischen Alltags vermittelt zwischen pädagogischen Wunschvorstellungen und deren möglicher Übersetzung in Architektur. Die Machbarkeit steht im Vordergrund; eine direktive Moderation ist unbedingt notwendig (*R. Patt*).

Gebäude sollen z.B. häufiger selbstständiges Arbeiten im Verhältnis von Lehrern, Schülern und verfügbarer Lerninformation unterstützen; dafür ist mehr Raum nötig. Erschließungsflächen können durch Koppelung und Gruppierung von Klassenräumen als flexible, gemeinsame Lernateliers genutzt werden (*F. Hausmann*).

Autorinnen / Autoren

Leo Baumfeld

Seit 1984 in der Organisations- und Regionalberatung tätig und seit 2001 Mitgesellschafter der ÖAR-Regionalberatung GmbH; Entwicklung von sozialen Prozessen der Beteiligung und Entscheidungsfindung sowie Management-Instrumenten.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz

1995-2011 Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der Fakultät Planen Bauen Umwelt der TU Berlin, jetzt assoziiertes Professor am Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin und Angehöriger des Bauhaus-Instituts für Geschichte und Theorie der Architektur und der Planung an der Bauhaus-Universität Weimar. Mitherausgeber der Zeitschrift Forum Stadt.

Gerti Brindlmayer

1987-1991 und 2000-2015 Bezirksrätin in Wien Neubau. Ihre Schwerpunkte als Vorsitzende der Bezirksentwicklungskommission Neubau waren die Begleitung und Gestaltung partizipativer Prozesse im Bezirk; Mitarbeit beim STEP 2015 als Vertreterin Neubaus.

Dr. Markus Häfner

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Abteilungsleitung Public Relations; 2013 Promotion mit der Arbeit „Jede Stadt braucht ihr Gesicht“, ausgezeichnet mit dem Otto-Borst-Preis 2015; 2014/2015 Hanauer Stadthistoriker.

Prof. Mag. Dr. Martin Heintel

Professor am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien; zahlrei-

che Gastprofessuren, u.a. in den USA, Rumänien und dem Oman; Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung; Sprecher des Österreichischen Verbandes für Angewandte Geographie.

Dipl.-Geogr. Marie Karner

Seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; promoviert zum Thema „Libanesisches diasporische Gemeinschaften“; ausgezeichnet mit dem Otto-Borst-Preis 2015. Forschungsschwerpunkte sind Migration und Diaspora sowie arabische Altstädte.

Dipl.-Ing. Magdalena Leyser-Droste

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund; Arbeitsschwerpunkte sind historisch geprägte Städte, Städtebauliche Denkmalpflege, Baukultur.

PD Dr.-Ing. Kerstin Renz

Privatdozentin an der Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart und Dozentin an der Hochschule für Technik Stuttgart; Promotion im Fach Architekturgeschichte mit einer Arbeit zum Industriebauwesen der Kaiserzeit; 2014 Habilitationsschrift „Testfall der Moderne. Transfer und Diskurs im Schulbau der 1950er Jahre“.

Dipl.-Ing. Julius Mihm

Studium der Architektur und Stadtplanung an den Universitäten Stuttgart und Hannover; seit 2009 Bürgermeister und Baudezernent der Stadt Schwäbisch Gmünd und seit 2016 Zweiter Vorsitzender von Forum Stadt e.V.

Otto-Borst-Preis 2017



■ Auslobung

Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. lobt hiermit zum siebten Mal den Otto-Borst-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses aus. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924–2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift *Die alte Stadt*, jetzt *Forum Stadt*.

■ Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Durch die Verleihung will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Mit dem Preis, der im zweijährigen Turnus vergeben wird, sollen herausragende Leistungen in diesen Fachgebieten prämiert werden.

Der Wettbewerb ist offen für schriftliche Studienabschlussarbeiten (Master-, Magister-, Diplomarbeiten) sowie Dissertationen, die sich mit Themen der Entwicklung von Städten in historischer, stadt(bau)historischer, sozialwissenschaftlicher, denkmalpflegerischer, planerischer und städtebaulicher Hinsicht befassen und die an deutschsprachigen Hochschulen und Fachhochschulen erstellt worden sind. Ausgeschlossen sind Habilitationen sowie Forschungsgutachten im Auftrag Dritter.

Die Arbeiten können von den Verfasserinnen und Verfassern oder von den betreuenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern eingereicht werden. Die Verfasser dürfen nicht vor dem 1. Juli 1981 geboren sein. Voraussetzung ist ein gutachterliches Begleitschreiben des betreuenden Hochschullehrers im Umfang von einer Seite. Zugelassen sind auch Gruppenarbeiten (bis drei Personen). Dem Wettbewerbsbeitrag ist eine Kurzfassung (1 DIN A 4-Seite) beizufügen.

Teilnahmeberechtigt sind Arbeiten, die innerhalb der letzten zwei Jahre abgeschlossen wurden. (Stichtag der Einreichung: 28. Februar 2017). Die Bewerber können jeweils nur eine Arbeit einreichen.

■ Preisvergabe und Preise

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis des Herausgeber- und Redaktionskollegiums der Zeitschrift *Forum Stadt*.

Es werden Preise in Höhe von insgesamt 3.000 € vergeben. Die Jury behält sich vor, die Preissumme auf mehrere Arbeiten zu verteilen oder nicht auszuschöpfen.

Zur Preisvergabe lädt Forum Stadt e.V. die Preisträger auf die von ihm veranstaltete Internationale Städtetagung des Jahres 2017 in Erfurt ein.

■ Die Arbeiten sind mit allen Unterlagen einzureichen an:

Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.
Stichwort Otto-Borst-Preis 2017
Ritterstraße 17
D - 73728 Esslingen/Neckar

■ Weitere Informationen:

Professor Dr. Johann Jessen
(Jury-Vorsitz)
Forum Stadt, Ritterstraße 17, 73728 Esslingen
Tel.: +49 (0)711-3512-3242
Email: johann.jessen@si.uni-stuttgart.de
www.forum-stadt.eu

WIRTSCHAFTSWUNDER, VON UNS GERETTET.

Antriebsrad der Auslegerkräne
in der Sayner Hütte, 1830.
Mehr über die Geschichte
dieses Denkmals:
www.dieganze Geschichte.de

Eines von vielen tausend
geförderten Denkmalen.



Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.



Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit lädt am 8. und 9. Dezember 2016 zum 2. Europäischen Kongress „Die europäische Stadt und ihr Erbe“ nach Berlin ein. Kongressthema sind die „Zeitschichten in der europäischen Stadt“.

Kompakte städtische Strukturen, historische Bausubstanz unterschiedlicher Epochen und eine lebendige Nutzungsmischung machen die Städte Europas einzigartig. Sich ständige ändernde Anforderungen und Bedürfnisse an die Stadt haben im Laufe der Jahrhunderte eine Vielfalt von Bauten und städtischen Strukturen mit sich gebracht. Aus der Überlagerung und dem Nebeneinander baugeschichtlicher Entwicklungen lassen sich heute deshalb in jeder europäischen Stadt eigene Zeitschichten ablesen.

Der 2. Europäische Kongress „Die europäische Stadt und ihr Erbe“ rückt Chancen und Möglichkeiten der sichtbaren und verborgenen Zeitschichten als Anknüpfungspunkte für eine zukunftsgerichtete Entwicklung europäischer Städte in den Fokus.

Damit setzt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, aufbauend auf den ersten Europäischen Kongress im Jahr 2011, den europaweiten Diskurs zur bestandsorientierten Stadtentwicklung und zum städtebaulichen Denkmalschutz fort. Experten und Akteure treffen sich zu einem zweitägigen Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, Gemeinsames und Verbindendes sowie Unterschiedliches und Trennendes über Ländergrenzen hinweg zu reflektieren und Handlungsempfehlungen für die Zukunft der Städte in Europa abzuleiten.

Entscheider, Stadtplaner, Architekten, Denkmalpfleger, Wissenschaftler, Stadtforscher, engagierte Bürger und Bürgerinnen sowie weitere Interessierte aus ganz Europa sind herzlich eingeladen, sich mit renommierten Fachexperten zu einem zukunftsorientierten Umgang mit Zeitschichten in der Stadt auszutauschen. Unterschiedliche Formate, wie Vorträge im Plenum, Diskussionsarenen und Podiumsrunden bieten vielfältige Möglichkeiten zum Diskurs und zum persönlichen Wissensgewinn.

Kongressmanagement: Event Consult. Gesellschaft für Messe- und Congress-Management mbH
Neue Kantstraße 20
14057 Berlin
T: +49 (0)30 325 52 74
kongress-erbe-der-stadt@event-consult-berlin.de

